

Heft 196

Ausgabe 3 | 2013

ISSN 0170-461

K 53 61

5,00 Euro

spw



Pfadwechsel!

Strategien für eine sozial-ökologische Zeitenwende

Benjamin Mikfeld, Jan Turowski
Blockierte Diskurse – blockierter Wandel?
Überlegungen für eine strategieorientierte
Diskursanalyse

Michael Vester, Max Reinhardt
**Mit welchem politischen Projekt kann die
SPD breite Schichten mobilisieren?**
– Ein Blick zurück und ein Blick nach vorn

Andrea Ypsilanti
**„Die Krise besteht gerade in der Tatsache,
dass das Alte stirbt und das Neue
nicht zur Welt kommen kann“**

Björn Hacker
**Nationale Schicksalsgemeinschaft oder
europäische Zukunft?**

Kurzum | von Cordula Drautz

In Bayern ist Mariä Himmelfahrt nur dann arbeitsfrei, wenn in einer Gemeinde mehr Katholiken als Protestanten leben. Laut jüngster Volkszählung („Zensus“) leben in Bayern aber deutlich weniger Katholiken als bisher angenommen. Für einige bayrische Gemeinden könnte das bedeuten, dass sie zukünftig auf den Feiertag verzichten müssen. Die Aufregung ist groß.

Die Daten werden ausgewertet, doch einige Länder und Kommunen erwägen schon eine Klage gegen die Erhebungsmethode. In der Tat kann man Zweifel daran haben, ob eine Stichprobe, die Abweichungen mit bis zu 5 Prozent gegenüber den bisherigen Prognosen ergibt, unhinterfragt akzeptiert werden sollte. Die Zahlen haben immense Auswirkungen: der Finanzausgleich beispielsweise richtet sich nach der Einwohnerzahl der Länder und soll Unterschiede der Einnahmen ausgleichen. Insgesamt wird nun fast eine Milliarde Euro der Gesamtsumme von über 7 Milliarden neu umverteilt. Das bedeutet für alle Bundesländer eine Korrektur ihrer Planungsgrundlagen in erheblichem Maße. Denn von der Einwohnerzahl und den damit verbundenen Einnahmen aus dem Finanzausgleich hängt auch ab, wie viele Kitaplätze, Wohnungen oder Straßen künftig gebraucht und bezahlt werden (können). Schon ein falsch geschätztes Zehntel hat fatale Folgen. **Kurzum:** Zahlen sind hochpolitisch.

Man erinnere auch an die Debatte um den jüngsten Armuts- und Reichtumsbericht. Im Rahmen der Ressortabstimmung wurden Passagen, die den ausufernden Niedriglohnssektor, die zunehmende Lohnspreizung und die extreme Verteilungsschiefelage betrafen, gestrichen oder abgeschwächt. Weil der Bericht überwiegend auf Querschnittsdaten basiert, blieb die erforderliche Längsschnittbetrachtung auf der Strecke. Höchstens *Auslöser* persönlicher Notlagen wie Arbeits-



☞ Cordula Drautz ist Politikwissenschaftlerin, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Berlin.

Foto: privat

losigkeit oder Trennung vom Partner waren Gegenstand der Betrachtung. Nach den *Ursachen* der kaum mehr zu leugnenden Einkommens- und Vermögensspreizung wurde nicht gefragt. Dabei könnten die Berichte eine gute Basis für die Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik der Bundesregierung sein, wenn sie die richtigen Zahlen erheben, die „Lebenslagen in Deutschland“ nüchtern analysieren und entsprechende Handlungsempfehlungen geben würden.

Der Innensenator des finanziell durch den Zensus besonders betroffenen Landes Berlin sagte jüngst im Berliner Abgeordnetenhaus über statistische Interpretationsmethoden: „Wenn eine Kuh am Morgen links vom See steht und am Abend rechts vom See, dann ist sie im Schnitt gegen Mittag ertrunken.“ **Kurzum:** Auch Zahlenerhebung und -interpretation sind hochpolitisch.

Plausible Erklärungen und statistische Zusammenhänge für Ereignisse und Entwicklungen sind hochkomplex. Und Zahlenkosmetik gehört zum politischen Geschäft. Als politische Partei und öffentliche Verwaltung in die Qualität von statistischen Daten zu investieren und entsprechende Forschung zu unterstützen, ist lohnenswert. Denn **kurzum:** Lebenswirklichkeit in Deutschland drückt sich auch in Zahlen aus. Und ohne Kenntnis der gesellschaftlichen Lage ist kluge Politik nicht möglich. ■

■ Meinung

Wie progressiv wird die Progressive Alliance? | Sascha Vogt, Tim Schlösser 4

Debatte:

Strompreise sozial abfedern? | Nina Scheer 6

Strompreise sozial abfedern? | Adolf Bauer 7

Die Relativierung des Wachstumsfetischs | Interview mit Daniela Kolbe 8

■ ■ Im Fokus: PfadwechsellStrategien für eine sozial-ökologische Zeitenwende

Einleitung zum Schwerpunkt | Stefan Stache 12

Blockierte Diskurse – blockierter Wandel? Überlegungen für eine strategieorientierte Diskursanalyse | Benjamin Mikfeld, Jan Turowski 16

Mit welchem politischen Projekt kann die SPD breite Schichten mobilisieren? | Michael Vester, Max Reinhardt 25

Geht von der Sozialdemokratie noch Veränderung aus?
| Matthias Micus 33

Nicht ohne Zukunft. Die Politik der Demütigung überwinden
| Jenny Andersson 38

„Die Krise besteht gerade in der Tatsache, dass das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann“ | Andrea Ypsilanti 44

■ ■ ■ Magazin

Stichwort Wirtschaftspolitik: Die Zukunft der Eurozone | Arne Heise 48

Die aktuelle Zahl: 27,3 Prozent | Claudia Bogedan 50

Nationale Schicksalsgemeinschaft oder europäische Zukunft?
| Björn Hacker 51

Das Jahr der Genossenschaften – „Das Wir statt Ich“ wächst!
| Ernst Dieter Rossmann, Carsten Sieling, Tim Rohardt 56

Energiewende für kommunale Energieversorger. Chance oder Risiko?
| Sabine Poschmann, Philipp Hoicke 60

150 Jahre Diskursgeschichte der SPD-Linken

Ein „unverbesserlicher Marxist“. Karl Kautsky und die „Neue Zeit“
| Michael R. Krätke 64

Über die von den Nationalsozialisten verfolgten Literaturen der Arbeiterbewegung | Werner Treß 68

Rezensionen:

„Wolfgang Abendroth und der »reale Sozialismus« – Ein Balanceakt“
| Thilo Scholle 72

Das Kommunistische Manifest in Text und Kommentar | Thilo Scholle 74

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

LeserInnenumfrage 2013, Summer Factory Solidarische Moderne 16.-18. August 75

DL 21 Aktuell: Europa geht anders! 76

Fünf Fragen an... Bernhard Pollmeyer 78

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:
Niels Annen (Hamburg)
Klaus Dörre (Jena)
Iris Gleicke (Schleusingen)
Michael Guggemos (Frankfurt am Main)
Oliver Kaczmarek (Kamen)
Michael R. Krätke (Lancaster)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Uwe Meinhardt (Stuttgart)
Benjamin Mikfeld (Berlin)
Susí Möbbeck (Magdeburg)
Andrea Nahles (Weiler)
Florian Pronold (Deggendorf)
René RöspeI (Hagen)
Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
Carsten Sieling (Bremen)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
Thomas Spies (Marburg)
Michael Vester (Hannover)
Felix Welti (Lübeck)
Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Thorben Albrecht
Claudia Bogedan
Björn Böhning
Kai Burmeister
Cordula Drautz
Ole Erdmann
Björn Hacker
Sebastian Jobelius
Lars Neumann
Michael Reschke
Sarah Ryglewski
Thilo Scholle
Holger Schoneville
Till van Treeck

Heftschwerpunkt:

Thilo Scholle
Holger Schoneville
Stefan Stache

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:

Stefan Stache
Telefon 0177 - 525 049 8

redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
Westfälische Str. 173, 44 309 Dortmund
Telefon 0231 - 2 02 00 11
Telefax 0231 - 2 02 00 24
spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Geschäftsführung:

Robin Baranski
Hans-Joachim Olczyk
Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46,
IBAN: DE81 4401 0046 0032 443468,
BIC: PBNKDEFF, USt.-ID-Nr.: DE 122946515

Die spw erscheint mit sechs Heften im Jahr.
Jahresabonnement Euro 39,-
(bei Bankeinzug Euro 37,-)
Auslandsabonnement Euro 42,-
Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende.
Postvertriebsstück, keine Nachsendung.
Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen.
ISSN 0170-461-K 5361
©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2013.
Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto: fotolia.com © Firma V
Bildnachweis: S.48 www.fotolia.com
© ferkelraggae.

Gestaltung und Druck:
Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn
1.-3. Tausend, Juni 2013

Wie progressiv wird die Progressive Alliance?

von Sascha Vogt und Tim Schlösser



☞ Sascha Vogt ist Bundesvorsitzender der Jusos.

Foto: © Mark Wilkendorf



☞ Tim Schlösser ist Vizepräsident der International Union of Socialist Youth (IUSY) und lebt in Bonn.

Foto: privat

Vom 9.-12. Mai feierten die Jusos, Falken und viele ihrer internationalen Partner das Workers Youth Festival (WYF) in Dortmund. Über 4.000 junge Menschen aus Deutschland, Europa und aus Afrika, Asien und Lateinamerika kamen zusammen, um über ihre Vorstellungen einer gerechten, solidarischen und freien Welt zu diskutieren und ihre Erfahrungen auszutauschen. Konkreter Anlass hierfür war das 150-jährige Bestehen der Sozialdemokratie in Deutschland, das Festival steht jedoch auch in einer langen Traditionslinie von internationalen Begegnungen in der sozialistischen ArbeiterInnenjugendbewegung.

Dass eine stärkere globale Kooperation von sozialistischen Kräften notwendig ist, ist nun aber nicht nur ein Bekenntnis zur eigenen Historie, sondern auch vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen vielleicht aktueller denn je. Beginnend mit der Klimakrise über die Regulierung der Finanzmärkte bis hin zur Etablierung weltweiter Arbeitsstandards liegen die Themen auf der Hand, die nicht nur besser sondern zu einem großen Teil überhaupt nur global gelöst werden können. Dies mögen fast schon Allgemeinplätze sein, allein die Entwicklung der Zusammenarbeit sozialistischer und sozialdemokratischer Kräfte hinkt doch arg hinterher.

Viele der Diskussionen auf dem Workers Youth Festival kreisten so auch um den Zustand der Sozialistischen Internationalen (SI) und der anstehenden Gründung der Progressive Alliance (PA). Bereits auf dem direkt vor dem WYF stattfindenden World Council der International Union of Socialist Youth (IUSY) wurde hierzu eine Resolution debattiert und einstimmig verabschiedet.

Allgemeine Einigkeit besteht über den weiterhin sehr großen Reformbedarf der SI und den gleichzeitig nur sehr schleppend bis gar nicht stattfindenden Schritten in diese Richtung. Die SI muss einen ernsthaften und raschen Weg der weiteren Demokratisierung einschlagen nicht nur um ihre Legitimation im 21. Jahrhundert aufrecht zu erhalten, sondern auch, um in der Lage zu sein die Arbeit ihrer Mitgliedsorganisationen stärker zu koordinieren und gemeinsame – sozialistische (!) – Positionen und Strategien zu globalen Fragen zu entwickeln.

Bislang sind die vorhandenen Entscheidungsprozesse in Komitees sowie in der Generalversammlung noch nicht geprägt von einem Geist des Aufbruchs und der Erneuerung. Erst wenn dies gegeben ist, kann die SI auch wieder substantiell zu globalen Debatten beitragen und ihre mediale Schlagkräf-

tigkeit erhöhen. Andernfalls fehlt für diese dringend benötigte Stimme die notwendige Legitimation.

Dies sind die Hauptgründe aus denen sich die SPD gemeinsam mit vielen anderen SI-Mitgliedsorganisationen und weiteren Partnern dazu entschlossen hat, die Progressive Alliance zu gründen. Diese soll die Diskussionen führen und die progressiven Antworten finden, zu denen die SI derzeit nicht in der Lage zu sein scheint. Gleichzeitig soll die PA einen expliziten Netzwerkcharakter haben und nicht wie die SI strukturell, finanziell und personell formalisiert sein. Die Gründungsveranstaltung fand nun am 22. Mai 2013 in Leipzig – symbolträchtig unmittelbar vor dem Festakt zum 150-jährigen Bestehen der Sozialdemokratie in Deutschland – statt. Man kann nun die Frage stellen, ob etwas weniger Symbolik und dafür ein substantiellerer Diskurs auch innerhalb der deutschen Sozialdemokratie angemessener gewesen wären. Denn noch herrscht etwa eine gewisse Diffusion darüber, was die PA eigentlich genau sein soll. Ein Netzwerk neben der SI, um nicht sozialistische aber der ArbeiterInnenbewegung mehr oder minder nahe stehende Organisationen einzubinden? Ein Netzwerk, um Reformdruck auf die SI auszuüben? Oder ein Ersatz für die SI? Oder eine Mischung aus mehreren Punkten?

Wie auch immer: Aus der Perspektive der International Union of Socialist Youth (IUSY) und auch der Jusos ist grundsätzlich zu begrüßen, dass mit der Gründung der PA Bewegung in die Debatte kommt. Seit Jahren gehören wir zu denjenigen, die sich für eine Reform der SI engagieren und hierbei immer und immer wieder Rückschläge hinnehmen müssen. Aus diesem Grund haben wir uns für eine Strategie der doppelten Solidarität gegenüber SI und PA entschieden: Wir kämpfen innerhalb der SI mithilfe von IUSY weiterhin für Demokratisierung, Relevanz und Schlagkraft und engagieren uns parallel nach Kräf-

ten und Möglichkeiten in der PA. Wir betrachten die PA als potentiell gutes Vehikel um für moderne, sozialistische Politik auf internationaler Ebene kämpfen zu können. Hierfür muss jedoch der sozialdemokratische und sozialistische Markenkern der Progressive Alliance deutlich werden. Ein bloßer Debattierklub von Parteivorsitzenden zu internationalen Mainstream-Themen hilft keinem weiter.

Das Gründungsdokument der PA (Basic Document) jedenfalls hat mehr den Charakter einer Resolution, die in einigen Teilen in eine große Beliebigkeit abgeleitet. Klar, es benennt einige wichtige globale Themen wie bspw. gute Arbeitsstandards und Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Kampf gegen den globalen Klimawandel und Regulierung der internationalen Finanzmärkte. Selbstverständlich sind auch gemeinsame, verbindende Werte aufgezählt: Demokratie, Geschlechtergerechtigkeit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wenn jedoch im Gründungsdokument von „sensibler Regulierung der globalen Finanzmärkte“ die Rede ist, dann lässt dies bereits jetzt ein Verständnis für die systemimmanenten Herausforderungen des Kapitalismus vermissen. Nur mit „sensibler Regulierung“ werden wir die angestrebten Ziele wie mehr Gerechtigkeit (also auch die globale Vermögensverteilung), wie bessere Arbeitsbedingungen (also auch das Verbot von Ausbeutung) und menschliche Sicherheit (also auch die Bekämpfung von Armut) nicht erreichen können. Hierzu bedarf es einer festen Überzeugung hinsichtlich der Ursache dieser Übel, den Mut, dies offen und präzise zu benennen und dann die Stärke, dies im Verbund mit den internationalen Partnern offensiv zu bekämpfen. Nur so dienen wir den Menschen in unseren jeweiligen Ländern, die sich nach fortschrittlichen Alternativen sehnen. ■

Debatte: Strompreise sozial abfedern?

von Nina Scheer

Mit der Diskussion um die Energiewende eng verknüpft ist die Frage nach ihren Kosten. Zugleich ist unbestreitbar, dass Energie ohne Energiewende zukünftig für immer mehr Menschen nicht bezahlbar sein wird. Die Energiewende enthält deutlich umfassendere Entlastungen als sie kostet, sowohl mit Blick auf den Klimawandel, Importabhängigkeiten von fossilen Energien, für die allein in Deutschland im letzten Jahr 80 Mrd. Euro geleistet wurden, als auch, um Umwelt- und Gesundheitsschäden zu vermeiden: Umstände, die alle mit fossil-atomarer Energiegewinnung zusammenhängen. Wenn Bundesumweltminister Peter Altmaier von einer Billion Euro spricht, die die Energiewende binnen der kommenden dreißig Jahre koste, rechnen andere für den gleichen Zeitraum sieben bis acht Billionen im Fall des Nichtgelingens der Energiewende gegen. Fehlsteuerungen, für die die schwarz-gelbe Bundesregierung verantwortlich ist, etwa in Form einer ausgeweiteten EEG-Umlagebefreiung für immer mehr Unternehmen, auch solche, die nicht im internationalen Wettbewerb stehen, führen zu Mehrbelastungen für private Endkunden. Diese Entwicklung gilt es zurückzunehmen. Die Kostenentwicklung der Energiewende ist grundsätzlich klar definierbar: unter Einbeziehung von Netzmanagementsystemen und Speichern, deren Markteinführung hiermit noch bevorsteht, werden mittelfristig weitere Energiekosten entstehen, die sich auch preislich auswirken. Mit der Markteinführung entsprechender Technologien und der Weiterentwicklung Erneuerbarer-Energien-Technologien ist für die Gewinnung und Nutzung regenerativer Energien längerfristig aber von sinkenden Preisen auszugehen.

Erheblich umfangreichere Preissteigerungen sind hingegen für fortbestehende



☞ Dr. Nina Scheer ist Mitglied der Grundwertekommission der SPD und Stellvertretende Vorsitzende von DL21.

Foto: © Joachim E. Roettgers GRAFFITI

Abhängigkeiten von fossil-atomaren Energieträgern zu erwarten. Das größte Kostensenkungspotenzial liegt somit in einer schnellstmöglichen Ablösung fossil-atomarer durch regenerative Energien, zumal regenerative Energien, insbesondere Wind und Sonne, kostenfrei zur Verfügung stehen. Die Sozialdemokratie ist aber auch aufgefordert, unmittelbar wirkende Antworten zu finden, wenn Stromrechnungen von immer mehr Menschen nicht mehr bezahlt werden können. Aber selbst solche Antworten dürfen die auch zukünftige Bezahlbarkeit von Energie nicht aus dem Blick verlieren: Maßnahmen zur „Bezahlbarkeit von Energie“, die sich negativ auf Energieeffizienz und -einsparung auswirken oder den Ausbau regenerativer Energien verlangsamen, erfüllen dies nicht. Wenn heute zunehmend Menschen ihre Stromrechnung bei monatlichen Mehrkosten (im Vergleich zum Vorjahr) in Höhe von fünf Euro nicht mehr bezahlen können, können sie auch Mietzinserhöhungen nicht leisten. Wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht, wird es immer mehr Güter und Leistungen geben, von denen immer mehr Menschen ausgeschlossen werden. Dies wird symptomatisch am Beispiel steigender Energiepreise augenfällig – aber eben auch in anderen Lebensbereichen. Zunehmende Stromabschaltungen infolge individuell nicht bezahlbarer Rechnungen verlangen nach der Abschaffung von Erwerbs- und Altersarmut. Auch sie beweisen, dass ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro unausweichlich ist. ■

Debatte: Strompreise sozial abfedern?

von Adolf Bauer

„Acht Euro mehr.“ Als Medien im Herbst 2012 über die geplante Anhebung der Hartz IV-Sätze berichteten, zeichnete es sich bereits früh ab, dass es für die betroffenen Menschen erneut nicht reichen wird. Die geplante Anhebung war, trotz vielfacher und frühzeitiger Warnungen, viel zu niedrig. Das Grundproblem hierfür liegt tief verwurzelt. Insbesondere die Tatsache, dass die Bundesregierung nach wie vor die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nicht vollständig umsetzt, ist ein Hauptgrund. Denn um die Teilhabe der Hilfebedürftigen am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben zu gewährleisten, ist eine transparente und sachgerechte Berechnung des Regelsatzes nötig.

Der starke Anstieg der Strompreise wurde deshalb bei der Regelsatz-Anpassung nicht berücksichtigt. Und das ist durchaus mit dramatischen Folgen für die betroffenen Menschen verknüpft. Denn das Armutsrisiko „Energiearmut“ steigt konstant und die Prognosen sind auch auf lange Sicht düster. Studien belegen, dass Deutschland bei den Energiepreisen in Europa eine Spitzenposition einnimmt. Längst geraten immer mehr Familien aufgrund der Strompreisentwicklung in eine Kostenfalle, aus der es kaum Auswege gibt. Im schlimmsten Fall droht den Betroffenen eine Stromsperre, die zweifellos in eine extreme soziale Isolation führen kann. Diese Gefahr wurde in der bisherigen Hartz-Debatte lange Zeit schlichtweg verschwiegen. Doch nicht nur Hartz IV-Bezieher, auch Bezieher von Niedriglöhnen oder kleinen Renten machen die steigenden Strompreise enorm zu schaffen.



↳ Adolf Bauer ist Präsident des Sozialverband Deutschland (SoVD).

Foto: © SoVD

Einen Ausweg aus der Strompreisfalle kann es nur mit klaren Ansagen geben. Zunächst muss gelten, was bei der Armutsdebatte in Deutschland seit Jahren und auch aktuell insgesamt zu kurz kommt: Ein Diskurs ohne Tabus. Dies ist leider keine Selbstverständlichkeit, wie die Debatte um den Armuts- und Reichtumsbericht unlängst gezeigt hat. Denn nur auf der Basis einer einwandfreien Problemanalyse sind wirksame Hilfsmaßnahmen realisierbar. Das bedeutet zum Beispiel, bei der überfälligen Neuberechnung der Hartz-Regelsätze die soziale Realität der Bezieher vollständig abzubilden.

Um die Energiearmut zu mildern, müssen Unternehmen und Politik an einem Strang ziehen. Sie gehören an einen Tisch, um ein tragfähiges Konzept zu entwickeln. Am Ende müssen Maßnahmen stehen, die bei den betroffenen Menschen auch wirklich ankommen.

Der SoVD fordert verbindliche Sozialtarife für die Bezieher niedriger Einkommen. Wenn dies nicht ausreicht, muss zudem über einen Energiekostenzuschuss nachgedacht werden ■

Die Relativierung des Wachstumsfetischs

Interview mit Daniela Kolbe



↳ Daniela Kolbe ist MdB, Vorsitzende der Enquete „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ und stellvertretende Vorsitzende des Forum DL 21. Sie lebt in Leipzig.

Foto: © Anke Jacobs

spw: Seit April diesen Jahres liegt der Entwurf des Berichts der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ des Deutschen Bundestages vor. Er behandelt ein sehr umfangreiches thematisches Spektrum: Von der Bedeutung des Wirtschaftswachstums sowie Möglichkeiten und Grenzen seiner Entkopplung vom Ressourcenverbrauch über die Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstandsindikators sowie ordnungspolitischen Rahmenbedingungen bis hin zu den Perspektiven nachhaltigerer Arbeitswelten und Lebensstile. Berichte solcher Kommissionen sind notwendigerweise konsensuale Formulierungen. Welche progressiven Ansätze und Debatten konnten sich durchsetzen?

» **D.K.:** Einen progressiven Konsens konnten wir in der Debatte über die Grenzwerte der Umweltnutzung erzielen. Wir haben nach monatelanger Detailarbeit fraktionsübergreifend grundlegende Schlussfolgerungen niedergeschrieben, die bei ernsthafter Beachtung in Zukunft die Umwelt-,

Energie- und Wirtschaftspolitik in unserem Land merklich verändern werden. Wir sagen: Die Grenzen der Belastungsfähigkeit unseres Planeten sind die Grenzen unseres Wirtschaftens. Eine Entkopplung des Wachstums vom Ressourcenverbrauch und von der Belastung der Umwelt ist zwar dringend geboten, reicht aber allein nicht mehr aus. Wir müssen mit den Verbräuchen in der Summe runter. Die Naturvernutzung muss absolut reduziert werden. Das bestreiten auch Liberale und Konservative nicht mehr. Die naturwissenschaftlichen und historischen Fakten sind hier schlicht zu schwerwiegend um sie noch leugnen zu können.

Auch die Relativierung des Wachstumsfetischs konnten wir durchsetzen. Mittel zum Zweck eines besseren gesellschaftlichen Lebens ja, Selbstzweck nein, so lautet die Formel. Zudem ist es uns gelungen, eine umfassende Wohlstandsmessung zu vereinbaren, die ökologische und soziale Maßstäbe in Beziehung setzt zu wirtschaftlichen Kenngrößen, und auch die Zielkonflikte zwischen ihnen benennt.

spw: Worin bestanden die wesentlichen Konfliktlinien zwischen den politischen Lagern, insbesondere im Hinblick auf den Wachstumsbegriff und eine mögliche Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch?

» **D.K.:** Vereinfacht gesagt wollte Schwarz-Gelb diskutieren, wie die Gesellschaft umgestaltet werden müsse, um auch in Zukunft weiter hohe und steigende Wachstumsraten zu haben. Die Opposition hingegen hat danach gefragt, wie ein gutes

Leben für alle auch dann erreicht werden kann, wenn die absoluten Wachstumsraten in Zukunft geringer ausfallen werden. Innerhalb der Opposition ist es allen Unterschieden zum Trotz gelungen, gemeinsame Wegmarken für eine sozial-ökologische Transformation festzulegen. Der Wachstumsbegriff war jedoch nicht der zentrale Gegenstand unserer Analyse, sondern die Frage der Gestaltung des Wirtschaftslebens insgesamt. Wie, womit, zu wessen Nutzen usw. Das Wachstum spielt in diesem Sinne lediglich eine abgeleitete Rolle.

Hinsichtlich der Entkopplung haben wir wie eingangs erwähnt Einigkeit in der Analyse erzielen können, jedoch hat sich die Koalition standhaft geweigert daraus Konsequenzen zu ziehen. Anstatt konkrete Maßnahmen zu nennen, hat Schwarz-Gelb lediglich wolkig-allgemeine Kriterien aneinander gereiht. Die Opposition hingegen hat übergreifende Antworten für die Sicherung der Rohstoffe und den Schutz von Atmosphäre, Böden und Ozeanen gegeben. Wir haben gesagt: Man muss vor Ort genauso handeln wie auf globaler Ebene, und zwar in abgestimmter Weise. Union und FDP haben hingegen die Verantwortung auf internationale Ebene geschoben und sowohl Handlungsbedarf als auch Handlungsfähigkeit auf nationaler Ebene geleugnet. Das hat mich angesichts der eindeutigen Analyse schon schwer verblüfft.

spw: Die großen politischen Diskurswelten in Deutschland gruppieren sich nicht nur zwischen progressiver und konservativer Richtung, sondern auch entlang der Frage, ob Wachstum eher als Lösung oder als Problem angesehen wird. Wie hast Du die Debatte innerhalb des linken Lagers wahrgenommen?

» **D.K.:** Natürlich gab es auch innerhalb der Opposition Unterschiede, gerade Grüne, aber oft auch Linke, haben Wachstum auch dann abgelehnt, wenn es

Mittel zu einem vernünftigen Zweck war. Aber machen wir uns nichts vor: auch in der SPD wird diese Debatte keineswegs einheitlich geführt. So haben auch wir im Zuge der Euro-Krise Wachstum wieder sehr stark als Ziel an sich kommuniziert. Stattdessen hätten wir politische Ziele wie den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit oder die Erholung der Volkswirtschaften Südeuropas nach vorne stellen sollen, die zu verfolgen legitim an sich ist. Ich werbe dafür, dass auch wir als Sozialdemokratie mit dieser Frage sensibler umgehen. Wir müssen klar kommunizieren, dass unsere Idee von Wachstum eine gänzlich andere ist als die der Konservativen: Wir wollen, dass Menschen in Arbeit sind und sich ihr materieller Wohlstand erhöht, wir wollen Wachstum nicht, um die Bilanzen der großen Konzerne zu schönen.

Noch ist unsere Gesellschaft nicht so weit, um emanzipatorische Ziele ohne Wachstum zu erreichen. Aber wir sollten uns dringend darauf vorbereiten, indem wir unsere Wirtschaft, aber auch den Arbeitsmarkt, die Sozialsysteme oder die öffentlichen Haushalte resilienter gegen ausbleibendes Wachstum aufstellen. Dazu haben wir als Opposition einige konkrete Vorschläge gemacht in unserem Sondervotum zum Thema „Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft“, etwa die Einführung der Bürgerversicherung, die Umgestaltung des Steuersystems oder eine Verkürzung und Umverteilung der allgemeinen Arbeitszeit.

spw: Aus der Perspektive der sozialen Gerechtigkeit ist der ökologische Umbau eng mit der Verteilungsfrage verknüpft. Wie ging die Kommission mit dem Problem um, wer die Kosten einer nachhaltigen Transformation trägt? Welche Schritte und Strategien sind aus Deiner Sicht erforderlich?

» **D.K.:** Klar ist, dass ein ökologischer Umbau nur gelingen kann, wenn Ar-

beitnehmerInnen und Gewerkschaften nicht nur „mitgenommen“ werden, sondern eine sozial-ökologische Transformation aktiv gestaltend entwerfen. Die Ausgangsanalyse muss dabei meines Erachtens die Verteilungswirkung der ökologischen Krise sein, nicht die vermeintlichen oder tatsächlichen unsozialen Folgen ökologischer Politik. Denn Fakt ist: sowohl im globalen Maßstab als auch in unserer Gesellschaft treffen ökologische Schäden gerade jene am härtesten, die nicht genug Ressourcen haben ihnen zu entkommen. Wer kein Haus im Grünen kaufen kann, sondern in dicht besiedelten Wohngebieten lebt, der leidet stärker unter Luftverschmutzung oder Lärmbelastung. Und die aufgrund der Zerstörung der Ökosysteme immer häufiger auftretenden Naturkatastrophen dort verheerendere Schäden anrichten, wo den Menschen die finanziellen und technologischen Mittel fehlen um sich zu schützen. Die Zerstörung des Planeten ist eine soziale Frage, die sich zunehmend verschärft.

Diese Erkenntnis entbindet uns natürlich nicht von der Aufgabe, auch den ökologischen Umbau sozial gerecht zu organisieren. Dazu hat die Kommission Vorschläge gemacht, etwa einkommensschwachen Haushalten Anschaffungszuschüsse für energieeffiziente Geräte zu gewähren, oder aber progressiv steigende Stromtarife, damit Strom über eine bestimmte Grundmenge hinaus teurer wird. So kann Energiearmut bekämpft werden ohne Ressourcenverbrauch pauschal attraktiv zu machen.

spw: Angesichts seiner Komplexität ist das vorgeschlagene neue Wohlstands- und Fortschrittsmaß „W3-Indikatoren“ schwer kommunizierbar. Zudem sind bereits vorhandene Indikatoren teils präziser und die Gewichtung der eingehenden Indikatoren ist umstritten. Wird sich das neue Maß für Lebensqualität als Alternative zum BIP etablieren können?

» **D.K.:** Das sehe ich nicht so. Jeder Kleinwagen hat mehr Informationen auf einem Armaturenbrett versammelt als unsere Wohlstandsindikatoren. Ich bin überzeugt, dass die Menschen, JournalistInnen und politische Entscheidungsträger zumal, mit mehreren Informationen umgehen und sie zueinander in Beziehung setzen können. Allerdings will ich nicht verhehlen, dass mir aus Kommunikationsgründen die Idee eines integrierten Indikators durchaus charmant vorkam, und sei es nur als „Teaser“ für eine eingehende Auseinandersetzung mit dem Set. Jedoch wären genau dann enorm wertbehaftete Gewichtigungsfragen zum Tragen gekommen, die das nun gewählte Verfahren vermeidet.

In der SPD waren wir uns einig, dass es mit den Wffi-Wohlstandsindikatoren erstmals gelingen kann, ökonomische, ökologische und soziale Kennzahlen in einer Gesamtschau zu betrachten, zu bewerten und die politisch Verantwortlichen diesbezüglich zu kontrollieren. Es ist keineswegs so, dass es bisher an fachpolitischen Indikatorensystemen und Berichten mangelte. Jedoch ist es noch nie auf kompakte Weise gelungen, den Blick aufs Ganze zu lenken und die Zielkonflikte herauszustellen und gleichzeitig politisch verantwortliche Akteure zu verpflichten, hierzu Stellung zu nehmen. Genau das streben wir mit den Wffi-Wohlstandsindikatoren, dem darauf aufbauenden Jahreswohlstandsbericht einschließlich einer Pflicht zur Stellungnahme durch die Bundesregierung an.

Noch eines zum BIP. Das Ziel der Kommission war es nie, das BIP abzulösen, sondern ihm den rechten Platz zuzuweisen. Das BIP ist ein pragmatisches und recht aktuelles Maß zur Messung von Wirtschaftsleistung. Dazu taugt es einiger Mängel zum Trotz recht gut, und das wird es auch bleiben. Dass das BIP die Rolle eines universellen Indikators zur Beurteilung von Lebensqualität und Wohlstand

eingenommen hat, steht zu recht in der Kritik. Dafür eignet es sich nicht. Dazu wollen wir mit unseren Vorschlägen eine Alternative bieten.

spw: Welche Ressourcen und Debatten brauchen wir, um nachhaltigere Lebensstile zu fördern oder zu ermöglichen?

» D.K.: Zunächst einmal sollten wir uns klar machen, wer wirklich nachhaltig lebt in unserer Gesellschaft. Entgegen dem öffentlichen Bild einer hochgradig umweltbewussten oberen Mittelklasse einerseits und einer öko-ignoranten Unterschicht verhält es sich tatsächlich genau umgekehrt. So sind es doch gerade traditionelle, einkommensschwache Milieus, die nicht genügend Geld für schwere Autos, weite Reisen oder große Häuser haben, und deshalb eine gute Umweltbilanz vorweisen. Wir haben diese Milieus als „unfreiwillige Klimaschützer“ bezeichnet. Hingegen steigt mit dem Einkommen tendenziell auch der Umweltverbrauch. Die Präferenzen der oberen Mittelschicht für einen nachhaltigeren Lebensstil schlagen sich eben nicht unmittelbar in entsprechenden Handlungen nieder. Daran müssen wir arbeiten.

Unseren Erkenntnissen nach liegt das auch daran, dass nachhaltige Lebensstile nicht nur oft kostspieliger sind, sondern auch schwerer zugänglich. Es ist aufwändig, sich nachhaltig zu ernähren, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen oder umweltverträglich zu bauen. Ich bin zwar dagegen, die Verantwortung für nachhaltiges Wirtschaften auf Verbraucherinnen und Verbraucher abzuwälzen, Staat und Industrie sind grundsätzlich als erste in der Pflicht. Aber denjenigen, die nachhaltigeren Lebensstilen offen gegenüber stehen, sollten wir das Leben nicht auch noch erschweren. Die Barrieren für solche Lebensstile müssen fallen. „Nachhaltig“ muss die Standard-Option werden.

Wie viele Menschen würden beispielsweise aus einem nachhaltigeren Stromtarif aktiv heraus wechseln?

Außerdem muss der Staat als Nachfrager vorangehen. Nachhaltige Beschaffung sollte selbstverständlich sein. Die Zulassung zu Ausschreibungen könnte noch stärker an Kriterien der Nachhaltigkeit geknüpft sein.

Alles in allem ist es eben nicht mit Aufklärung getan. Erkenntnis allein reicht nicht aus. Ordnungspolitische Rahmenbedingungen sind nötig, damit nachhaltige Lebensstile von einem individuellen Randphänomen zum gesellschaftlichen Standard werden. ■

☞ Das Interview führte Stefan Stache.

Pfadwechsel!

Strategien für eine sozial-ökologische Zeitenwende

Einleitung zum Schwerpunkt

von Stefan Stache

Foto: www.fotolia.com, © Firma V



Bewunderer wie Kritiker waren sich im Stillen einig: Die „Eiserne Lady“ lebt – in Gestalt ihres politischen Nachlasses. Für manche ist das befremdlich. Für uns ist es vor allem eine Herausforderung. Nicht nur, dass die Maßnahmen der Finanzmarktregulierung relativ spärlich ausfielen. Die tonangebende Kräftekonstellation in Europa, allen voran in Berlin, hat das Kunststück vollbracht, die Krise als eine Staatsschuldenkrise umzudeuten. Im Süden Europas wälzt die Politik mittels beispielloser Sparpakete die Kosten der Krise auf die weniger und unterprivilegierten Milieus ab. Zugleich erklingt von neuem eine altbekannte Melodie: Arbeitnehmerrechte seien ein Hindernis für Wachstum und würden den Abbau von Arbeitslosigkeit verhindern. Allerdings tönt sie diesmal aus Fanfaren, die ganze wohlfahrtsstaatliche Pfade in Frage stellen:

Zur Disposition stehen unter anderem Tarifautonomie, Renten, die Wasserversorgung als öffentliches Gut und die Lebensperspektiven ganzer Generationen. Dies führte nicht nur zum Erstarken gesellschaftlicher Gegenkräfte bis hin zur Rückkehr von sozialen Bewegungen. Bei genauerem Hinsehen offenbaren sich auch die Risse im neoliberal-konservativen Lager selbst: die mageren Ergebnisse einer uninspirierten Angebotspolitik bleiben nicht ohne Zersetzungswirkungen auf verschiedene mächtige Interessengruppen, wie die der Finanzwirtschaft, der Exportindustrie und eher regional bis national ausgerichteter kleiner und mittelständischer Unternehmen. In der Hochfinanz selbst scheiden sich die Geister am Kurs der EZB. Ihr Versuch, unter anderem durch Ankauf von Staatsanleihen den Euro zumindest nicht noch tiefer in den

Abgrund reißen zu lassen, traf auf den Widerspruch der geldpolitisch orthodoxen Bundesbank.

Solche Friktionen sind symptomatisch für den Krisenverlauf und eröffnen natürlich auch Perspektiven für politische Alternativen. Die Sollbruchstellen des Neoliberalismus sind häufig beschrieben worden – wir versuchen einen neuen Anlauf und fragen in diesem Heft: Begünstigen die Brüche, die zum Teil noch unterhalb der medialen Oberfläche verlaufen, den politischen Wechsel zu einer sozial-ökologischen Reformpolitik, die auf sozio-ökologischen Ausgleich im Gleichschritt mit einer effektiven Neuaufrichtung zentraler Märkte abzielt? Welche Akteure treiben und welche blockieren eine solche mögliche Transformation? Wie können in Anbetracht der zunehmenden Widersprüche der ökonomischen Mainstream-Rezepte mehrheitsfähige linke Allianzen geschmiedet werden?

Wie Benjamin Mikfeld und Jan Turowski betonen, sind Diskurse nicht das schlichte Ergebnis einer diskursiven Strategie sondern einer komplexen Struktur von politischen Kräften, in der verschiedene Interessen um Deutungshoheit ringen. Um als Akteur einen Diskurs strategisch zu führen, wird ein präzises Bild des Spielfeldes benötigt. Allein auf der linken Seite der Arena haben wir es mit mehreren „Diskurswelten“ zu tun, die sich zum Teil stark von einander abgrenzen. Sie sind auf Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, auf soziale Gerechtigkeit oder auf globale Nachhaltigkeit und Postwachstum konzentriert. Die Autoren zeigen auf, wie die Schnittmengen zwischen diesen Welten erhöht werden können und Allianzen entstehen, die meinungsprägend und mehrheitsfähig sind.

Gegendiskurse für einen sozial-ökologischen Umbau haben nur dann eine Chance, wenn sie nicht am Zeichenbrett enger politischer Zirkel, sondern in einem partizi-

pativ-demokratischen Prozess auf Augenhöhe der Bewegungen, Initiativen und Parteiströmungen erarbeitet werden. Ohne dieses integrative Aushandeln kann das notwendige hohe Maß an Unterstützung nicht mobilisiert werden. Ansätze für transformatorische Projekte, die eine Verbindung zwischen Ökonomie und Innovation, Verteilungsgerechtigkeit und globaler Nachhaltigkeit herzustellen suchen, werden seit einigen Jahren unter den Titulaturen „green new deal“, „Kurswechsel“, „Pfadwechsel“ oder die „Gute Gesellschaft“ debattiert. Gemeinsam ist ihnen eine umfassende nachhaltige Sicht, die eine Mehrfachkrise von Wirtschaft und Gesellschaft diagnostiziert, die globale Perspektive einschließt und auf keynesianische Ansätze (unterschiedlicher Ausprägungen) der Wirtschaftspolitik zurückgreift. Für eine links-keynesianische wirtschaftspolitische Strategie plädieren auch Max Reinhardt und Michael Vester. Sie führen die Rückkehr partizipatorischer Bewegungen auf tief greifende Veränderungen der Alltagskultur und der sozialen Strukturen zurück. Im Zentrum dieser Umbrüche stehe eine junge, gut ausgebildete Generation, denen Partizipation und Wohlstand vorenthalten werde. Es gehe bei den sozialen Protesten also nicht nur um Umverteilung, sondern um Nachhaltigkeit, demokratische Mitgestaltung und Kritik an der etablierten Politik.

Eine linke Volkspartei wie die SPD hat natürlich das Potenzial für einen gesellschaftlichen Umbau. Ihre Rolle ist es u.a. Brücken über die verschiedenen Diskurswelten zu bauen, Räume für Debatten anzubieten und diese von der Straße in die parlamentarische Arena zu tragen sowie schließlich entsprechende Mehrheiten zu organisieren. Allerdings leidet die Partei seit rund zehn Jahren unter einer Mobilisierungsschwäche bei Wahlen. Ausgelöst durch eine Politik gegen das eigene Lager während der 2000er Jahre, sieht sich die Partei mit dem Verlust von sozialem Kapital, dem Vertrauen ihrer Wäh-

lerklientel, konfrontiert. Max Reinhardt und Michael Vester zeichnen nach, dass die SPD immer dann erfolgreich war, wenn ihr die Integration der progressiveren Milieus gelang und sie sich für linke Reformpolitik und mehr demokratische Mitgestaltung öffnete. Zwar habe die Partei die Politik der Agenda 2010 teilweise revidiert und das Wahlprogramm für die Bundestagswahl sei links orientiert; jedoch fehle eine programmatisch glaubwürdige Klammer zwischen der linken und rechten Strömung, die im Kompetenzteam repräsentiert sind. Zudem sei es der SPD, anders als den Grünen, nicht gelungen, die jungen und modernen, gut gebildeten Arbeitnehmermilieus zu mobilisieren. Sie sind, so die Autoren, durch neoliberale Sparpolitik von der Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen bis hin zur Prekarisierung der Arbeits- und Lebenswelt betroffen. Nur wenn die SPD zu einem Meinungspluralismus zurückkehre und die Ausgrenzung der linken Strömung dauerhaft beende, könnten diese Milieus wieder erreicht werden.

Der Weg zu einer Kraft, die einen linken Wandel gestaltet, wird für die SPD steinig und ist nicht mit der Revision einiger Positionen erledigt. Matthias Micus sieht ihn durch den Wandel der Anhängerschaft, die (jüngere) Geschichte der Partei und ihre Theoriebildung blockiert. So sei die Zahl der gewerkschaftsgebundenen Arbeiter, die SPD wählen, zwischen 1998 und 2009 von 66 auf 34 Prozent geschrumpft. Nach der Phase der marktliberalen Orientierung wirke ein Wechsel zu einer neuen linken Politik kaum glaubwürdig. Außerdem mangle es in der SPD an politischen Konzepten. Kritisch setzt Micus sich dabei insbesondere mit dem von Christian Kellermann und Henning Meyer vorgelegten Buch „Die Gute Gesellschaft“ auseinander. In diesem, so formuliert er kritisch, werde zwar noch keine geschlossene sozialdemokratische Erzählung vorgelegt. Allerdings böten die darin formulierten Gedanken aus seiner Sicht fruchtbare Ansätze für ein sozialdemokratisches Projekt.

Hierzu zählt er unter anderem die Debatte um einen kritischen Fortschrittsbegriff und die Wiederentdeckung der Gleichheit, nicht allein unter sozialen, sondern unter ökonomischen Aspekten.

Schnell führt eine Zwischenbilanz der bisherigen Debatten zur Bestätigung der Erkenntnis, dass die Sozialdemokratie nicht ohne eine neue emanzipatorische Erzählung der Zukunft auskommt. So kritisiert die schwedische Intellektuelle Jenny Andersson den Versuch von New Labour, die Begriffe Freiheit und Chancen von den Neoliberalen zurückzuerobern. Denn jener Versuch führte aus ihrer Sicht zur Akzeptanz der Vorstellung, Chancen würden sich durch Leistung von selbst öffnen. Es sei zu einer Fixierung auf eine Sozialdemokratie der Leistungsfähigen und Starken gekommen. Ihre Erzählung handelte so nicht mehr von Freiheit, sondern - gerade in der Wahrnehmung der vermeintlich umworbenen modernen Arbeitnehmer - von Paternalismus und sozialer Kontrolle. Denn die Erzählung stand im Widerspruch zur Alltagserfahrung der verschlossenen Aufstiegswege und mangelnder Mitgestaltungs- und Entfaltungsmöglichkeiten trotz Leistung und guter Qualifikation. Andersson plädiert daher für eine Vision, die ein Recht auf Zukunft für alle Menschen einfordert und sie nicht als zu steuernde Subjekte, sondern als kompetente Persönlichkeiten wahrnimmt. Darüber hinaus müsse sich die Sozialdemokratie von tradierten Wachstumsvorstellungen lösen.

Obleich sich das Leistungsprinzip nicht aus den neoliberalen Theorien ableiten lässt - diese stützen das marktgesteuerte Erfolgsprinzip - lebte deren Politikmodell vom Mythos der individuell bestimmbaren Karriere durch Leistung. Dieses Aufstiegsversprechen appellierte an die Leistungs- und Bildungsbereitschaft, die sich gerade in den Arbeitnehmermilieus mit einem Aufstiegswillen verbinden und instrumentalisierte die Erzäh-

lung der alten Bundesrepublik, welche Teilhabe gegen Leistung zugesichert hatte.

Mit der erstarkenden Kritik an der wachsenden sozialen Ungleichheit und den Legitimationsproblemen neoliberaler Diskurse wurde die entsprechend umgedeutete Erzählung zunehmend als ungedeckter Scheck entlarvt.

Eine Auseinandersetzung um die Frage, wie der Freiheitsbegriff wieder durch progressive Diskurse gestaltet und genutzt werden kann, wäre für die Linke daher eine lohnende Aufgabe. Die Revitalisierung des progressiven Freiheitsbegriffs sollte sich auf die Lebensqualität als Ganze, biografische Selbstbestimmung und die Demokratisierung der Wirtschaft und Politik richten. Freiheit muss dabei als gemeinsame Freiheit, unter Erneuerung und Schaffung gesellschaftlicher Solidarität, verstanden werden.

Über die Notwendigkeit eines linken cross-overs herrscht in den Debatten kein Dissens. Ansätze für gesellschaftliche Umbauprojekte werden seit Jahren debattiert, Schnittmengen zwischen den Strömungen sind ausreichend vorhanden. Die praktischen Umsetzungsversuche waren jedoch zeitlich relativ beschränkt und konzentrierten sich auf einzelne Kongresse oder Projekte. Das Institut Solidarische Moderne ist einer der wenigen langfristig angelegten Zusammenhänge, der nicht nur die Reformprojekte debattiert, sondern auch die demokratischen Prozesse selbst. Andrea Ypsilanti zeigt auf, dass Synthesen der verschiedenen linken Diskurse möglich sind, wenn organisations- und traditionsbedingte Verkennungen begrenzt werden können. Solche grundlegenden Prozesse benötigten jedoch die erforderliche Zeit und fänden ihre Grenzen noch dort, wo die Diskussionsergebnisse in die jeweiligen Mutterorganisationen der Akteure zurückgespielt werden sollen. ■

☞ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw.

Dynamik der Krise



Kapitalismus – eine Religion in der Krise I

Grundprobleme von Risiko,
Vertrauen, Schuld

Herausgegeben von Georg
Pfeleiderer und Peter Seele

2013, 386 S., brosch., 49,- €

ISBN 978-3-8487-0016-5

(Religion - Wirtschaft - Politik, Bd. 8)

www.nomos-shop.de/20056

Die Autoren bündeln ihre Einsichten und fordern für unsere Gegenwart eine „ökonomische Aufklärung“, die zugleich eine Erneuerung der universitären Lehre von Wirtschaft und Management anregt.



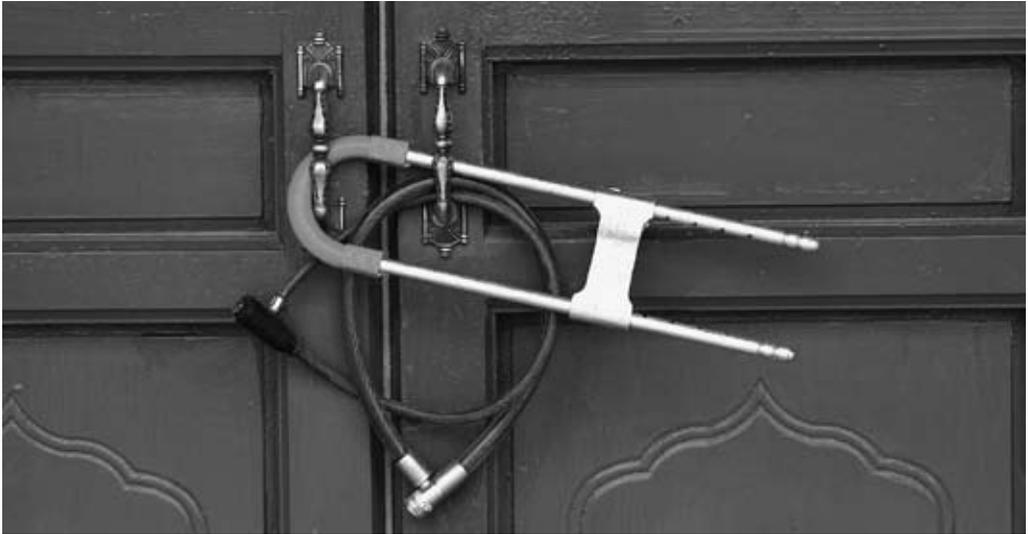
Nomos

Blockierte Diskurse – blockierter Wandel?

Überlegungen für eine strategierorientierte Diskursanalyse

von Benjamin Mikfeld und Jan Turowski

Foto: www.fotolia.com, © Inzyx



1. Einleitung: Krisenwissen ohne Krisenbewusstsein?

Woran liegt es, dass Krisenwissen einerseits und Handlungs- und Gestaltungsvisionen andererseits heute so weit auseinanderklaffen? An „falschen“ Regierungsmehrheiten? Am Problem der Governance in einer überkomplexen Weltwirtschaft? An der Zersplitterung der progressiven Kräfte in der Gesellschaft? An Institutionen, die einen politischen Pfadwechsel verunmöglichen? An vermachteten Interessen? An veralteten Denkweisen und fehlenden Alternativen? An der Tatsache, dass verschiedene Kriseninterpretationen – von einer bloßen „Finanzkrise“ bis hin zur globalen „Metakrise“ – handlungspolitisch unvereinbar sind? Oder ein bisschen von allem?

Klar ist, dass konservative Beharrungskräfte eine Abkehr vom alten Pfad blockieren. Dabei handelt sich es aber keineswegs ausschließ-

lich um politische Akteure (wie die amtierende Bundesregierung), sondern vielmehr um komplexe Strukturen aus Institutionen, Diskursen, Deutungsmustern und Gewohnheiten. Ebenso klar ist, dass jede politische Reform- oder Transformationsstrategie – will sie denn erfolgreich sein – diese Strukturen durchdringen und umgestalten muss. Doch dazu muss man die Strukturen als eine kommunikative Konstruktion von Wirklichkeit begreifen und sich erst einmal einen Überblick über das politisch-diskursive Spielfeld konkurrierender Ideen und Interessen verschaffen.

Im vorliegenden Text legen wir dar, wie eine solche „Spielfeldanalyse“ in Form einer „strategierorientierten Diskursanalyse“ aussehen kann. Der Text knüpft an einem Beitrag aus spw 4/2012 an¹ und vertieft diesen in metho-

¹ Benjamin Mikfeld (2012): Transformation, Diskurs und Hegemonie, spw 4/2012

discher Hinsicht. Er basiert auf einer Studie der beiden Autoren.²

Ausschlaggebend für unsere Arbeit war, dass es einerseits in der (Partei-)Politik einen Trend zu kurzfristigen und reaktiven Lösungen und zur Taktik minimaler Geländegewinne anstelle von Strategie gibt. So gerät Politik in den Sog „rasenden Stillstands“, in dem Dinge hektisch, ziellos, mitunter erratisch verändert aber nie wirklich entwickelt werden. In diesem Sinne findet die Auseinandersetzung mit „Diskursen“ auch lediglich und missverstanden auf der Ebene von Kampagnen- und Wahlkampflogos statt. Andererseits gibt es zwar eine Fülle wissenschaftlicher Ansätze, die sich mit dem Zusammenspiel von Sprache, politischem Denken und politischer Macht auseinandersetzen. Doch diese agieren in akademischen Nischen und finden nur wenig Berücksichtigung in der politischen Strategieberatung. Ziel einer strategieorientierten Diskursanalyse ist es folglich, diese beiden Welten - die praktische Politikberatung und akademische Diskursforschung - zusammenzuführen und methodisch zu einem nutzbaren Instrument zu verdichten.

2. Ein interdisziplinärer Analyseansatz

Ein zentraler Baustein einer strategieorientierten Diskursanalyse ist die Verknüpfung verschiedener wissenschaftlicher Stränge und Disziplinen:

Aus der (*politischen*) Sprachforschung kann die grundlegende Erkenntnis übernommen werden, dass Sprache einen realitätskonstituierenden Charakter hat. So sind Begriffe nicht „neutral“, sondern sie sind Gegenstand semantischer Kämpfe, in denen es darum geht, diese mit einem bestimmten Inhalt zu füllen oder Sachverhalte mit bestimmten Begriffen zu bezeichnen. Politische Sprache ist zudem

nicht nur rational, sondern sie beinhaltet immer auch normative und emotionale Elemente. Jede politische Denkrichtung oder Gruppe verfügt über ein spezifisches Arsenal an Begriffen, Topoi (immer wiederkehrende Argumentationsmuster), Metaphern und Narrativen, die im Bemühen um Meinungsführerschaft und Deutungsmacht zum Einsatz kommen.

Die Tatsache, dass eine bestimmte Sprache (v. a. Metaphern) in den Köpfen der Einzelnen „Frames“ oder „assoziative Netzwerke“ aktiviert, schlägt die Brücke zu *psychologischen Ansätzen*. Solche Netzwerke sind neuronale Strukturen, die Sinnzusammenhänge und Deutungen in unseren Gehirnen herstellen. So aktiviert der Begriff „Umverteilung“ bei vielen überzeugten Linken den Frame „gerechte Gesellschaft durchsetzen“ und löst positive Emotionen aus. Bei FDP- und CDU-Wählern wird das genaue Gegenteil der Fall sein. In der psychologischen Literatur wird der Anteil des Nicht-Rationalen bzw. Unbewussten im politischen „Denken“ mit 70-98 Prozent beziffert.

Das Spektrum der *Diskursforschung* ist so breit, dass es an dieser Stelle nicht annähernd dargestellt werden kann. Gleichwohl sollen zumindest drei für uns zentrale Ausgangsüberlegungen der Diskursforschung herausgehoben werden. Erstens: Wissen und Wahrheit sind diskursiv produziert. In politischen Diskursen findet ein ständiges Ringen darüber statt, was als „wahr“ und „angemessen“ gilt. Diskurse sind somit eine zentrale Machtressource. Politische Diskurse sind zweitens ein (nicht zwangsläufig intendiertes) Resultat politischer Handlungen und Strategien. Drittens sind Diskurse weit mehr als Sprache, sie werden fortwährend durch Institutionen, Regelsysteme und Wissensproduzenten, aber auch Praktiken, stabilisiert und reproduziert.

Die *Milieuforschung* zeigt, dass sich unterschiedliche Deutungs- und Bewertungsmuster natürlich nicht zufällig in der Gesell-

² Jan Turowski / Benjamin Mikfeld (2013): Gesellschaftlicher Wandel und politische Diskurse, Werkbericht des Denkwerk Demokratie (im Erscheinen)

schaft verteilen. Individuelle Deutungen und Sinnstrukturen basieren in hohem Maße auf sozialer Herkunft, persönlichen Erfahrungen und der Ausstattung mit ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital. Habitus als das „Körper gewordene Soziale“ ist Ausdruck einer Ethik der Lebensführung, die wiederum Ausdruck der im jeweiligen sozialen Milieu vorherrschenden Diskurse ist.

Pfadabhängigkeits- und Transformationskonzepte schließlich verweisen darauf, dass früher getroffene Entscheidungen weitreichende Auswirkungen auf das Heute und Morgen haben und so notwendigen gesellschaftlichen Wandel blockieren können. Analysen ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklungsfade zeigen sowohl, wie sie kurzfristigen Handlungsspielraum der Politik begrenzen, als auch, welche historisch gewachsenen Verriegelungen im Rahmen eines langfristigen Transformationskonzeptes zu knacken sind. Transformationsstrategien müssen sich daher ein Bild von diesen Blockaden, Widersprüchen und sozialen Kräften machen.

3. Diskursebenen und Diskurswelten

Um die verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen hinsichtlich konkreter Anwendungsperspektiven zu integrieren, ist es aus unserer Sicht notwendig, zwei Dimensionen politischer Diskurse zu differenzieren. Die erste Dimension sind *Diskursebenen*, auf denen politische Diskurse operieren. So geht es bei einem Streit auf der Policy-Ebene (z.B. über die Höhe von Steuersätzen) meist nicht nur „pragmatisch“ um sachliche Lösungen, sondern es wird diskursiv auch auf tiefer verankerte Wertvorstellungen und Gesellschaftsmodelle verwiesen.

Die zweite Dimension sind *Diskurswelten*, in denen politische Diskurse überhaupt erst entstehen. Zu nahezu allen politischen Problemen finden sich miteinander in Wettstreit

liegende Problemerkklärungen und -lösungen, die wiederum ihrerseits Teil umfassender politischer Deutungsdiskurse sind. Diskurswelten bestehen sowohl aus den in Konflikt miteinander stehenden Diskursen wie auch den sie umgebenden Ensembles aus Akteuren, Institutionen, Wissensproduzenten und Kommunikationsstrukturen.

3.1 Diskursebenen

Die Diskurse an der sichtbaren Oberfläche bezeichnen wir als **Policy-Diskurse**. Auf dieser Ebene findet die Kommunikation der Akteure in Bezug auf konkrete Problemlösungen und Handlungsziele mit Blick auf die Wahlbevölkerung auf andere Policy-Akteure (Parteien, Verbände, Gewerkschaften etc.) statt. Auf der Policy-Ebene kann man einen Diskurs im alltagsprachlichen Verständnis als eine *öffentliche Debatte* um ein politisches Thema beschreiben, in der um die „beste“ Lösung gestritten wird.

Auf der zweiten Ebene befinden sich die **Paradigmen-Diskurse**. In ihnen werden Problem- und Krisenphänomene verhandelt, die nicht durch bloßes Anpassen und Nachjustieren innerhalb der bestehenden und bekannten Mechanismen gelöst werden können. Auf dieser Diskurs-Ebene geht es um die kognitive wie normative *Verschiebung des handlungspolitischen Rahmens*, in dem sich sodann neue „normale“ Policy-Problemlösungen ergeben. In Paradigmen-Diskursen setzt sich ein neues Ordnungsprinzip als ein bestimmter Satz möglicher Policy-Antworten auf drängende politische Fragen durch und bleibt – als Teil eines *Regulationsmodus*, der ein gegebenes Akkumulationsregime stabilisiert - über einen längeren Zeitraum dominant. Politisch-ökonomische Krisen stellen eine Zäsur dar, weil bis dahin etablierte und eingespielte Steuerungs- und Distributionsmechanismen nicht mehr funktionieren und es zu einer Neuordnung der Regulationsinstitutionen und einer Neuverteilung der

wirtschaftlichen Ressourcen kommt. Welche Gestalt und welche Richtung Neuordnung bzw. Neuverteilung haben, ist im Krisenmoment selbst meist noch offen und ist erst nachfolgend das Ergebnis von Machtkämpfen. Über Paradigmen-Diskurse wird ein neues Ordnungsprinzip kognitiv und normativ durchgesetzt, wie z.B. im Zuge der Ablösung des keynesianisch-wohlfahrtsstaatlichen durch das neoliberale Paradigma ab Ende der 1970er Jahre.

Auf der dritten Ebene werden **Narrativ-Diskurse** geführt. In Narrativ-Diskursen werden *kollektive Vorstellungen* und *große sinngebende Erzählungen* „verhandelt“, die sich im Bewusstsein der Bevölkerung tief verankert haben. Die in diesen Diskursen kommunizierten gesellschaftlichen Vorstellungen und Selbstverständnisse betten Policy- und Paradigmen-Diskurse somit in ein historisch gewachsenes, vielfach mythisch aufgeladenes Raster aus Werten, Erinnerungen und Auffassungen ein. Narrativ-Diskurse schöpfen ihre diskursiven Wirkungspotentiale meist aus der Anrufung historischer Ereignisse, Mythen und kollektiv geteilter Erfahrungen. In Deutschland beispielsweise ist die „*Soziale Marktwirtschaft*“ ein zentraler Narrativ-Diskurs. Zur Zeit ihrer begrifflichen Entstehung war die „Soziale Marktwirtschaft“ durchaus umstritten und stand alternativen wirtschaftspolitischen Leitvorstellungen wie z.B. dem „Demokratischen Sozialismus“ der Sozialdemokratie oder auch dem „Christlichen Sozialismus“ großer Teile der Christdemokratie gegenüber. Erst mit dem so genannten „Wirtschaftswunder“ und vor allem der Rentenreform 1957 wurde „Soziale Marktwirtschaft“ allmählich zu dem *dominanten Diskurs*, der immer weitere politisch-gesellschaftliche (auch ursprünglich widerstrebende) Akteure und Positionen in sich einschloss. „Soziale Marktwirtschaft“ ist als historische Errungenschaft weitestgehend gesellschaftlich akzeptiert und der Begriff selbst schwebt förmlich – oft nur noch in Sonntags- und

Grundsatzreden – über den massiven wirtschaftspolitischen Streitfragen. Der Narrativ-Diskurs „Soziale Marktwirtschaft“ hingegen ist hoch umkämpft, weil in ihm Deutungshoheit für die politische Auseinandersetzung der Gegenwart erarbeitet wird: Ist eher das freie Spiel der Marktkräfte oder betriebliche Mitbestimmung, private Eigenverantwortung oder Sozialstaatlichkeit, freies Unternehmertum, deutsche Ingenieurskunst oder der soziale Kompromiss das wesentliche Charakteristikum der historischen „Sozialen Marktwirtschaft“, wie sind die jeweiligen Elemente zu gewichten und vor allem, welche Konsequenz ist daraus für die Gegenwart zu ziehen?

Die Ebene der **Meta-Diskurse** schließlich umfasst alle anderen Diskurs-Ebenen. Sie ist am wenigsten umstritten und wird dafür um von allen politischen Kräften vereinnahmt. In Meta-Diskursen geht es um fundamentale *erkenntnistheoretische Grundannahmen, Wahrnehmungsschemata, Perspektiven und Methoden*: z.B. wissenschaftlich-rationalistischer Determinismus, die Vorstellung linear fortschreitender Zeit oder ein spezifisches Naturverständnis. Auch grundlegende normative Wertvorstellungen wie die Menschenrechte oder die naturrechtliche Begründung des Liberalismus formulieren sich auf dieser Diskurs-Ebene.

Die unterschiedlichen Ebenen sind natürlich durchlässig und überlagern sich. Zum einen greifen Policy-Diskurse an der Oberfläche auf Sinn-Ressourcen der tieferen Ebenen zurück. So beziehen sich in Deutschland von der Linkspartei bis zur FDP fast alle Parteien positiv auf das Narrativ der „Sozialen Marktwirtschaft“. Zum anderen können Elemente der höheren Ebenen mit der Zeit auf den tiefer liegenden Ebenen sedimentieren und zur normativen Grundausstattung werden. So war die politische Gleichheit von Frauen und Männern noch vor 100 Jahren hoch umkämpft – inzwischen ist sie Teil der Meta-Dis-

kurse und die Erfolge der Frauenbewegung sind in die narrative Ebene eingesickert.

3.2 Diskurswelten

In den Diskurswelten werden Diskurse produziert, doch diese sind nicht zufällig, sondern von den in den Diskurswelten vorherrschenden sozialstrukturellen Problemlagen, kulturellen Deutungskonzepten und Lebensstilen determiniert. Zugleich ist die jeweilige Diskursrezeption ein sinnstiftender Teil der Lebensführung und des Selbstverständnis der in den Diskurswelten agierenden Akteure. Diskurswelten liegen gewissermaßen quer zu den Diskursebenen, doch sie operieren auf allen vier Ebenen. Ohne den Rückgriff auf Begründungen der Meta- und Narrativebene ist eine Diskurswelt schwer denkbar. Allerdings unterscheiden sich die Diskurswelten hinsichtlich ihrer *expliziten* Bezugnahme auf die jeweiligen Ebenen. Je näher der Diskurs am hegemonialen Status Quo ist, wird der Konflikt auf der Policy-Ebene geführt und lässt die anderen drei Ebenen legitimierend „mitschwingen“. Ist der Diskurs weit vom Status Quo entfernt und formuliert als zentrale Forderung eine sehr weit reichende Transformationsperspektive, muss er deutlich mehr im öffentlichen Konflikt die Grundsatz-Frage stellen und z.B. den herrschenden Paradigma-Diskurs herausfordern. Diskurswelten charakterisieren wir durch zehn Eigenschaften:³

Erstens hat jede Diskurswelt eine selektive Sicht auf die zu lösenden politisch-gesellschaftlichen Probleme und bringt insofern auch spezifische „Lösungsvorschläge“ hervor. Diskurse, die auf gesellschaftlichen Einfluss abzielen oder gar Hegemonie anstreben, sind stets darum bemüht, ihre Anliegen so zu begründen, dass sie im Einklang mit dem Gemeinwohl stehen. Sie formulieren als Leitidee ein „zentrales Versprechen“, von dem sich

dann vielfältige politische Einzelforderungen ableiten. So hat beispielsweise der Wirtschaftsliberalismus das Versprechen „Mehr Marktfreiheit ermöglicht mehr Wachstum und mehr Chancen für jeden Einzelnen“ formuliert. Jede einzelne Forderung nach Liberalisierung oder Privatisierung ankert letztlich in diesem zentralen Versprechen.

Diskurswelten konstruieren **zweitens** nicht nur eine Innen- sondern notwendig auch eine antagonistische Außenwelt, die fortwährend die Negation des eigenen zentralen Versprechens darstellt. Wirtschaftsliberale beispielsweise stellen nahezu alles als „freiheitsfeindlich“ oder als „wohlstandsmindernd“ dar, was nicht ihrem Versprechen des Marktliberalismus entspricht.

Drittens existiert auf der Ebene der politischen Subjekte ein Netzwerk meinungsprägender Diskursrepräsentanten aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Medien. Diese Akteure stehen untereinander in zumindest lockerem Kontakt und bestätigen ihren eigenen Diskurs permanent selbst.

Viertens sind Diskurswelten zwar nicht deckungsgleich mit politischen Milieus oder politischen Lagern,⁴ sie verfügen aber über eine soziologisch definierbare gesellschaftliche Basis, deren Interessen, Wertvorstellungen und Habitus in dieser Diskurswelt eine zentrale Bedeutung haben. Um gesellschaftliche Hegemonie zu erreichen, müssen Diskurswelten einen stabilen „Klassenkompromiss“ – im Sinne einer Akzeptanz des Wirtschafts- und Sozialmodells „im Großen und Ganzen“ seitens verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, gestützt durch Diskurse auf der Paradigmen- und Narrativ-Ebene – überspannen.

3 Die Ausführungen müssen hier aus Platzgründen abstrakt bleiben. Für ein konkretes Beispiel vgl. Fußnote 1

4 Gerade die Dialektik von Diskursen und Milieus stellt ein Feld dar, auf dem u.E. noch erheblicher Forschungsbedarf besteht.

Fünftens weist jede Diskurswelt eine bestimmte „Wissensordnung“ auf. Sie verfügt über ein theoretisches Fundament, auf dem zwei „Stockwerke“ aufbauen: zunächst eine Etage der populären Vermittlung durch Bildungseinrichtungen, Verbände, Think Tanks, Medien etc. und dann die Ebene des (meist widersprüchlichen) Alltagsverstandes gesellschaftlicher Gruppen.

Stabilisiert und reproduziert werden diese Diskurswelten **sechstens** durch Institutionen, Strukturen, Routinen und Traditionen, die Dispositive prägen bzw. Subjekte, „Gewohnheiten“ und oft unhinterfragte „Normalitäten“ hervorbringen.

Siebtens berücksichtigen wir in unserer Definition von Diskurswelten die Erkenntnis, dass politische Urteile und Entscheidungen nicht ausschließlich bewusst und rational getroffen werden. Politisches Denken ist nicht zu trennen von Emotionen, die durch Personen, Themen und Diskurse aktiviert werden. Politische Themen bedienen nicht nur funktionale Bedürfnisse (eine sachliche Lösung), sondern immer auch soziale und emotionale Bedürfnisse. So wird ein Maßnahmenkatalog für rigide „innere Sicherheit“ z.B. nicht nur sachlich bewertet. Bei manchen Gruppen bedient es das Bedürfnis nach Kontrolle und Sicherheit, bei anderen ist es ein Angriff auf das Bedürfnis nach Autonomie.

Zudem weisen die jeweiligen Diskurswelten **achtens** eine bestimmte Sprache auf. Sachverhalte unterliegen einer Bezeichnungskonkurrenz (Atomkraft vs. Kernenergie), Begriffe unterliegen einer Bedeutungskonkurrenz (Freiheit als „Freiheit vom Staat“ oder als „Freiheit zum selbst bestimmten Leben“). Diskurswelten verfügen über Schlüsselwörter, Kampfbegriffe und Metaphern, die assoziative Netzwerke oder Frames aktivieren, die wiederum nicht von den bereits erwähnten Emotionen zu trennen sind.

Neuntens sind solche Diskurswelten nicht geschichtslos – im Gegenteil: Sie versuchen, eine Kontinuitätsgeschichte zu erzählen, die Vergangenheit und Zukunft verbindet, und bedienen sich im kollektiven Bewusstsein verankerter (aber zwischen den Diskurswelten umkämpfter) Narrative und Mythen. So kann der „American Dream“ beispielsweise progressiv und konservativ gedeutet werden, und dasselbe gilt für den deutschen Nachkriegsmythos der „sozialen Marktwirtschaft“.

Diskurswelten verfügen **zehntens** zum einen über eigene Medien oder kommunikative Kanäle und Räume, die dem Binnendiskurs sowie der Selbstbestätigung dienen. Zum anderen sind sie aber auch auf die Aufmerksamkeit der Massenmedien angewiesen, wenn sie gesellschaftliche Relevanz entfalten wollen.

So definierte Diskurswelten sind in ihrem Inneren weder inhaltlich völlig widerspruchsfrei noch auf Dauer fixiert. Sie nehmen neue Impulse, Ideen sowie Akteure auf und integrieren diese. Auf diese Weise können sie sich reproduzieren und zugleich an veränderte Kontextbedingungen anpassen. Diskurswelten haben auch keine starren Grenzen, sondern diese sind eher fluide, überlappen und verbinden sich, Akteure der einen Diskurswelt gehen möglicherweise Verbindungen mit Repräsentanten benachbarter Welten ein, Teildiskurse prägen eigene Diskurswelten aus oder kleine Diskurswelten gehen in größeren auf usw. Konkurrierende Diskurswelten verfügen allerdings in sehr unterschiedlichem Ausmaß über gesellschaftliche und politische Relevanz. Manche bleiben auf Dauer in gesellschaftlichen Nischen gefangen, andere können über einen längeren Zeitraum hegemonial werden, wenn es ihnen gelingt, verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen ein plausibles Deutungs- und Zugehörigkeitsangebot zu unterbreiten und bestimmte, ihnen zugrunde liegende Interessen zu verallgemeinern. Dauerhaft hege-

moniale Diskurswelten konstituieren letztlich auch relativ stabile ökonomische oder wohlfahrtsstaatliche Entwicklungspfade und „Klassenkompromisse“.

4. Diskurspolitische Unterstützung einer transformativen Strategie

Abschließend wollen wir auf Basis des bislang Dargestellten fünf Thesen formulieren, die zugleich als Voraussetzung für eine strategische Diskursführung anzusehen sind:

Erstens: In der politischen Strategieführung brauchen wir ganz grundsätzlich ein größeres Verständnis dafür, dass „Diskurse“ Machtfaktoren sind. Der Raum des Politischen ist durchzogen von politischen Diskursen, die miteinander um Deutungshoheit ringen. Diskurse drücken nicht nur argumentative „Meinungen“ aus, sondern verbinden Interessen mit Werten und emotionalen Bedürfnissen. Was Bürger für „wahr“ halten, ist immer umkämpft und eine politische Machtressource. Man kann also nicht nicht diskurspolitisch agieren: jede politische Aussage, jede Metapher, jedes Interview zahlt auf das Konto eines Diskurses ein. Oft ist politischen Akteuren aber nicht bewusst, auf welches Konto sie da gerade einzahlen.

Nötig ist es also, sich einen Überblick über das politisch-diskursive Spielfeld zu verschaffen. Dabei geht es zum einen darum, politische Potenziale für mögliche Diskursallianzen zu identifizieren: Welche (neuen) Ideen und Sichtweisen gibt es, die vom Rand in den Mainstream geführt werden können? Wer teilt bestimmte Ziele und Wertvorstellungen? Welche Narrative werden von wem geteilt bzw. welche Gemeinsamkeiten und Konflikte bestehen auf den einzelnen Diskursebenen? Andererseits gilt es, die politisch-kulturellen Trennlinien, die „Lock-Ins“ und strukturkonservierenden Dispositive zu erkennen. Welche Akteure haben welche Interessen und wer blockiert den gewünschten

Wandel? Welche gesellschaftlichen Gruppen sind zwischen dem „Alten“ und dem „Neuen“ hin- und her gerissen, können aber prinzipiell gewonnen werden? Um Diskurse in ihrem historischen und sozialen Kontext mehrdimensional erfassen zu können, unterscheiden wir zwischen Diskursebenen, die Aufschluss darüber geben, um welche Reichweite und Zeitdimensionen der jeweils konkurrierenden Deutungen und politische Ideen gerungen wird und Diskurswelten, die aufzeigen, welche Interessen, Akteurskonstellationen, welche Strategien und Ressourcen auf dem Spielfeld zum Einsatz kommen.

Zweitens: Im Sinn einer Diskursallianz müssen nicht nur reale Akteure, sondern vor allem auch Denkweisen vernetzt werden. Neue Diskurse entstehen, indem Partikularinteressen in Gemeinschaftsinteressen transformiert und umgekehrt vermeintliche Gemeinschaftsinteressen als die Einzelinteressen Weniger dekonstruiert werden. Diskursallianzen addieren auch nicht einfach konkurrierende Diskurse, sondern sie vergrößern die Schnittmengen zwischen im politischen Raum benachbarten Diskursen. Wenn solche Allianzen ein bestimmtes Maß an Bedeutung und Kohärenz aufweisen, kann aus ihnen ein eigenständiger Diskurs bzw. eine entsprechende Diskurswelt erwachsen.

Politische Diskursallianzen sind also gleichzusetzen mit neuen Netzwerken auf drei Ebenen:

- Auf der Ebene der individuellen und kollektiven Akteure, die Problemsichten, Ziele und Wertvorstellungen teilen: also Diskurse vor allem auf der Paradigmen- und Narrativ-Ebene.
- Auf der Ebene der Arbeit an gemeinsamen politischen Lösungen und Projekten (und damit auch Diskursen auf der Policy-Ebene)

- Auf der Ebene der „politischen Gehirne“ der Einzelnen, indem sich neue „assoziative Netzwerke“ oder Frames etablieren.

Diskurse und Diskursallianzen können jedoch nicht „top down“ entwickelt werden. Die Diskurse von Experten und Meinungseliten übersetzen sich nicht bruchlos in das Denken der breiten Bevölkerung. An bestimmte Alltagsdiskurse und habituelle Präzungen können sie mehr, an andere weniger anknüpfen. Zudem haben Alltagsdiskurse eine Eigenständigkeit und beinhalten auch ein widerständiges Potenzial. Da eine Diskursallianz immer Gemeinsamkeiten in der Pluralität herzustellen bedeutet, kann eine neue Diskursallianz auch nicht allein über die Massenmedien hergestellt werden. Wichtig ist es daher, über den direkten Zugang zu verschiedenen sozialen Milieus zu verfügen. Erforderlich sind „organische Intellektuelle“, die auf der Ebene der Zivilgesellschaft Überzeugungsarbeit leisten. Ebenso erforderlich sind offene und demokratische Räume (kommunale Ebene, Parteien, zivilgesellschaftliche Organisationen usw.) in denen Meinungsaustausch stattfinden und „brückenbildendes Sozialkapital“ aufgebaut werden kann. Politische Hegemonie ist nicht das Ergebnis der Strategie eines Diskurses, sondern Resultante der Kräfteverhältnisse verschiedener Diskurswelten.

Drittens: Politisches Denken funktioniert nicht frei von Konflikten, Werten und Emotionen. In den Köpfen der Einzelnen korrespondieren die Diskurse mit „assoziativen Netzwerken“ oder Frames. Politisches Denken ist zu einem nicht unerheblichen Teil unbewusst. Politische Botschaften werden durch das, was wir kennen und mögen gefiltert. So wichtig Fakten und sachliche Argumente auch sind, überzeugend wirken vor allem politische Botschaften, die auch Emotionen auslösen. Politische Überzeugung und Mobilisierung darf zudem nicht nur auf negative Kommunikation setzen („Es war schon

immer schlimm, aber jetzt wird es noch viel schlimmer“), weil negative Stories auch negative Emotionen verstärken. Wichtig sind positive Visionen und Hoffnungen. Politische Diskurse stellen ein „Innen“ und ein „Außen“ entlang politischer Konfliktlinien her. So geht es bei vielen politischen Konflikten (z.B. um große Infrastrukturprojekte) oft nicht nur um die Sache an sich, sondern auch um kollektive Identitäten, Werte und einen Streit um die Frage des guten Zusammenlebens.

Wichtig ist die Fähigkeit, eine kohärente Geschichte zu erzählen. Eine Diskursallianz braucht eine normative und narrative Basis und eine starke Verankerung auf der Ebene der Narrativ-Diskurse. Was ist die Vorstellung vom „guten Leben“? Welche Konzepte von Freiheit und Gerechtigkeit liegen zugrunde? An welchen guten Traditionen und Erfolgen unseres Landes knüpfen wir selbstbewusst an und setzen diese in der Zukunft fort?

Viertens: Gleichwohl entstehen neue Diskursallianzen auch nicht zufällig, sondern sie sind Ergebnis eines mehr oder weniger bewussten strategischen Wirkens von Akteuren, die sich für sozialen und politischen Wandel einsetzen. Erforderlich sind strategische Akteure und „Change Agents“ in Politik, Zivilgesellschaft und Staat. Folgende Kompetenzen sind dabei erforderlich:

- **Analysekompetenz:** Die Fähigkeit zur Analyse des „Politischen Spielfeldes“ bzw. der Diskurswelten, um Blockadefaktoren aber auch progressive Potenziale identifizieren zu können.
- **Politische Innovationskompetenz:** Die Fähigkeit, neue Trends, Ideen, Lösungen und Projekte zu entwickeln oder zu identifizieren und in den politischen „Mainstream“ zu überführen.
- **Dialogkompetenz:** Die Fähigkeit, sich in andere Diskurswelten hineinzusetzen

zen, zu vermitteln, Vertrauen und Sozialkapital aufzubauen und politisch zu überzeugen.

- Strategiekompetenz: Das Erkennen und Nutzen von Gelegenheitsfenstern und die Herstellung von politischen Bündnissen. Zur Strategiekompetenz gehört auch der „lange Atem“, das heißt die Fähigkeit, die Eigenlogik des Medien- und Politiksystems zu überwinden und langfristige Ziele zu verfolgen.
- Kommunikationskompetenz: Die Fähigkeit, politische Forderungen und Ideen in eine – mehrere Diskurswelten verbindende – kohärente emotionale Erzählung zu integrieren und diese öffentlich zu kommunizieren.

Fünftens: Eine strategische Diskursführung mit dem Ziel der Herstellung von Diskursallianzen und einer politischen Transformation braucht – als diskurspolitische Antriebskraft – transformative politische Projekte, die vier Voraussetzungen erfüllen:

- Sie müssen anschlussfähig an verschiedene Diskurswelten sein, müssen verschiedene Diskurse einbeziehen und einen Beitrag dazu leisten, die in dominierenden oder hegemonialen Diskursen als konträr konzeptualisierten Ziele (zum Beispiel ökonomische Stärke vs. soziale Gerechtigkeit) in neuen Begriffs-Synthesen aufzulösen.
- Sie dürfen nicht ungewollt den Status Quo konservieren, sondern müssen eine Option auf weitere Reformen eröffnen. So birgt zum Beispiel eine nur halbherzige Regulierung der Finanzmärkte die Gefahr, das an sich problematische System zu stabilisieren (immerhin „hat man ja gehandelt“), ohne wirklich die Ursachen der Krise zu beseitigen.

- Sie sollten Institutionen, die konkurrierende Diskurse stabilisieren, überwinden und neue Institutionen schaffen, die den eigenen Diskurs stärken.
- Sie sollten Raum schaffen für Experimente, Ideen, Kreativität sowie Pioniere und sich an Best Practices orientieren, die zeigen, dass eine andere Politik nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch möglich ist.

Ohne mit diesen Überlegungen die komplexen Eingangsfragen nach den Ursachen für eine Verriegelung des alten Pfades hinreichend beantworten zu können, spricht jedoch einiges für die Annahme, dass die politische Linke auf allen fünf genannten Feldern noch etwas Handlungsbedarf hat. ■

↳ Jan Turowski ist Associated Professor an der Southeast University in Nanjing und Gastprofessor an der Jiangsu University in Zhenjiang.

↳ Benjamin Mikfeld ist Diplom-Sozialwissenschaftler und Geschäftsführer des Denkwerk Demokratie.

Mit welchem politischen Projekt kann die SPD breite Schichten mobilisieren?

– Ein Blick zurück und ein Blick nach vorn

von Michael Vester und Max Reinhardt

1. Einleitung

Die SPD steht nach der Bundestagswahl vor der Frage, ob der zumindest in Teilen wiederhergestellte Konsens der Parteiflügel wieder einseitig aufgekündigt wird. Eine autoritäre Hegemonie eines Parteiflügels aber würde wiederum Wählerinnen und Wähler enttäuschen, die erwarten, auch nach der Wahl mitbestimmen zu können bzw. sozial und ökologisch nachhaltig repräsentiert zu werden. Daher wird an historischen Beispielen wie dem *Godesberger Programm*, dem *Berliner Programm*, der *Agenda 2010* und dem Wahlkampfprogramm der *Grünen* verdeutlicht, wohin im Positiven wie im Negativen integrative und autoritäre Formen von Parteiflügeln führen können.

2. Autoritäres Denken und verspätete Modernisierung von Mentalitäten: der Weg zum Godesberger Programm 1959

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs war keine Zäsur hinsichtlich einer obrigkeitlich-staatlich-autoritär eingestellten Mehrheit der deutschen Bevölkerung verbunden. Viele Bundesbürger und vor allem Jugendliche waren weiterhin monarchistisch oder autoritär-national eingestellt. Ihre „gemeinsame Sinnggebung und Orientierung“ war in erster Linie der „Wiederaufbau“ Deutschlands.¹ Ausnahmen waren vor allem Jugendliche aus „christlichen, altkonservativen, sozialistischen oder liberalen“ Familien, für die die „bevorstehende Niederlage“ eine Chance für „eine poli-

tische Umwälzung“ einer neu zu schaffenden, demokratischen Gesellschaftsordnung war.² Die Erwartungen des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher (1945-1952) einer Hegemonie der SPD erfüllten sich trotz ihres moralischen Kapitals durch den Widerstand von Sozialdemokraten gegen die Nationalsozialisten und ihres Kampfes für die Demokratie nicht.³ Das Verhältnis zu den Kirchen entspannte sich in den ersten Jahren nach 1945 nur partiell und zwar vor allem durch die gemeinsamen Erfahrungen mit einigen Theologen im Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur.⁴

Die SPD-Rechte war sowohl programmatisch als auch organisatorisch weitaus besser organisiert, so ab 1957 als *Kanalarbeiterriege* mit dem Ziel der „Zerstreuung“ und sozialen Integration der Abgeordneten in geselliger Runde.⁵ Zu den *Kanälern* zählten in der 3. Wahlperiode von 1957 bis 1961 zwei Drittel der Bundestagsabgeordneten, so dass sie die SPD-Politik maßgeblich beeinflussten.⁶

2 Zum politischen Denken der jüngeren Generationen siehe Rolf Schörken 1985: *Luftwaffenhelfer und Drittes Reich. Die Entstehung eines neuen politischen Bewusstseins*, Stuttgart, S. 215. Zusammenfassend zur Kontinuität des autoritären Denkens nach 1945 siehe Max Reinhardt 2011: *Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten*, Baden-Baden, S. 522-525.

3 Zu den politischen Vorstellungen von Kurt Schumacher siehe ders. 2004 [1945]: *Politische Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren*, in: Dieter Dowe/Kurt Klötzbach (Hg.) 2004: *Programatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie*, Bonn, S. 290.

4 Zum Verhältnis zu den Kirchen siehe Wilfried Gottschalch 1976: *Veränderungen der Sozialstruktur und Interessenbewusstsein im CDU-Staat*, in: Bernhardt Blanke/F. C. Delius/Tilmann Fichter/Niels Kadritzke/Bernd Rabehl/Ute Schmidt/Georgia Tornow: *Die Linke im Rechtsstaat*, Band 1: *Bedingungen sozialistischer Politik 1945-1965*, Berlin, S. 81.

5 Zu den *Kanälern* siehe Ferdinand Müller-Rommel 1982: *Innerparteiliche Gruppierungen in der SPD. Eine empirische Studie über informell-organisierte Gruppierungen von 1969-1980*, Opladen, S. 161.

6 Zu den *Kanälern* im Bundestag siehe Johannes Kahrs/Sandra Viehbeck 2005: *In der Mitte der Partei. Gründung, Geschichte und Wirken des Seeheimer Kreises*, Berlin (abgerufen am 12.06.2013: http://www.seeheimer-kreis.de/fileadmin/user_upload/Papiere_und_Broschueren/Die_Chronik_der_Seeheimer-1.pdf), S. 12 f.

1 Zum politischen Denken der Jugend siehe Rolf Schörken 1990: *Jugend 1945. Politisches Denken und Lebensgeschichte*, Opladen, S. 147.

Die SPD-Linke hingegen organisierte sich in den ersten beiden Jahrzehnten nach 1945 nicht, sondern bestand aus miteinander locker vernetzten Gruppierungen um Sozialdemokraten wie Peter von Oertzen, Otto Brenner, Wolfgang Abendroth im Bündnis mit (weiteren) linken Gewerkschaftern und außerparlamentarischen Bewegungen wie der Paulskirchenbewegung und die Bewegung *Kampf dem Atomtod*, und blieb vergleichsweise einflusslos. Ihr gemeinsames Ziel war es, die theoretische Position der SPD zu schärfen und sie in einem linkssozialistischen Sinn zu reformieren.⁷

Die SPD entmachtete mit der auf dem Stuttgarter Parteitag 1958 verabschiedeten Parteireform ihren Parteiapparat und stärkte entgegen der Hoffnung der Altlinken auf eine Demokratisierung der Partei vor allem die Kandidaten in der SPD.⁸ Die Öffnung der SPD mutierte vor allem auf Seiten der SPD-Rechten zu einem Mantra, so als müsste sie sich von einer marxistischen Vergangenheit endlich lossagen und zu einer *catch all party* mit einer Priorisierung der „Führerauslese“ und Umfragewerte der Kandidaten gegenüber „allgemeinen gesellschaftlichen Zielen“ zu werden.⁹

Vor allem der SPD-Rechten nahe stehende Sozialdemokraten wie Willi Eichler, Carlo Schmid, Adolf Arndt, Gerhard Weisser, Karl Schiller und Heinrich Deist haben das *Godesberger Programm* vorgedacht, das die Öffnung der SPD symbolisierte. Tatsächlich war

es das Ergebnis einer jahrelangen praktischen und programmatischen Öffnungsarbeit. Aus Sicht von von Oertzen war das *Godesberger Programm* einseitig auf die parlamentarische Arbeit ausgerichtet, kam „dem selbstständigen Mittelstand“ zu sehr entgegen und war wirtschaftlich zu optimistisch.¹⁰ Die SPD-Linken von Oertzen und Abendroth haben zwar programmatische Alternativentwürfe formuliert, aber nicht zum Parteitag eingereicht. Gegen das *Godesberger Programm* stimmten lediglich 16 Delegierte.¹¹

Die gemeinsame Klammer der SPD-Flügel war die *Arbeitnehmergesellschaft* Willy Brandts mit den Zielen der Chancengleichheit, „humane Arbeitsbedingungen“ und der „Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft“.¹² Die SPD-Rechte hatte allerdings bis in die 1960er Jahre hinein in der Partei eine kulturelle und politische Hegemonie erlangt und zwar mit Hilfe von SPD-Linken wie Herbert Wehner, von dem sich von Oertzen und andere SPD-Linke eine programmatische Zusammenarbeit erhofft hatten.¹³

Das *Godesberger Programm* war deshalb ein Erfolg für die SPD-Rechten, weil die Öffnung der SPD zunehmend einseitig als Annäherung an das konservativ-liberale Lager und Hinwendung zur Sozialen Marktwirtschaft ausgelegt wurde. Dabei war der Text, von heute aus genau besehen, durchaus ein linkes Reformprojekt. Aber es kam nicht auf den Text

7 Zur SPD-Linken nach 1945 siehe Jürgen Seifert 1976: Linke in der SPD (1945-1968), In: Bernhard Blanke/F. C. Delius/Tilmann Fichter/Niels Kadritzke/Bernd Rabehl/Ute Schmidt/Georgia Tornow (Hg.): Die Linke im Rechtsstaat, Band 1: Bedingungen sozialistischer Politik 1945-1965, Berlin, S. 236. Ausführlich zur Organisation von Sozialisten in und außerhalb der SPD bspw. in der Redaktion der SoPo siehe Gregor Kritisidis 2008: Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 2008.

8 Zur Organisations- und Programmdebatte siehe Peter von Oertzen 1996 [1984]: Die „wahre Geschichte“ der SPD. Zu den Voraussetzungen und Wirkungen des Godesberger Programms, Pankower Vorträge, Heft 4, Berlin, S. 26.

9 Zum Charakter der *catch all party* siehe Otto Kirchheimer 1968 [1965]: Der Weg zur Allerweltpartei. In: Kurt Lenk und Franz Neumann (Hg.): Theorie und Soziologie der politischen Parteien, Neuwied am Rhein und Berlin, S. 364.

10 Zur SPD und ihr Verhältnis zum Sozialismus und Marxismus siehe Peter von Oertzen 1984: Für einen neuen Reformismus, Hamburg, S. 146.

11 Zur Öffnung der SPD und zum *Godesberger Programm* ausführlich siehe Helga Grebing 2007: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin, S. 129-158; zu den Alternativentwürfen zum *Godesberger Programm* siehe auch Helga Grebing 2000 [1969]: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland. Teil II, In: dies (Hg.): Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus ff Katholische Soziallehre ff Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, Essen, S. 450.

12 Zu den Zielen der *Arbeitnehmergesellschaft* Willy Brandts siehe ders. 1974: Über den Tag hinaus. Eine Zwischenbilanz, Hamburg und ausführlich zu den Parteiflügeln siehe Reinhardt 2011, S. 52-54.

13 Zu Herbert Wehner und seine Rolle in der Programmdebatte siehe Dieter Dowe (Hg.) 1996: Herbert Wehner (1906 ff 1990) und die deutsche Sozialdemokratie. Referat und Podiumsdiskussion eines Kolloquiums des Gesprächskreises Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 23. September 1996, Bonn, S. 48; aus kritischer Perspektiver gegenüber Wehner siehe Kritisidis 2008, S. 431-441

an, sondern auf die symbolische Wirkung. Es schien so, als wäre eine linke SPD nicht mehrheitsfähig und ihre einseitige Öffnung der richtige Weg, die Bundestagswahlen zu gewinnen. Jedoch waren die Schlussfolgerungen daraus, die SPD müsse sich vor allem gegenüber den konservativeren, weniger progressiven sozialen Milieus öffnen fatal, denn hier wurde der Keim für den späteren Verlust der wachsenden progressiv eingestellten sozialen Milieus gesetzt, zumal sich viele linke, auch sozialistische Sozialdemokraten weiterhin in der SPD engagierten.¹⁴

3. Autoritäre und integrative Hegemonie: der Weg zum Berliner Programm 1989

Die SPD-Führung, ihr voran vor allem Herbert Wehner als stellvertretender SPD-Vorsitzender (1958-1973), trennte sich von Sozialisten (Beispiel SDS), die ihrer Ansicht nach ihren Öffnungskurs gefährdeten.¹⁵ Die SPD-Führung konnte aber die Linksentwicklung in den Nachwuchsverbänden nicht von oben blockieren, wie die Geschichte des *Sozialdemokratischen Hochschulbunds* (SHB)¹⁶, der *Jungsozialisten* (Jusos)¹⁷ und der *Falken*¹⁸ zeigen. Vermutlich hat diese Linksentwicklung der Nachwuchsverbände bis zur Entstehung der *Grünen* ab 1979/1980 eine Gründung einer Partei links von der SPD verhindert.¹⁹ Erheblichen Anteil daran hatte auch Brandt,

dem es gemeinsam mit anderen, der Protestgeneration aufgeschlossenen Sozialdemokraten gelang, die jungen, kritisch eingestellten Menschen zu integrieren und ihre Forderungen aufgriff (*Mehr Demokratie wagen*), statt sie auszugrenzen.²⁰

Mit dem deutlichen Zuwachs an jungen SPD-Mitgliedern organisierte sich die SPD-Linke seit Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre in der Partei im *Frankfurter Kreis* und in der Bundestagsfraktion in der Gruppe der 16. Etage bzw. im *Leverkusener Kreis*.²¹

Zwar gelangen der SPD-Linken in den 1970er Jahren programmatisch und personalpolitisch einige Abstimmungserfolge auf Parteitag. Jedoch konnten sie die Gründung der *Grünen* langfristig nicht verhindern, vor allem weil Helmut Schmidt den Integrationskurs von Brandt nicht fortsetzte. Die SPD vertrat sozial-, umwelt- und außenpolitisch immer weniger die Positionen der jüngeren Generationen. Zudem repräsentierte sie kaum noch ihren radikal- und basisdemokratischen Anspruch, der dann bei den *Grünen* mit Rotationsprinzip und der Unvereinbarkeit von Partei- und Parlamentsmandat politisch gelebt wurde. Die 1980er Jahre waren die Hochzeit der SPD-Linken, weil das Druckmittel der Loyalität zur Sozialliberalen Koalition entfiel und die Konkurrenz der *Grünen* auch manchen eher konservativ eingestellten Sozialdemokraten wie die Geschäftsführerin der SPD Anke Fuchs (1987-1991) oder den SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel (1987-1991) von der Notwendigkeit einer reformorientierteren Politik überzeugte. Die Spd-Linke erreichte ihre kulturelle und politische Hegemonie, die sich auch im *Berliner Programm 1989* ausdrückte, das entschiedener als das *Godesberger Programm* eine ökologische Wende und Neuordnung von Wirtschaft und

14 Zur Geschichte der Öffnung der SPD siehe Grebing 2007, S. 139-158; zur Arbeit der SPD-Funktionäre im Ruhrgebiet siehe ausführlich Niethammer 1983; Niethammer/Plato 1985; zum Beitritt von Protestanten zur SPD siehe Michael Klein 2005: Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien. Anti-Parteien-Mentalität und parteipolitisches Engagement von 1945 bis 1963, Tübingen 345 f.

15 Zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen 1961 siehe Tilman P. Fichter/Siegward Lönnendonker 2007: Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von Helmut Schmidt bis Rudi Dutschke, Essen, S. 111-114.

16 Zum SHB siehe Willy Albrecht 1994: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn, S. 373-383; 446-472.

17 Zu den Jusos siehe Karlheinz Schonauer 1982: Die ungeliebten Kinder der Mutter SPD. Die Geschichte der Jusos von der braven Parteijugend zur innerparteilichen Opposition, Bonn, S. 137.

18 Zu den *Falken* siehe Wolfgang Uellenberg/Günter Rütz 1980: 75 Jahre Arbeiterjugendbewegung in Deutschland 1904-1979. Jugendpflege ff Sozialistische Erziehung ff Politischer Kampf, Köln, S. 96.

19 Zur Einheit der parteipolitischen Repräsentation durch eine linke Arbeitnehmerpartei siehe Reinhardt 2011, S. 48-100.

20 Zum Integrationskurs von Willy Brandt siehe Grebing 2007, S. 176.

21 Zur Gründung der SPD-Faktionen siehe Ferdinand Müller-Rommel 1982: Innerparteiliche Gruppierungen in der SPD. Eine empirische Studie über informell-organisierte Gruppierungen von 1969-1980, Opladen.

Gesellschaft forderte. Die SPD war auf der Höhe der Zeit und zu einem Bündnispartner der Friedens-, Frauen- und Umweltbewegung geworden. Auch dadurch konnte sie ein weiteres Erstarben der *Grünen* vorläufig verhindern.²²

4. Von der wirtschaftsliberalen Wende in den 1990er Jahren bis zum Wahlprogramm der SPD 2013

Die SPD-Linke verlor in den 1990er Jahren nicht nur ihre Hegemonie in der SPD, sondern geriet immer mehr in die Defensive.²³ Für viele ostdeutsche Sozialdemokraten waren sozialistische Alternativmodelle diskreditiert. Die SPD vertrat zunehmend wirtschaftsliberale Positionen, auch weil es gelang, linke Gesellschaftsordnungsvorstellungen „semantisch zu enteignen“²⁴ und umzudeuten. Die SPD-Rechte kämpfte für eine Revision des *Berliner Programms* und für einen (erneuten) Abschied von einer vermeintlich sozialistischen Vergangenheit. Parallelen zur Entstehung des *Godesberger Programms* hierbei sind augenfällig. Die SPD-Rechte wollte sich tatsächlich von linksreformerischen Zielvorstellungen verabschieden, was sie innen-, außen-, sozial- und wirtschaftspolitisch auch erreichte – trotz des Zwischenspiels von Oskar Lafontaine als SPD-Vorsitzenden (1995-1999), der mit Unterstützung vor allem der SPD-Linken gegen Scharping gewählt worden war und zumindest sozial- und wirtschaftspolitisch einen linksreformerischen Kurs vertrat. Die SPD gewann den Wahlkampf 1998 auch deshalb so deutlich, weil sie sowohl traditionelle und modernisierte ArbeitnehmerInnenmilieus als auch kleinbürgerliche soziale Milieus und *Neue Manager* für sich mit dem Slogan Innovation

und Gerechtigkeit mobilisieren konnte. Mit dem Rücktritt von Lafontaine als Finanzminister und SPD-Vorsitzendem jedoch setzte sich die SPD-Rechte, oftmals mit autoritärem Verhalten, durch. Die *Agenda 2010* wurde verabschiedet und führte aufgrund ihrer unausgewogenen Sozial- und Wirtschaftspolitik zu zahlreichen Wahlniederlagen. Die Gründung der Partei Die Linke 2007 und das 2009 mit 23 Prozent schwächste Ergebnis der SPD bei einer Bundestagswahl war eine Folge der Deregulierungspolitik, die zur Destabilisierung des Finanzmarktes und zur Prekarisierung eines Teils der ArbeitnehmerInnenmilieus geführt hat. Maßgeblich getragen worden war diese Politik von den SPD-Rechten, also den *Seeheimern* und dem neu gegründeten *Netzwerk Berlin*, das von individualistisch und karriereorientiert eingestellten jungen Bundestagsabgeordneten 1999 gegründet worden war. Die Nachfolgeorganisationen des *Frankfurter Kreises*, *Demokratische Linke 21*, und des *Leverkusener Kreises*, *Parlamentarische Linke*, hatten diese Politik nicht verhindern können, auch weil zahlreiche ehemalige SPD-Linke zu wirtschaftsliberalen Sozialdemokraten konvertiert waren.²⁵

Die Annahme, Steinbrück sei aufgrund seiner Medienkompetenz ein besonders geeigneter Kandidat erwies sich nach seiner Nominierung durch die SPD 2013 als Irrtum. Die SPD-Linke wurde als programmatischer Ideengeber gebraucht. Die SPD verabschiedete ein linkes Wahlprogramm mit Forderungen nach Finanzmarktregulierungen und Teilrevisionen der *Agenda 2010*. Dem Wahlkampfprogramm und -team, bestehend aus *Agenda 2010*-Verteidigern wie Steinbrück und Steinmeier sowie -Kritikern wie Klaus Wiesehügel (Vorsitzender IG BAU) und Florian Pronold, fehlt aber eine gemeinsame Klammer einer Integrationsprogrammatisierung.²⁶

22 Zur SPD-Linken in den 1970er und 1980er Jahren bis zur Verabschiedung des *Berliner Programms* siehe Reinhardt 2011, S. 69-109.

23 Zur Entwicklung der Klassenpräferenzen in Ost- und Westdeutschland siehe Tilo Göril 2007 [2005]: *Klassengebundene Cleavage-Strukturen in Ost- und Westdeutschland*. Eine empirische Untersuchung, Baden-Baden.

24 Zur semantischen Enteignung siehe Christoph Butterwegge 2006 [2005]: *Krise und Zukunft des Sozialstaates*, Wiesbaden, S. 127.

25 Zur SPD seit den 1990er Jahren siehe Reinhardt 2011, S. 109-176.

26 Zur Lage der Parteien und der SPD vor der Bundestagswahl siehe Bettina Gaus: *Wen wählt Ihr eigentlich?*, In: taz online, (abgerufen am 12.06.2013; <http://www.taz.de/117208/>).

5. Der keynesianischer Weg aus der Krise

Die Wahl- und Regierungsprogramme der SPD haben nach Brandts *Arbeitnehmergesellschaft* weitgehend nur noch den Charakter von Spiegelstrich-Listen. Ihr gesellschaftspolitischer Zusammenhang ist nicht klar, und sie stehen unter Finanzierungsvorbehalt, wobei höhere Staatsanleihen und Besteuerungssätze weitgehend tabu bleiben. Der Haushalt ist ein Nullsummenspiel: Wird Geld von oben nach unten verteilt, so ist es verloren.

Volkswirtschaftlich ist dies ein Armutszeugnis. Wenn Staatsausgaben richtig eingesetzt werden, dann sind sie nicht Verluste, sondern Investitionen, die im Effekt mehr Werte schaffen.

Mit dem Druck der Krise wächst der Ruf nach integrierten Konzepten. An Initiativen dazu hat es nicht gefehlt. Als 2011 die Finanzkrise wieder eskalierte, betonte Helmut Schmidt, der bei dem Keynesianer Karl Schiller in die Schule gegangen war, die Staatsschulden seien nicht der Kern des Problems. Die tieferen Ursachen der Schwäche der Schuldnerländer lägen in der Realwirtschaft, vor allem in den gigantischen Überschüssen der deutschen Leistungsbilanz. Das sei „vielen anderen europäischen Regierungen und auch der öffentlichen Meinung in diesen Ländern zu Recht ein Dorn im Auge.“ Deutschland exportiere nicht zu viel, es importiere zu wenig. Helfen könne nur eine Belebung der Binnen nachfrage in Deutschland und eine Art Marshallplan zur Belebung von Wachstum, Arbeitsplätzen und Nachfrage in Südeuropa.²⁷

Der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz warnte: „Sparen macht alles schlimmer“. Er verlangte eine Kehrtwende, insbesondere eine entschiedene Stärkung der Inlandsnachfrage durch höhere Einkommen sowie Investiti-

onen in Bildung, Spitzentechnologien, Dienstleistungen und Infrastrukturen.²⁸

Solche Vorschläge fanden wenig Resonanz. Aber wenigstens wurde an der Oberfläche, finanzpolitisch, reagiert. Die vergrößerten „Rettungsschirme“ der Europäischen Zentralbank schufen seit Ende 2011 eine Atempause durch billigere Kredite an Banken und Staaten. Die Zeitbombe tickte dennoch weiter. Die Rezession in Südeuropa wurde verschärft durch die erzwungene Austeritätspolitik, die überall die Staats- und Konsumnachfrage dämpft. An der Südperipherie stieg die allgemeine Arbeitslosigkeit über 20 Prozent und die Jugendarbeitslosigkeit über 50 Prozent.

Allmählich zeigt sich die europäische Politik beunruhigt von dem – einstweilen noch auf Südeuropa konzentrierten – drastischen Akzeptanzverlust der etablierten Parteien und den Protestbewegungen einer Jugend, die hochqualifiziert ist, aber keine Zukunft hat.

Die Debatte über einen Richtungswechsel geht vor allem von linken Keynesianern wie Galbraith und Flaßbeck sowie den Nobelpreisträgern Stiglitz und Krugman aus. Die Stärke der linken Keynesianer ist, dass sie das Problem der makroökonomischen Ungleichgewichte mit politisch wirksamen institutionellen Regulierungen zusammendenken. So können sie die Lösung wirtschaftlicher Gleichgewichtsprobleme mit der Lösung sozialer Gerechtigkeitsprobleme zur Deckung bringen. Dies war die Erfahrung des amerikanischen New Deal und des skandinavischen Wohlfahrtsstaates.

²⁸ Carmen Pérez-Lanza/Joseph Stiglitz 2011: también se indigna - El premio Nobel, de visita profesional en Madrid, acude a la asamblea del 15-M, In: El País 26.07.2011, S. 14 ; zur Kritik von Stiglitz am Sparkurs siehe auch sueddeutsche.de 11.04.2012: Ökonom Stiglitz zur Schuldenkrise: „Sparen macht alles schlimmer“ (abgerufen am 12.06.2013: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/joseph-stiglitz-im-interview-sparen-macht-alles-schlimmer-1.1329179>).

²⁷ Anna Slegers 2011: „Die sollen sich nicht so aufspielen“ - Altkanzler Helmut Schmidt mahnt in der Eurokrise mehr Taktgefühl Deutschlands an, In: Frankfurter Rundschau 26.08.2011, S. 16.

Stiglitz versteht die jetzige Krise nicht als vorübergehend, sondern als grundlegende Strukturkrise, die zudem mit der Verschiebung des Schwerpunktes der Weltwirtschaft in die neuen Industrieländer verbunden ist. Stiglitz hat diese Diagnose, mit einer internationalen Expertengruppe, schon 2009 vorgelegt. Danach beruhen die „strukturellen Ursachen“ der Krise auf einem „allgemeinen Absinken der Gesamtnachfrage“ und nicht nur einer unzureichenden Regulierung des Finanzsektors. „Die allgemeine Nachfrageschwäche ging der Finanzkrise voraus und beruhte auf strukturellen Veränderungen der Einkommensverteilung. Seit 1980 stagniert in den meisten fortgeschrittenen Ländern das mittlere Arbeitseinkommen und haben, zum Vorteil der hohen Einkommen, die Ungleichheiten zugenommen.“ Vorgeschlagen wird, „diesen Trend in der Verteilung umzukehren und dadurch zu einer mittel- und langfristig selbsttragenden Gesamtnachfrage beizutragen“. Gefordert wird eine Zukunft, in der „Wachstum nachhaltiger und umweltfreundlicher ist und in der seine Früchte auf gerechtere Weise verteilt werden.“²⁹

Erreicht werden soll dies durch eine Erhöhung des fiskalischen Stimulus und der staatlichen Intervention, verbunden mit langfristigen Entwicklungsstrategien. „Wünschenswert sind Investitionen in neue Umwelt- und Energietechnologien, aber auch Ausgaben, die auf den Abbau von Ungleichheit zielen oder auf die Erhöhung des Humankapitals (Bildungs- und Gesundheitsreform).“ Zu einem nachhaltigen Wachstum und höherer Beschäftigung sollten „die Verallgemeinerung einer universellen Gesundheitsvorsorge und Bildungsversorgung“ und eine Rückkehr zu einer soziale

Unterschiede ausgleichenden Sozialversicherung beitragen.³⁰

Finanziert werden soll dieser Kurswechsel zu einem ökologischen Wohlfahrtsstaat durch die Rückkehr zum Prinzip der progressiven Besteuerung insbesondere hoher Einkommen, flankiert durch eine internationale Zusammenarbeit zur „Vermeidung von Steuererwerb, Lohndämpfung und Sozialdumping, der modernen Versionen der Politiken des ‚Beggar-Thy-Neighbour‘ (Anm. der Verf.: ‚Plündere Deinen Nachbarn‘), die in den 1930er Jahren üblich waren.“³¹

6. Das Revival demokratischer Partizipationsbewegungen

Es ist kein Zufall, dass sich Stiglitz den Bewegungen, die seit 2011 weltweit einen Systemwechsel verlangen, zugewendet hat:

„Die Protestbewegung, die im Januar in Tunesien begann und sich anschließend auf Ägypten und Spanien ausbreitete, ist jetzt global geworden, wobei der Protest auch die Wall Street und die Städte der USA erreicht hat. Globalisierung und moderne Technologie erlaubt den sozialen Bewegungen heute, Grenzen ebenso schnell zu überspringen wie dies Ideen können. Und der soziale Protest ist überall auf fruchtbaren Boden gefallen: ein Gefühl, dass das ‚System‘ gescheitert ist, und die Überzeugung, dass selbst in einer Demokratie der elektorale Prozess die Dinge nicht zurechtrücken kann – wenigstens nicht ohne starken Druck von der Straße.

Sie haben Recht, dass etwas mit unserem ‚System‘ nicht stimmt. Überall in der Welt haben wir ungenutzte Ressourcen – arbeitswillige Menschen, stillgelegte Maschinen, leerstehende Gebäude – und ein gewaltiges unbefriedigtes Bedürfnis, die Armut zu be-

29 Jean-Paul Fitoussi/Joseph Stiglitz 2009: The Ways Out of the Crisis and the Building of a more Cohesive World, Document de travail OFCE 17, (abgerufen am 12.06.2013: <http://www.ofce.sciences-po.fr/pdf/dtravail/WP2009-17.pdf>). Die übersetzten Passagen stammen von Michael Vester und sind auch enthalten in: Martin Allespach/Martin Bartmann 2011: Einführung. Dimensionen eines gesellschaftspolitischen Kurswechsels – Überlegungen zu gewerkschaftlichen Zielen und ihren Durchsetzungsstrategien, in: WSI-Mitteilungen 12/2011, S. 622.

30 Ebd.
31 Ebd.

kämpfen, die Entwicklung voranzubringen und die Ökonomie angesichts der globalen Erwärmung umzustellen ...“³²

Die Rückkehr partizipatorischer Bewegungen auf die historische Bühne signalisiert, dass es nicht allein um Umverteilung geht. Die spanische Bewegung *15M*, die am 15. Mai 2011 begann, ist immer noch in mehr als sechzig Städten aktiv und entwickelt sich zu einer dauerhaften Bewegung. Ihr Manifest „*Democracia Real Ya!*“ (Echte Demokratie, jetzt!), fordert „die politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger durch direkte Kanäle“ statt über die korrupte Zwei-Parteien-Oligarchie, um das gegenwärtige System der „Anhäufung von Geld“ zu beenden, „das die Effizienz und die Wohlfahrt der Gesellschaft missachtet, die Ressourcen vergeudet, den Planeten zerstört und Arbeitslosigkeit und unglückliche Konsumenten erzeugt.“³³

Die Rückkehr der Bewegungen wurzelt in dem tieferen Wandel der Alltagskultur und der sozialen Strukturen. Dieser wird weltweit von einer neuen, gut ausgebildeten Generation repräsentiert, denen die neoliberale Politik die Partizipation an Wohlfahrt und Politik verweigert.

Stiglitz hat diese Bewegungen mit 1848 und 1968 verglichen.³⁴ Manche halten diese Einschätzung für voreilig. Wer näher hinsieht, kommt aber nicht daran vorbei, dass 1848 und 1948 nur die Kumulationspunkte viel längerer Bewegungsschübe waren. Der Märzrevolution von 1848 ist seit 1840 der „Vormärz“, ein ungeheurer Aufschwung sozialer und intellektueller Bewegungen, vorausgegangen, und „1848“ hat trotz politischer Niederlagen enorme Langzeitwirkung erzielt. Nicht viel

anders war es mit „1968“, das sich seit 1960 angebahnt und nach 1970 den immer noch anhaltenden Wandel zu einer partizipatorischen Zivilgesellschaft signalisiert hat.

Befinden wir uns in einem neuen Vormärz? Anzeichen gibt es seit der Stuttgarter Bewegung von 2010 auch bei uns. Der „Druck der Straße“ hat sich in Südeuropa und auch in verschiedenen unserer Bundesländer durch neue Wahlergebnisse Ausdruck verschafft, die einem „linken Reformismus“ (Robert Castel³⁵) Rückenwind geben könnten. Doch möglicherweise müssen erst neue Schocks ökonomischer, ökologischer oder politischer Krisen eintreten, um den Prozess institutioneller Reformen wieder voranzutreiben.

7. Die Mobilisierungswirkung des Projekts der Grünen

Eine Politik, die Wirtschaftliches und Soziales in einem partizipatorischen Win-Win-Konzept zusammenbringt, geht derzeit von den *Grünen* aus. Elemente dieser Politik gibt es auch bei anderen, aber bei den *Grünen* wurden sie Bausteine eines integrierenden Projekts. Die *Grünen* haben sich, anders als die SPD, frühzeitig personell und politisch von der *Agenda 2010* abgegrenzt, die sie einst mitgetragen hatten. Identifiziert wurden sie ohnehin eher mit ihrem neben der Umweltpolitik wichtigsten Markenzeichen, der zivilgesellschaftlichen Partizipation. Dies trug sie auch, auf der Welle der Bewegung von Stuttgart 21, an die Regierungsspitze in Stuttgart.

Die Bewegung war nicht direkt von den *Grünen* ausgegangen, sondern von den örtlich starken linken und alternativen Milieus, deren langjährige Proteste aber auch erst spektakuläre Resonanz erhalten hatten, als sich nach Krisenbeginn das Meinungsklima vermehrt gegen Arroganz und Privilegien

32 Joseph Stiglitz 2011: Unconventional Economic Wisdom. The Globalization of Protest, (abgerufen am 12.06.2013: <http://www.project-syndicate.org/commentary/the-globalization-of-protest/german>).

33 echte demokratie jetzt!: manifest 15m, (abgerufen am 12.06.2013: <http://www.echte-demokratie-jetzt.de/manifest/>).

34 Joseph E. Stiglitz 2012: Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht, München.

35 Robert Castel 2011: Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums, Hamburg.

der Mächtigen richtete. Die *Grünen*, die seit 30 Jahren viel soziales Kapital in den Gemeindepardamenten Baden-Württembergs aufgebaut hatten, wussten diesen Umschwung des politischen Klimas, der 2011 (nach Fukushima und der Finanzmarktkrise) noch an Kraft gewann, am besten zu nutzen.

Ihr Spitzenpolitiker, Jürgen Trittin, tat ein Übriges, um der SPD Konkurrenz zu machen. Mit dem Rückenwind von Kräfteverschiebungen in der Partei wagte er es, den gordischen Knoten – das neoliberale Finanzierungstabu – zu durchschlagen. Um die sozial-ökologischen Wende zu finanzieren, soll die progressive Besteuerung für Hochverdienende wieder eingeführt werden. Manche befürchten, dass damit die grünen Potentiale verprellt werden, die bei den gut gebildeten und verdienenden Dienstleistenden lägen. Diese Annahme ist nur halb richtig: Gut gebildet – ja, aber durchaus nicht immer gut verdienend und oft von der neoliberalen Politik beruflich und strukturell benachteiligt. Sie arbeiten vor allem in zwei Berufsfeldern:

Einerseits in den modernen Dienstleistungen des Bildungs-, Gesundheits-, Kultur- und Sozialwesens und der Infrastrukturen. Sie sind direkt an dynamischen Investitionen in ihren Sektoren interessiert. Denn sie haben unter der neoliberalen Sparpolitik erhebliche Personalkürzungen, Prekarisierungen und Verschlechterungen der Qualität der Dienstleistungen wie der Arbeitsbedingungen hinnehmen müssen.

Andererseits in den fortgeschrittenen Technik- und Informatikberufen. Diese Gruppen sind, wie die Ergebnisse in Berlin zeigen, oft prekarisiert und bilden dann eine wichtige Basis der *Piraten*, auf die nun auch die Linkspartei zugeht.³⁶ Auch bei den modernen mittleren Landwirten gewinnen die *Grünen*

durch eine fachlich kompetente agrarische Wendepolitik an Boden.

Die *Grünen* können damit Fehlentwicklungen korrigieren. Solange bei ihnen bildungsbürgerliche Milieus führend waren, die elitär und neoliberal agierten, konnten sie ihr Potential nur begrenzt mobilisieren. Mit den neuen Humandienstleistungs- und Technikberufen können sie die wachsenden modernen Arbeitnehmermilieus ansprechen, eine neue Bildungsschicht, der der elitär-konservative Habitus der alten Bildungsschicht fremd ist. Sie sind die Söhne und Töchter der Milieus der Facharbeiter und Fachangestellten, die früher die Hochburg der SPD waren. Sie sind die wirkliche Neue Mitte, die die SPD verfehlt hat.³⁷

Durch die Konkurrenz zwischen den Parteien des rot-grünen Spektrums ist die SPD herausgefordert, eigene Fehlentwicklungen zu korrigieren. Die Strömung, die in der SPD die Hegemonie ausübt, kann die jüngeren, modernen und an einer sozial ausgleichenden Politik interessierten Milieus nicht mobilisieren. Dies wird nur möglich sein, wenn die Partei zum Richtungspluralismus zurückkehrt, der ihr zur Zeit Willy Brandts 20 Prozent mehr Stimmen gebracht hat als die 23 Prozent der letzten Bundestagswahl. ■

☞ Prof. Dr. Michael Vester ist Professor i.R. an der Leibniz Universität Hannover und forscht zur politischen Soziologie sozialer Strukturen, Mentalitäten, Milieus und Bewegungen.

☞ Dr. Max Reinhardt promovierte an der Universität Hannover mit einer Arbeit über die SPD mit dem Schwerpunkt auf ihre Geschichte seit 1945 unter dem Titel „Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei“.

³⁶ Horst Kahrs 2013 (Hg.): Piratenzauber. Über eine Gesellschaft, die Freibeuter hervorbringt, Köln (i.E.).

³⁷ Zur politischen Repräsentation der Neuen Mitte siehe Michael Vester 2000: Gibt es eine „neue Mitte“?, In: spw - Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft Januar/Februar 2000, S. 43-48.

Geht von der Sozialdemokratie noch Veränderung aus?

Die sozialdemokratische Erzählung von der Guten Gesellschaft

von Matthias Micus

Sozialdemokratische Parteien sind Programmparteien. Theoriediskussionen pflegen sie mit besonderer Verve zu führen. Lieber als in der Regierungsverantwortung befinden sie sich in der Opposition, weil sie hier die reine Lehre postulieren können, die sie dort durch ständige Kompromisserfordernisse, allfällige Handlungszwänge und begrenzte Entscheidungsspielräume notwendig aufgeben müssen. Dergleichen Sätze zählen noch heute zum Standardrepertoire parteiensoziologischer Seminare an politikwissenschaftlichen Lehrstühlen. Insofern überrascht es nicht, dass in sozialdemokratischen Kreisen aktuell der Wunsch, eine kohärente und mobilisierende programmatische Erzählung zu besitzen, die Sinn stiftet und die oftmals erratisch anmutenden Entscheidungen der Tagespolitik begründet, einbettet und verbindet, wieder weit verbreitet ist. Wenngleich er in den letzten drei Jahrzehnten zwischenzeitlich zugunsten der Vorstellung, eine Partei habe vor allem eine professionelle, undogmatische Anbieterin von Servicedienstleistungen zu sein, verdrängt schien.

Doch der Zusammenbruch des entfesselten Finanzkapitalismus und das Scheitern des sogenannten „Dritten Weges“ der Sozialdemokratie – letzteres ablesbar insbesondere an den Wähler- und Ämterverlusten der letzten Jahre und dem Rückgang sozialdemokratisch regierter EU-Länder von 11 auf 15 Mitgliedsstaaten Ende der 1990er Jahre auf fünf auf 27 in der erweiterten Gemeinschaft im Jahr 2010 – hat die sozialdemokratische Zukunftsdiskussion abermals entfacht. Aktuellster Ausdruck dieser Suche nach einer zeitgemäßen und zugkräftigen Definition des

eigenen politischen Ideenkerne ist das Buch „Die gute Gesellschaft. Soziale und demokratische Politik im 21. Jahrhundert“, das von Christian Kellermann und Henning Meyer herausgegeben worden ist.¹

Dieses Buch ist – bei allem Gewinn, mit dem es gelesen werden kann, trotz einiger kluger Gedanken und teilweise interessanter Texte – bezeichnend für den Stand der Diskussion um ein erneuertes sozialdemokratisches Wertefundament im Speziellen und die Rolle, welche die SPD als Wegbereiterin, Vorkämpferin, Protagonistin einer post-neoliberalen Linkswende spielen könnte, im Allgemeinen. Denn dazu, wie ein zeitgemäßes sozialdemokratisches Projekt auszusehen hätte, fällt den Autoren nicht viel mehr ein, als dass darüber kein Konsens bestehe. „Zu Beginn des 21. Jahrhunderts“, diagnostiziert beispielhaft Stefan Berger, gibt es „weder ein allgemein verbindliches Modell noch eine inhaltlich-programmatische Vision oder ein organisatorisches Reformkonzept“².

Die mangelnde Eignung der SPD – und der europäischen Sozialdemokratie insgesamt – als Proponentin einer neulinken Politik ebenso wie die Unwahrscheinlichkeit einer Rückbesinnung auf ihre Funktion als Fürsprecherin der sozialen Unterschichten hängt an drei Faktoren: ihrer Anhängerschaft, ihrer (jüngeren) Geschichte und ihrer Theoriearbeit.

¹ Christian Kellermann/Henning Meyer (Hrsg.), Die gute Gesellschaft. Soziale und demokratische Politik im 21. Jahrhundert, Berlin 2013.

² Stefan Berger, Soziale Demokratie als change agent in Europa? Historische Perspektiven, in: Christian Kellermann/Henning Meyer (Hrsg.), Die gute Gesellschaft, a.a.O., S.39-55, hier: S.52.

Zum einen ist der Arbeiteranteil in der einstigen Arbeiterpartei SPD in der Vergangenheit rapide geschrumpft. Stellten Arbeiter 1956/57 noch rund zwei Drittel der sozialdemokratischen Mitglieder und 1985 immerhin noch knapp unter 40 Prozent, so waren es zum Zeitpunkt der Potsdamer Parteimitgliederstudie 1998 nurmehr 22 Prozent und im Jahr 2007 bloß noch 11,81 Prozent. Damit ist der Arbeiter in der Gesellschaft mittlerweile dreimal so hoch wie in der Mitgliedschaft der SPD. Arbeiterpartei ist sie mithin bloß noch in der Erinnerung, in besinnlichen Festtagsreden und nostalgischen Rückblenden.³ Im Übrigen: Wie sehr die Sozialdemokraten mittlerweile eine „gemäßigt linksliberale, gemäßigt kosmopolitische Partei der gemäßigt halblinken Mitte der deutschen Gesellschaft“⁴, eine politische Agentur viel eher der öffentlich Beschäftigten als der Handarbeiter geworden sind, das zeigt sich noch markanter bei den Neueintritten. Während Arbeiter einer Befragung aus dem Jahr 2006 zufolge nur noch knapp 7 Prozent in der Gruppe der Neueintretenden ausmachten, waren 12 Prozent der Neumitglieder Beamte und sogar 25 Prozent Angestellte. Sogar der alte Klassengegner, die Selbständigen, waren mit 12 Prozent stärker vertreten als die Arbeiter, ein Anteil, den selbst Gewerkschaftsmitglieder mit 20 Prozent nur geringfügig überboten.⁵ Dasselbe Bild zeigt sich mit Blick auf das Elektorat. Wählten noch 1998 66 Prozent der gewerkschaftsgebundenen Arbeiter und 48 Prozent aller Arbeiter SPD, waren es 2009 nur noch 34 Prozent (Gewerkschafter) bzw. 25 Prozent (Arbeiter), wobei das Minus allein zwischen 2005 und 2009 20 Prozentpunkte bei gewerkschaftsgebundenen Arbeitern und 12 Prozentpunkte bei al-

len Arbeitern betrug. 2009 wurde die SPD bei den Arbeitern mit ihren 25 Prozent sogar von der CDU/CSU überholt, die in dieser Gruppe 31 Prozent erhielt.⁶ Hinter diesen quantitativen Rückgängen verbergen sich auch qualitative Verluste: Die Sozialdemokraten haben ihr Subjekt verloren, die Arbeiterschaft – oder, wie es früher hieß, das Proletariat. Und weil ihnen unklar ist, für welche Zielgruppe sie ihre Politik machen, sind auch das Ziel und der Weg dorthin unsicher geworden. Kurzum: Die Sozialdemokraten wissen nicht mehr, was sie mit welchen Instrumenten für wen erreichen wollen.

Umstandslos an die Zeit vor dem Neoliberalismus anknüpfen kann die SPD zum anderen deswegen nicht, weil sie ihre jüngere Geschichte nicht einfach negieren kann. Dass sie seit den 1990er Jahren eine Politik betrieben, die sich inhaltlich durch Wirtschaftsfreundlichkeit, einen als unideologisch deklarierten Pragmatismus und die Orientierung auf die gesellschaftlichen Leistungsträger, innerparteilich durch die Entmachtung des Funktionsnärstmittelbaus und die Zentralisierung der Willensbildung an der Organisationsspitze sowie in der Außendarstellung eine Ausrichtung der Parteienwerbung am Vorbild der Reklame für Konsumprodukte auszeichnete, kann nur um den Preis des Glaubwürdigkeitsverlustes und Opportunismusverdachts ausgeblendet werden. Auch das macht es für die Partei schwer, jetzt als Speerspitze eines vorwärtsweisenden linken Projektes aufzutreten. Zumal linkes Denken insgesamt zuletzt nicht zukunftsfröhlich nach vorne wies, sondern sich verzagt auf eine vermeintlich bessere Vergangenheit richtete. Über ein Jahrhundert lang wollten Sozialdemokraten das Bestehende überwinden und die Verhältnisse ändern, strebten sie einem lichten Zukunftsideal entgegen. Heute geht es eher darum, die Vergangenheit zurückzuholen, die Verhältnisse der „guten“ Bonner Republik

3 Referat Parteioorganisation, Jahresbericht über den Mitgliederbestand und die Mitgliederentwicklung der SPD im Jahr 2007, unveröff. MS, S.23; Elmar Wiesendahl, Volksparteien. Aufstieg, Krise, Zukunft, Opladen 2011, S.117; Oliver Nachtwey, In der Mitte gähnt der Abgrund, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H.8/2008, S.58-68

4 Franz Walter, Die Flammen lodern nicht mehr, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, H.5/2013, S.56-59, hier: S.59.

5 Everhard Holtmann, Repräsentation des Volkes durch Volksparteien? Nach wie vor hohes Maß an Parteidentifikation, in: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.): Bilanz der Bundestagswahl 2005, München 2006, S.230.

6 Vgl. Elmar Wiesendahl, Volksparteien, a.a.O., S.169ff.

wiederherzustellen und dafür zu sorgen, dass sich möglichst wenig ändert. „Die Verteidigung aber“, so Andrian Kreye in der Süddeutschen Zeitung, „ist nie so kraftvoll wie der Angriff. Denn der Abwehr fehlt der Triumph der Eroberung.“⁷

Und schließlich mangelt es eben auch an Konzepten, wie denn eine linke Zukunftsgesellschaft beschaffen sein soll. Eine neue, in sich geschlossene Meistererzählung haben Sozialdemokraten in all den Jahren des neo-liberalen Mainstreams nicht gefunden. Dies auch deshalb, weil in den vergangenen zwei Jahrzehnten das Nachdenken über Grundsatzfragen als ewiggestrig und ideologisch borniert verrufen war. Ein Indiz dafür ist der Abzug von zahlreichen Ressourcen aus den Grundlagenabteilungen der Parteien und das langjährige Desinteresse an begrifflicher Prägungsarbeit, welche die Hegemonie bürgerlicher Wertinterpretationen begünstigte und eine Situation herbeigeführt hat, in der sogar die Ausdeutung linker Schlagworte in den normativen Kategorien des gegnerischen politischen Lagers erfolgt. Das erklärt den starken ökonomistischen Einschlag noch der sozialdemokratischen Grundwerte und die Engführung selbst klassischer sozialdemokratischer Emanzipationsinstrumente auf die Erfordernisse der globalisierten Wirtschaft. Wie wichtig aber die Sprache ist, zeigt in dem Band von Kellermann und Meyer der Beitrag von Elisabeth Wehling.⁸

An unverwechselbar sozialdemokratisch geprägten Begriffen besteht jedenfalls ein Mangel. Die Linke verfügt längst nicht mehr über eine eigene Sprache. Stattdessen benutzt sie vermeintlich linke Stereotypen, die auf den ersten Blick eingängig und griffig, doch in Wirklichkeit willkürlich und ohne Begründungszusammenhang seien. Manchmal

geht die Dominanz des rechten Diskurses gar so weit, dass unversehens auch Personen und Institutionen, die gemeinhin als links gelten, auf konservative Erklärungsmuster zurückgreifen. 2006 sind im Rahmen eines polnischen Forschungsprojektes auf der Grundlage anonymisierter Interviews die ideologischen Handlungsmotive von über hundert Angehörigen der Regierungsadministrationen von Jerzy Buzek (1997-2001) und Leszek Miller (2001-2004) untersucht worden. Bemerkenswerterweise ließ sich aus keinem der Interviews ein Wertekatalog ableiten, durch den sich die SLD-Eliten von den Post-Solidarność-Eliten unterschieden. Sozialdemokratische Werte, wenn sie überhaupt auftauchten, blieben stets auf die wenig präzise Phrase der „linken Einfühlsamkeit“ beschränkt.

Wenn es also auch keine neue Meistererzählung gibt, so lassen sich gleichwohl – und auch dies zeigt sich exemplarisch in dem Buch über die Gute Gesellschaft – zumindest einzelne Elemente einer neuen Erzählung, Mosaikstücken gleich, benennen. Insofern lassen sich einige Hinweise geben bzw. Vorschläge machen, wie die sozialdemokratischen Kernbegriffe alternativ gefüllt werden könnten. Zunächst einmal muss der Begriff des „Fortschritts“ neu ausbuchstabiert werden. Der Fortschrittseifer, wie ihn die Sozialdemokraten seit den 1990er Jahren an den Tag legen, die Idealisierung des Progressiven, desgleichen ihre die realen Entwicklungen kritiklos nachvollziehende Wandlungsakzeptanz, führen zu Überforderung, Unsicherheit, geistiger Entleerung, nicht zuletzt auch zur Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung und schließlich zu unmündigem, unemanzipiertem Verhalten. Es würde für die Sozialdemokraten daher darauf ankommen, stattdessen wieder „Fortschrittsfragezeichen“⁹

7 Vgl. Andrian Kreye, Das gute Gestern, in: Süddeutsche Zeitung, 10.06.2013.

8 Vgl. Elisabeth Wehling, Die Gute Gesellschaft braucht die gute Sprache, in: Christian Kellermann/Henning Meyer (Hrsg.), Die gute Gesellschaft, a.a.O., S.121-133.

9 Franz Walter: Sozialdesolote Partei Deutschlands, in: Spiegel online, 11.03.2010, online einsehbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/krise-der-spd-sozialdesolote-partei-deutschlands-a-682832.html> (zuletzt eingesehen am 18.06.2012).

zu setzen. Eine Politik, die den Bedürfnissen nach Bewahrung, Sicherheit, Überschaubarkeit entgegen kommt, entlastet, auch verlässlich stabile Institutionen entlasten. Und das Votum gegen die scheinbaren Sachzwänge technisch-ökonomischen Fortschritts drückt Eigensinn, Freiheit und Würde aus.

Sodann hat die moderne Sozialdemokratie den Wert der Erwerbsarbeit verabsolutiert und dadurch überdehnt. Entlang der Linie Arbeitende versus Nicht-Arbeitende hat sie die Bevölkerung geschieden in die arbeitenden und also „guten“ Bürger und die „schlechten“ weil arbeitslosen Bürger. Die Reformen des Dritten Weges zielten darauf, Arbeitende zu belohnen und den Druck auf die Arbeitslosen zu erhöhen, jede angebotene Erwerbsarbeit anzunehmen, egal wie belastend und gering entlohnt sie auch immer sei. Die alte, marxistisch inspirierte Sozialdemokratie wusste demgegenüber noch, dass Arbeit nicht nur gut und schön sein muss, sondern auch als entfremdend empfunden werden kann, dass viele Jobs belastend, quälend, elend sind. Insofern würde es für die Sozialdemokratie in Zukunft darauf ankommen, das gegenwärtige Dogma der Erwerbsarbeit zu überwinden und den Menschen in den Mittelpunkt zu rücken, seine Würde, Selbstentfaltung, eben Emanzipation. Natürlich, aus ihrer Arbeit schöpfen viele Menschen auch positive Empfindungen: das Gefühl, gebraucht zu werden, Stolz, Selbstbewusstsein, nicht zuletzt die Zufriedenheit durch soziale Kontakte, Kollegialität, Freundschaften.¹⁰ Es geht daher nicht um eine Verneinung, sondern um eine Relativierung des Wertes der Arbeit – und es geht darum, den Arbeitsbegriff zu erweitern, damit er über den engen Bereich bezahlter Erwerbsarbeit hinaus auch das Spektrum unbezahlter, ehrenamtlicher Aktivitäten zu erfassen vermag. Anknüpfungspunkte gibt

es einige, unter anderem eben eine breite wissenschaftliche Debatte über den Ersatz des verengten Arbeitsbegriffes durch die weiter gefasste Kategorie der „Tätigkeit“, an welche die schwedischen Sozialdemokraten mit ihrem „Mitbürgerwert“ anknüpfen.

Schließlich kann im Gefolge der Wirtschafts- und Finanzkrise mit der Mär aufgeräumt werden, dass Privateigentümer ihre Leistungen per se billiger und effizienter erbrächten als der Staat. Die Politik der Privatisierung war keineswegs kostengünstig – und dies zu keiner Zeit: Zu Anfang beruheten die Privatisierungsschübe auf kräftigen Subventionen seitens des Staates, später trugen Staat und Gesellschaft das Risiko, die Gewinne kassierten die Privatunternehmen. Ein intakter Staat und Wohlfahrtsstaat, heißt das, ist nicht nur wichtig für gesellschaftliche Integration und sozialen Frieden sowie für die allen zugute kommenden Dienstleistungen.

Seit rund zwei Jahren gibt es darüber hinaus eine Debatte über „Gleichheit“. Angestoßen wurde sie durch das Buch „Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind“ von Kate Pickett und Richard Wilkinson.¹¹ Gleichheit, das zeigen diese beiden Autoren, ist kein sozialistisches Enteignungsprogramm, sie ist vielmehr auch und gerade für die Mittelschichten gut. In gleicheren Gesellschaften leiden weniger Menschen unter psychiatrischen Problemen, durchschnittlich erfreut sich die Bevölkerung einer längeren Lebenserwartung und die schulischen Leistungen der Kinder sind besser. Bemerkenswert ist zudem, dass mehr Gleichheit keinesfalls die Eigeninitiative der Bürger lähmt. Ganz im Gegenteil, Gleichheit ermutigt zu Engagement und Mobilität, soziale Gerechtigkeit und individuelle Flexibi-

10 Vgl. dazu exemplarisch Franz Walter: Nicht mehr Partei der Entrechteten und Ausgegrenzten?, in: Alexander Hensel / Daniela Kallinich / Katharina Rahlf (Hrsg.): Parteien, Demokratie und gesellschaftliche Kritik. Jahrbuch des Göttinger Instituts für Demokratieforschung 2010. Stuttgart 2011, S. 58 ff.

11 Vgl. Kate Pickett / Richard Wilkinson: Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Hamburg 2010.

lität schließen sich also nicht wechselseitig aus, sondern gehören zusammen.

Dieses Buch, das in mehreren sozialdemokratischen Parteien zur Kenntnis genommen und auch diskutiert wurde, liegt weitgehend auf der Linie der modifizierten Deutung von sozialer Gleichheit. Auch in den Parteizentralen der Sozialdemokratie gilt – zumindest in einem ganz grundsätzlichen Sinn – Verteilungsgerechtigkeit nicht mehr als Widerspruch zu wirtschaftlicher Effizienz. Ganz im Gegenteil: Eine zu tiefe soziale Spaltung wird als ökonomisch schädlich gewertet, da sie den betrieblichen Frieden störe, die Konsumnachfrage hemme, die Arbeitsmotivation reduziere und insgesamt an der Spitze wie am unteren Ende der Gesellschaft die Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme für das Gemeinwohl vermindere. Weshalb ein Mehr an sozialer Gleichheit nicht nur in moralischen Kategorien richtig sondern auch aus ökonomischen Gründen wichtig sei.

Darum aber geht es den zeitgenössischen sozialdemokratischen Konzeptdenkern vor allem: um die Förderung von Selbstorganisation.¹² Im Zentrum stehen lokale wie kommunale Zusammenschlüsse und Gemeinschaften, die Menschen miteinander verbinden, sie aktivieren und ihre Gemeinsamkeiten erkennen lassen – und die grundlegenden Werte Reziprozität, Solidarität und Gegenseitigkeit mit Leben und Sinn füllen. Aus der Bevorzugung von Kommune und Gemeinschaft ergeben sich die kennzeichnenden Merkmale der „Guten Gesellschaft“. Und in der Aufforderung, sich auf lokaler Ebene zusammen zu schließen, selbst tätig zu werden, wurzelt der Antikapitalismus der „Post-Dritte-Weg“-Sozialdemokraten, der sich aus der Sorge speist, dass die Grundlagen gemeinschaftlichen Handelns durch die Vermarktlichung sämtlicher Lebensbe-

reiche unterminiert würden. Er begründet die Ablehnung zentralistischer Vereinheitlichung und abstrahierender Universalismen zugunsten lokaler Variationen, praktischer Gemeinschaftserlebnisse und konkreter Organisationserfahrungen. So wird auch die Pluralismuskritik in den programmatischen Entwürfen begründet, da gegenseitiges, auch auf persönlichen Kontakten, Vertrauen und Solidarität ein Übermaß an Fremdheit nicht ertragen würden.

Freilich: Ob es überhaupt wünschenswert ist, in einer auf diese Weise entworfenen „Guten Gesellschaft“ zu leben, lässt sich durchaus hinterfragen. Ralf Dahrendorf jedenfalls stellte bereits vor über einem Jahrzehnt fest, dass bei Realisierungen „guter Gesellschaften“ ständig die Gefahr eines autoritären Abdriftens bestünde – jedenfalls bei den „von oben“ gemachten guten Gesellschaften. „Der verordnete Einschluss Aller macht Andersdenkende zu Kriminellen und raubt den Vielen jene Chancen und Freuden, die nur eine freie, offene Gesellschaft vermitteln kann. Lebenswert sind Gesellschaften nur, wenn ihre Qualität das Werk ihrer Bürger ist. Da ist vieles machbar, aber eben dort, wo Menschen leben, und nicht dort, wo Regierende dirigieren.“¹³ In der Betonung des „Werks der Bürger“ liegt hier wohl die Chance für eine sozialdemokratische Erzählung und in ihrer organisatorischen Umsetzung vielleicht eine Möglichkeit, die Parteien und ihr Ansehen in der Gesellschaft wieder vorsichtig an Vertrauen gewinnen zu lassen. ■

☞ Dr. Matthias Micus ist Akademischer Rat am Institut für Demokratieforschung der Uni Göttingen.

12 Vgl. exemplarisch *Jon Cruddas, The Good Society*, 14.05.2012, online einsehbar unter: <http://www.social-europe.eu/2012/05/the-good-society/>, zuletzt eingesehen am: 18.06.2012.

13 Ralf Dahrendorf: Zwei Gasthäuser in jeder Straße, in: *Die Zeit*, H.41/2000.

Nicht ohne Zukunft.

Die Politik der Demütigung überwinden

von Jenny Andersson

Foto: www.fotolia.com, © Jürgen Prieewe



Seit Mitte der Neunzigerjahre hat sich die Sozialdemokratie neu erfunden, um den vermeintlichen Wünschen einer magischen Mitte zu entsprechen. Diese werde, so die Idee, das sozialdemokratische Projekt weiter tragen, sofern man nur ihre wechselhaften Bedürfnisse nach ständiger Egobefriedigung erfülle. Die Neuausrichtung auf die Mitte war das Ergebnis vieler Jahrzehnte mühseliger Diskussionen darüber, wer eigentlich das sozialdemokratische Subjekt sei und was die Gesellschaft zusammenhalte. Man könnte inzwischen argumentieren, dass der kurzfristige Fokus auf die Wähler der Mitte zwar kurzfristig bei Wahlen erfolgreich war, dass er aber bereits in etwas längerer Perspektive verheerend gewirkt hat. Wir haben es dabei nicht nur mit einer strategischen, sondern auch mit einer ideologischen Frage zu tun. Denn diese Mitte war und ist kein Ort des neutralen Kompromisses auf halbem Weg, sondern ein politisches Feld, das von einer durchdringenden Ideologie beherrscht wird,

deren Bedeutung wir meines Erachtens gerade erst in Ansätzen zu verstehen beginnen. Es ist klar, dass diese Mitte heute nicht nur eine neue und lebendige moderne Rechte hervorbringt, die sich nicht sehr von abgespeckten Versionen der Sozialdemokratie unterscheidet, sondern auch einen viel radikaleren und gefährlicheren Neofaschismus, der von populistischen und extremistischen Gruppen ausgeht. Wir dürfen dies nicht als eine Angelegenheit einiger randständiger Gestalten begreifen, es ist vielmehr die direkte Folge einer Hinwendung zur gesellschaftlichen Mitte, in der eine große Zahl von Menschen ein Gefühl der Verlassenheit empfindet – einer Verlassenheit, die nicht nur offensichtliche wirtschaftliche Ursachen hat, sondern auch mit einer existenziellen und moralischen Desorientierung sowie mit fehlenden Zukunftsaussichten zu tun hat.

Die Politik ist in den letzten Jahrzehnten zu einer Bewegung für starke Menschen ge-

worden, ganz so, als würde sich die Gesellschaft nur aus starken Menschen zusammensetzen. Diejenigen, die nicht stark und autark, verantwortlich und diszipliniert sind, sollen es erst noch werden. Was zeichnet diese starken Menschen aus? Wenn wir auf einzelne Politikfelder blicken, angefangen bei der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik über Wettbewerb und Innovation bis hin zu den Renten oder zur frühkindlichen Bildung, dann sticht eines hervor: das Bestreben, Politik als Werkzeug zu benutzen, mit dessen Hilfe einzelne Menschen in zukunftsorientierte Wesen umgeformt werden sollen, die in der Lage sind, ihr eigenes Schicksal zu gestalten. Gute Bürger sind aktiv, verantwortlich, unternehmerisch und risikofreudig, von sich aus in der Lage, ihre Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen. Eine grundlegende „Zukünftigkeit“, also eine Zukunftsbezogenheit, die im Zusammenhang steht mit Kategorien wie Risiko, Erwartung sowie der Fähigkeit, zukünftigen Wandel von Menschen und Märkten zu bewältigen, ist zu einem grundlegenden Bestandteil des Regierungshandelns geworden. Von keiner anderen politischen Bewegung wurde diese Zukunftsorientierung so stark verkörpert wie von New Labour. Das Handeln und Denken von New Labour war ständig auf die den Menschen innewohnenden Potenziale ausgerichtet. Es ging darum, im Sinne der Bestrebungen und Hoffnungen der Menschen zu regieren. Die Idee der Chancengleichheit als Markenzeichen gegenwärtiger politischer Ideologie steht für genau diese Verlagerung von politischen Inhalten auf die Zukunft, wobei der Begriff der »Chance« immer neue zukünftige Möglichkeiten beschreibt. Es hat etwas Freundliches, daran zu glauben, dass es die Menschen immer besser machen können und dass die Politik ihnen dabei helfen sollte, das Beste aus sich herauszuholen. Aber in dieser Haltung kommt zugleich ein ungeheurer Paternalismus zum Ausdruck, eine inhärent utilitaristische Einstellung zu Menschen als Mittel zu zukünftigen Zwecken. Lange hat sich die Debatte

darum gedreht, dass die Sozialdemokratie Kategorien wie »Freiheit« und »Chancen« für sich zurückzuerobert habe. Sie müsse diese Begriffe der Rechten wegnehmen und in ihre eigene Vision von Politik integrieren. Die Argumentation dabei lautete, dass individuelle Freiheit mit dem sozialen Wohl der Gemeinschaft insgesamt verbunden werden müsse. Doch diese Position handelte bald nicht mehr von Freiheit, sondern von sozialer Kontrolle und sozialem Paternalismus. Im Grunde wurde die im Kern neoliberale Vorstellung akzeptiert, dass die »Chancen« irgendwie von allein zustande kämen, auf wundersame Weise hervorgebracht von einer immer dynamischeren Wirtschaft. Diese Vision einer »Chancengesellschaft« ist heute so gut wie nutzlos. Wenn es keine Chancen gibt, keine automatischen Leitern für Aufstieg und Leistung, kein Entrinnen aus den Fallstricken des gegenwärtigen Kapitalismus, dann werden alle Vorstellungen, die auf Selbstständigkeit, Verantwortung und Chancen abzielen, zu Bestandteilen einer Politik der Demütigung. Der Kern einer neuen sozialdemokratischen Politik muss darin bestehen, aus einer solchen Politik der Demütigung auszubrechen. Menschen dürfen nicht als steuerbare und auszubeutende Einheiten betrachtet werden, sondern als Individuen mit einer Persönlichkeit, mit einer Seele, mit Fähigkeiten und unveräußerlichen juristischen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechten – oder anders gesagt: als kompetente Bürger. Dies führt zu nichts weniger als einem wiederbelebten Begriff von Demokratie als einer Lebensform, in der es nicht das erste Kriterium der Zugehörigkeit ist, stark, produktiv oder effizient zu sein, sondern in der jeder Mensch das Recht auf eine Zukunft hat und darüber mitentscheiden kann, wie diese Zukunft aussehen sollte.

Über die Tiefe der sozialdemokratischen Krise ist bereits genug gesagt worden, ebenso über die Probleme, die aus der »Neuformatierung« sozialdemokratischer Politik in den vergangenen Jahrzehnten entstanden

sind. Jetzt ist es an der Zeit zu versuchen, aufs Neue – aber anders – über das sozialdemokratische Projekt nachzudenken: über die Dinge, die die Sozialdemokratie tun will; über die Vision von der Welt, die sie verfolgt; und über das Erbe, das sie zu hinterlassen bestrebt ist. Ich meine, dass dies heute einen radikalen Bruch mit den vergangenen Jahrzehnten sozialdemokratischer Politik erfordert – und eine Art Rückkehr zu den Wurzeln, die jedoch nicht nostalgisch, sondern utopisch ausfallen muss. Das bedeutet, dass wir zurückblicken müssen auf die Antworten, die die Sozialdemokratie in der Vergangenheit angesichts grundlegender Dilemmata des Kapitalismus entwickelt hat, um die Vollständigkeit und Erfüllung von Menschen in einer anderen und besseren Zukunft zu ermöglichen. Aus diesem Grund möchte ich in diesem Beitrag die besonderen Beziehungen zwischen Sozialdemokratie, Demokratie und Zukunft diskutieren.

Eine sozialdemokratische Zukunft

Wie können wir die Gute Gesellschaft denken, wenn es um die Zukunft der Welt so finster bestellt ist? Die Wiederkehr des dystopischen Denkens ist eines der wirklich beunruhigenden Zeichen unserer Zeit. Es gibt einen Umkipppunkt, von dem an sich die Einsicht in die verheerenden Auswirkungen unseres Handelns auf die Welt um uns herum nicht mehr mobilisierend und zum Handeln motivierend auswirkt, sondern plötzlich lähmend. Die Klimakrise, die Finanzkrise und die soziale Krise sind Elemente einer größeren, tief greifenden gesellschaftlichen Störung, die mit beträchtlicher Wahrscheinlichkeit das Gesicht der Welt verändern wird. Es gibt gute Gründe zu der Annahme, dass die Welt in zwanzig oder dreißig Jahren eine grundlegend andere sein wird als heute – und dass die zwanzig oder dreißig Jahre bis dahin für große Gruppen der Bevölkerung in den Entwicklungsländern, aber auch in der entwickelten Welt nicht besonders erfreulich

verlaufen werden. Wolfgang Streecks jüngste Thesen zur Krise des demokratischen Kapitalismus treffen den Kern. Der Kapitalismus muss in demokratische Strukturen eingebettet werden, aber zu seiner Stabilisierung scheint dies in den vergangenen Jahrzehnten nicht beigetragen zu haben. Stattdessen haben die fortwährenden Renditeerwartungen den Kapitalismus bis zum Äußersten getrieben. Ich meine, dass wir das Problem des demokratischen Kapitalismus als eine Frage der Zukunftserwartungen begreifen können.

Menschen haben berechtigte Gründe für ihr Bestreben, ein besseres Leben für sich selbst zu wollen, für ihre Wünsche, auf der Leiter des Besitzes aufzusteigen, ihre Kinder auf gute Schulen zu schicken und die Ernte ihrer Finanzinvestitionen einzufahren. Der Kapitalismus gewinnt seine grundlegende soziale Legitimität daraus, dass er die Erfüllung dieser Erwartungen zu versprechen scheint. Das Problem unserer neuen Gegenwart ist nun aber gerade, dass das, was gestern noch als vernünftige und wahrscheinliche Form von Zukunftserwartung erschien, als rationale Kalkulation künftiger Verbesserungen, auf den Kopf gestellt worden ist und sich in eine giftige Gefahr verwandelt hat. Die Krise des Kapitalismus besteht daher heute nicht nur darin, dass er die unmittelbaren Bedürfnisse der Menschen nicht erfüllt. Sie besteht auch darin, dass der Kapitalismus keinen Raum mehr lässt für Hoffnung und Bestreben. Populismus und Neofaschismus stehen im Zusammenhang mit Zukunftsangst. Zukunftsangst ist keine irrationale Panik. Sie ist im Gegenteil eine Art rationaler Überlebensinstinkt, der sich auch auf das vorgestellte Leben der eigenen Kinder und vielleicht sogar deren zukünftiger Kinder erstreckt. Während unsere Fähigkeit zu rationaler Planung von kürzerer Reichweite sein mag, kann das Gefühl der Liebe bis weit in ferne Zeiten vorausreisen. Zugleich ist Zukunftsangst ein durchaus fundiertes Gefühl. In den Fünfzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts gab

es schließlich gute Gründe, daran zu glauben, ein Atomkrieg stehe unmittelbar bevor. Und es gibt heute ebenso gute Gründe, sich vor den verheerenden Auswirkungen des Klimawandels zu fürchten - Auswirkungen im Übrigen, die längst sehr gegenwärtig und spürbar sind. Aber Zukunftsangst ist politisch gefährlich und sozial explosiv. Sie wirkt sich zerstörerisch auf das Leben der einzelnen Menschen und die Gesellschaft insgesamt aus. Der Anstieg der politischen Gewalt von rechts sowie möglicherweise bald auch von links belegt dies. Zukunftsangst kann mobilisierend wirken, aber sie kann auch das genaue Gegenteil von aufgeklärtem Handeln auslösen. Die Aufgabe demokratischer Politik in der Gegenwart besteht darin, Zukunftsangst in aufgeklärtes Handeln zu kanalisieren und den Menschen eine Zukunft zu geben, an die sie glauben können. Dabei geht es nicht darum, eine neue Zukunftserzählung zu erfinden, eine Geschichte, mit der sich desillusionierte Wähler noch einmal überzeugen ließen, oder den Markennamen für eine neue Politik, sowie es in den vergangenen Jahrzehnten des politischen Spin so oft ausprobiert wurde. Vielmehr kommt es darauf an, tatsächlich eine neue Welt zu errichten. Dies ist eine mühsame und schwierige Aufgabe, die mit Theorie und Reflexion beginnen muss, mit echter sozialer Analyse und ideologischer Debatte. Diese Arbeit könnte damit beginnen, dass wir die Zukunft selbst als ein Problem in den Blick nehmen, das unsere Aufmerksamkeit verdient. Ich behaupte, dass ein Schlüssel zur Erneuerung der Sozialdemokratie darin liegt, dass wir die Probleme der Zukunftserwartungen und der Zukunftsangst angemessen analysieren und beantworten. Nur so wird die Sozialdemokratie die Fähigkeit entwickeln, eine kraftvolle Begründung ihrer Rolle in der heutigen und gegenwärtigen Welt zu formulieren. Um für sich selbst eine Zukunft zu gewinnen, muss die Sozialdemokratie die Zukunft denken. Beginnen wir also mit der Zukunft und mit dem, was die Zukunft der Politik abverlangt.

Die Zukunft als Problem der Demokratie

Die Zukunft ist intellektuell nicht leicht in den Griff zu kriegen, denn in kognitiver Hinsicht liegt sie nun einmal weit entfernt. Weder Politik noch Sozialwissenschaften sind besonders gut ausgerüstet, um mit der Zukunft zurechtzukommen. Man könnte sagen, die Zukunft ist eine soziale Konstruktion, also etwas von gesellschaftlichen Akteuren einschließlich der politischen Akteure Geschaffenes. Aber die Zukunft kann sich auch in sehr handfester Weise manifestieren und so gehen selbst zum Akteur werden. Ein Beispiel dafür ist der Klimawandel. Steigende Temperaturen oder die Erosion von Ackerboden haben uns etwas über eine materielle Präsenz mitzuteilen, die auf dem besten Weg ist, eine physische Existenz zu erlangen. Diese ist mit Sicherheit das Ergebnis der Summe unserer Handlungen und lässt sich durch unsere Interpretationen so gut wie überhaupt nicht verändern. Wir können die objektive Existenz der Zukunft nicht verleugnen, und zugleich ist sie doch das, was wir aus ihr machen. Man könnte sagen, dass die Zukunft ein besonderes Feld der Demokratie ist, oder, wenn wir so wollen, dass sie eine Prüfung für die Demokratie bedeutet. Ein so kluger Beobachter wie der französische Historiker und Philosoph Pierre Rosanvallon hat hervorgehoben, die Zukunft sei der blinde Fleck der Demokratie, denn sie habe keine organisierte Lobby und nur wenige Verteidiger. Künftige Generationen besitzen kein Stimmrecht, mit dem sie auf die Handlungen in der Gegenwart Einfluss nehmen könnten. Doch zugleich ist die Zukunft unsere Allmende. Die britische Soziologin Barbara Adam verweist auf die Diskrepanz zwischen der Fähigkeit einzelner Menschen, zum Beispiel auf dem Gebiet der Pflege und Erziehung ihrer Kinder Zukünftiges in ihr Handeln einzubeziehen, und der Unfähigkeit kapitalistischer Gesellschaften, eine ähnliche Verantwortung zu übernehmen und der Tatsache Rechnung zu tragen, dass alle unsere Handlungen langfristige Folgen haben und

Generationen von Menschen betreffen werden, die heute noch gar nicht am Leben sind. Dies ist ein demokratisches Paradox der modernen Gesellschaft oder - in Barbara Adams Worten - eine Quelle der Entwurzelung und Vereinzelung, vielleicht auch einer Art kollektiver Trauer. Es handelt sich nicht, wie Anthony Giddens behauptet, um ein neues Paradox der fortgeschrittenen Moderne, sondern im Gegenteil um eines, das mindestens seit der unmittelbaren Nachkriegszeit diskutiert wird. Nun muss dieses Paradox angesichts der riesenhaften Herausforderungen der Finanzkrise und des Klimawandels dringend aufgelöst werden. Beide Krisen sind Krisen der Zukunft, sie bedeuten aber auch – im Sinne Wolfgang Streecks – Krisen für das System des demokratischen Kapitalismus, in dem Konsum und Wachstum (und wenn schon nicht wirkliches Wachstum, dann zumindest kreditfinanziertes) die grundlegenden Faktoren des sozialen Friedens sind. Ein solches System ist nicht nachhaltig. Und es ist gemäß Rosanvallon und Adam auch nicht demokratisch, da es einen permanenten Druck auf künftige Generationen und Ressourcen ausübt.

Die Sozialdemokratie ist eine Bewegung, die im Laufe der Geschichte in die Versuchungen von Autokratismus und Technokratismus geraten ist. Sie hat sich aber auch im Lichte ihrer utopischen Überschüsse sowie der Debatte über die richtige Hierarchie sozialer Werte definiert. Allerdings ist in den vergangenen Jahrzehnten der Umstrukturierung die uralte Debatte über die Grenzen des Kapitalismus so gut wie verschwunden. Verloren gegangen sind die ethischen Argumente zu den verheerenden Auswirkungen des Kapitalismus auf die soziale Gemeinschaft, zur Rolle des Gleichheitsprinzips als Leitstern gesellschaftlicher Entwicklung, zur Rolle von sozialer Bürgerschaft und kollektiven Gütern für die Demokratie. In dem Maße, wie das Wachstum als übergeordneter Wert aller sozialen Aktivität ausfällt, müssen wir die Frage stellen, was womöglich an dessen Stelle als

Legitimationsprinzip sozialer Organisation sowie als Richtwert kollektiver Anstrengung treten könnte. Kann die Sozialdemokratie ihren uralten Produktivismus und ihren Glauben an materielle Fortschrittsfaktoren durch etwas anderes ersetzen? Und was könnte das sein?

Clive Hamilton vertritt die These, dass die Sozialdemokratie die Fundamente ihrer Ideologie überdenken muss: die Ideen der Knappheit und der Solidarität in einer Welt knapper Ressourcen. Stattdessen müsse sich die Sozialdemokratie auf den Umstand einstellen, dass wir zu viel produzieren und in einer Welt des Überflusses leben, was in Bezug auf Umverteilung und Gerechtigkeit genauso große Probleme schafft. Das ist eine provokative Idee. Tony Fitzpatrick meint, dass die Werte der Sorge und der Zeit die Grundlage eines postsozialdemokratischen Projekts sein könnten, welches sich den Zielen von Glück und Erfüllung verschreibt. Ich meine, dass Demokratien von einem Gefühl grundsätzlicher Ausrichtung an der Zukunft aufrechterhalten werden. In der Vergangenheit wurde dies als materieller Fortschritt übersetzt. Da wir nun aber nicht erwarten können, dass es solchen materiellen Fortschritt weiterhin geben wird, müssen wir, wenn wir die demokratischen Systeme beibehalten möchten, andere Wege finden, uns auf die Zukunft zu beziehen. Wenn wir unsere demokratischen Gesellschaften nachhaltig sichern wollen, dann dürfen unsere sozialen und wirtschaftlichen Systeme nicht nur für diese Generation arbeiten, sondern für die lange Frist.

In diesem Sinn haben wir heute nicht das Recht, grundlegende Dimensionen der Freiheit künftiger Generationen oder die Freiheit von Menschen in anderen Ländern und Kontinenten zu verkaufen. Hier gelangen wir zu einer in der politischen Sprache seit einer ganzen Weile aus der Mode gekommenen Definition des Guten, die mit öffentlichen Gütern zu tun hat, welche nicht nur für die Frei-

heit und die Grundsätze der Bürgerschaft auf nationaler Ebene, sondern auch auf der globalen Ebene unerlässlich ist. Diese Diskussion kann nur auf der Ebene einer demokratischen Debatte über die Gute Gesellschaft geführt werden. Diese Debatte muss zur Formulierung eines utopischen Zieles führen, sich also um die Inhalte solch einer sozialen Vision drehen, aber auch den Prozess beschreiben, der zu diesem Ziel führt. Das ist dann keine Utopie als Blaupause, sondern als demokratischer Prozess, in dem Zukunftsvisionen und zukünftige Interessen in eine Version von der Welt eingehen, in der die allermeisten Menschen, wie Raymond Williams einst sagte, vollständig und unversehrt leben können.

Jeder braucht eine Zukunft, und viele individuelle »Zukünfte« sind nur möglich auf der Grundlage von kollektivem Handeln. Kollektives Handeln braucht die Utopie als eine ethische Dimension dessen, was richtig ist, und als praktische Wegbeschreibung dafür, wie wir das Richtige verwirklichen können. Im Bezugsrahmen der Utopie müssen zwar Dissens und Konflikte möglich sein, aber die Politik muss das Interesse des Langfristigen vertreten und die grundlegenden öffentlichen Güter verteidigen, ohne die es individuelle Freiheit nicht geben kann. So verstanden, ist die Utopie ein lebendiges Prinzip radikaler Politik. ■

↳ Edited by Henning Meyer and Jonathan Rutherford, *The Future of European Social Democracy*, published 2011, reproduced with permission of Palgrave Macmillan.

↳ Jenny Andersson ist CNRS-Fellow am Zentrum für Europastudien an der Sciences Po in Paris. Sie hat vielfach über die schwedische Sozialdemokratie und die britische Labour Party geschrieben. Der Artikel ist eine gekürzte Fassung des Beitrages aus: Christian Kellermann und Henning Meyer (Hrsg.): *Die Gute Gesellschaft. Soziale und demokratische Politik im 21. Jahrhundert*, Berlin (Suhrkamp) 2013, S. 233-247.

↳ Aus dem Englischen von Tobias Dürr.

PapyRossa Verlag



**W. Gehrcke /
Chr. Reymann (Hg.)**

Syrien

Wie man einen säkulareren Staat zerstört und eine Gesellschaft islamisiert

978-3-89438-521-7
187 Seiten | 9,90 Euro

Längst ist der anfangs friedliche Protest in einen von außen geschürten und finanzierten bewaffneten Aufstand übergegangen, der einen demokratischen Wandel abwürgt. Das Buch analysiert den Konflikt, untersucht seinen Stellenwert für die Politik des Westens und skizziert Wege zu Verhandlungslösungen.



Ch. Wiedemann

Vom Versuch, nicht weiß zu schreiben

Oder: Wie Journalismus unser Weltbild prägt

978-3-89438-494-4
186 Seiten | 12,90 Euro

Charlotte Wiedemann nimmt ihre LeserInnen mit auf eine Reise durch Kulturen und Kontinente, vom Iran über Afrika bis Südostasien. Und sie lässt hinter die Kulissen der Arbeit einer Auslandsreporterin blicken. Wie entsteht unser Weltbild? Was trägt der Journalismus hierzu bei?

»Ein Augenöffner« (*Capital*)

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de

„Die Krise besteht gerade in der Tatsache, dass das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann“¹

von Andrea Ypsilanti

Foto: www.photocase.de, © bellaluna



Dieses Zitat von Antonio Gramsci beschreibt die derzeitige Krisensituation sehr treffend. Obwohl das Ende des Neoliberalismus schon als Hoffnung und sogar als konkrete Vorstellung in den Diskurs einer gesellschaftlichen Linken Eingang gefunden hat, kann sich diese aber gar nicht sicher sein, ob die Wandlungs- und damit die Überlebensfähigkeit der kapitalistischen Produktionsweise nicht doch noch mit ihrer „Kreativität“ überrascht, ein neues Lebenselixier entdeckt und die Linke wie den berühmten „begossenen Pudel“ dastehen lässt. Dabei werden die Rettungsmantras „Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum“ von der institutionalisierten Politik und den meisten Medien als die schon lange eingeführten TINAs ins Rennen geschickt. Sie haben nach heutiger Einschätzung der politischen Lage durchaus die Chance im September bestätigt zu werden – vielleicht sogar um den

Preis, dass sich Kapitalismus und die bisherige Form bürgerlicher Demokratie trennen werden.² Dabei haben Beiträge kritischer Wissenschaftler_innen und der politischen Bewegungen über wirkliche politische Alternativen schon erstaunliche Ergebnisse erbracht. Kurz- oder mittelfristige Maßnahmen sind in Papieren (z.B. Marshall-Plan, DGB,³ Umriss einer solidarischen Wirtschafts- und Finanzpolitik, ISM⁴) ebenso nachzulesen, wie die langfristige Perspektive einer sozial-ökologischen Transformation.

Auch das Institut Solidarische Moderne hat in einem Papier, das auf der Grundlage einer längeren Crossover-Diskussion zustande kam – ich komme darauf zurück – drei Dimensionen als

1 Gramsci, Antonio; Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, hrsg. v. Klaus Bochmann/ Wolfgang Fritz Haug, Hamburg/Berlin 1991 ff., Bd. 2, H. 3, § 34, S. 354.

2 Streek, Wolfgang; Die gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Frankfurt am Main 2013.

3 „Ein Marshallplan für Europa“ http://www.dgb-bestellservice.de/besys_dgb/pdf/DGB20017.pdf v. 04.06.2013

4 „Umriss einer solidarischen Wirtschafts- und Finanzpolitik“, <http://www.solidarische-moderne.de/de/article/364.alternativen-fuer-eine-gerichte-und-solidarische-europaeische-wirtschafts-und-finanzpolitik.html> v. 4.6.2013

Grundvoraussetzung einer sozial-ökologischen Transformation beschrieben:

1. Die erste Dimension ist die ökologische. Sie zielt auf eine tiefgreifende Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse, weg vom profitorientierten Wachstum hin zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Es geht um ein Verständnis von Naturverhältnissen, in denen sich die Emanzipation der Gesellschaft auch in der Schonung und Bewahrung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen bewährt. Das erfordert Nahrungsgüter, Energie, Mobilität, Kommunikation und öffentliche Räume anders als bisher zu produzieren, bereitzustellen und zu nutzen.
2. Die zweite Dimension der sozialen Rechte umfasst die Umverteilung von Machtressourcen, die gerechte Verteilung der materiellen und immateriellen Güter und die umfassende Garantie der sozialen Rechte in einem demokratischen Sozialstaat. Dieser garantiert die gleiche Teilhabe aller einzelnen. Konkret bedeutet das den Zugang aller zur gesellschaftlichen Infrastruktur wie Bildung, Information, Kultur und Gesundheit. Die Ausrichtung von Bildung auf eine neue Lebensweise wird dabei ein Schlüsselprojekt sein. Der öffentlichen Daseinsvorsorge, insbesondere den Gemeingütern oder Commons⁵ kommt hierbei eine große Bedeutung zu. Dabei wird die Umverteilung zwischen Erwerbs- und Care-Arbeit zugunsten einer neuen Geschlechtergerechtigkeit und dem Wandel der Lebensverhältnisse sowie die Diskussion um Arbeitszeitverkürzung zugunsten der Erwerbslosen und der Arbeit an der Demokratie maßgeblich sein.
3. Die dritte, die demokratische Dimension, ist die Erneuerung, Entwicklung und

Erweiterung der Demokratie selbst. Die partizipative Erneuerung der Demokratie und deren wirtschaftsdemokratische Erweiterung ist eine „conditio sine qua non“, eine notwendige Bedingung einer sozial-ökologischen Transformation. Eine solche Transformation wird eine Vielzahl von konflikthaften aber auch solidarisch-demokratischen Abwägungs- und Aushandlungsprozessen beinhalten. Dieser gesellschaftliche Wandel wird ein tiefgreifender Prozess sein, der nicht nur die Institutionen, sondern auch die Lebensweisen⁶ der Einzelnen betrifft. Ein solcher kultureller Wandel kann weder verfügt noch durch Verwaltungshandeln umgesetzt werden. Er muss demokratisch erstritten werden.⁷

„Ob sich daraus wirklich ein plurales Projekt entwickelt ist derzeit noch offen“,⁸ es könnten aber Teilaspekte dieses Projektes, wie z.B. die Energiewende als partizipatorisches, emanzipatorisches Teilprojekt für die Transformation in Anspruch genommen werden. Das entscheidende Kriterium für die Teilprojekte ist, dass sie die angestrebte Transformation nicht verstellen oder durch ordnungspolitische Maßnahmen behindern. Es ist selbstverständlich, dass ein solches Projekt nicht nur national angelegt werden darf. Gerade mit dem Blick auf die europäische Krise, und entgegen solchen Krisenlösungsstrategien, die nach wie vor auf Wachstum setzen, könnte das Projekt der sozial-ökologischen Transformation eine Chance sein.

Der Faktor „Zeit“ wird in diesem Prozess, insbesondere für die demokratische Dimension, eine maßgebliche Rolle spielen. Einerseits,

6 Vgl. dazu Brand, Ulrich / Wissen, Markus; Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zur Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In: Alex Demirovic / Julia Dück / Florian Becker / Pauline Bader (Hrsg.), *VielfachKrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. Hamburg 2011, S. 79-94.

7 Institut Solidarische Moderne; Sozial-ökologischer Gesellschaftsumbau auf dem Weg in eine Solidarische Moderne, 2011, <http://www.solidarischemoderne.de/serveDocument.php?id=94&file=a/3/4120.pdf> (letzter Zugriff 3.6.2013).

8 Ulrich Brand; ABC der Alternativen, VSA 2012, S. 270

5 Ausführlich dazu: Silke Helfrich, Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), *Commons*, 2012, Transcript.

weil uns die Zeit für einen Umbau gerade unter den Fingern zerrinnt. Die Vielfachkrise, oder besser: die universelle Krise, wirft ihre Schatten voraus in der realen Form der Eurokrise, der Klima- und Ressourcenkrise um nur einige Herausforderungen zu nennen. Der andere Aspekt des „Zeit“-Faktors ist die Ressource der Männer und Frauen, die sich dem Prozess eines sozial-ökologischen Umbaus in seiner Ausgestaltung zuwenden und an ihm beteiligt sein wollen. Es steht zu befürchten, dass neben Erwerbsarbeit (bzw. Arbeitssuche), Familien- und Sorgearbeit, Ehrenamt und persönlichem Zeitbudget die Zeitressourcen für die Demokratiearbeit knapp werden. Die Debatte um die Arbeitszeitverkürzung als einer neuen auch geschlechtergerechten Verteilung von Erwerbs- und Care-Arbeit ließe sich um die Dimension der Arbeit für die Demokratie sinnvoll erweitern. Wie aber könnten wir uns dieses Projekt, das, wie schon angemerkt, an vielen Stellen begonnen hat, als Prozess vorstellen? Wie die Risse im neoliberalen Block erweitern und vertiefen? Und wie einer „realen Utopie“ Raum verschaffen?

Das Dilemma der Linken, es nicht zu einem gemeinsamen Prozess zu schaffen, durchaus mit innerer Differenzierung, wird immer wieder ausführlich analysiert und beschrieben, beklagt und bejammert (auch von mir⁹). Das Verharren in der ureigenen Institutionslogik, mit dem oft verengten Blick auf einen Teilaspekt innerhalb der politischen Alternativen, jedoch mit dem Anspruch aus diesem Teilaspekt eine universelle Alternative zu entwickeln, scheint ein unüberwindbares Hindernis zu sein.

Demokratie braucht Zeit

Das Institut Solidarische Moderne hat sich u.a. mit dem Anspruch gegründet, die verschiedenen Logiken aus progressiven Parteien, Gewerkschaften, kritischer Wissenschaft, Be-

wegung und NGOs in einem kommunikativen Prozess eines Crossover zusammenzuführen. Dabei ist Crossover keine neue Erfindung des Instituts Solidarische Moderne. Mitte der 1990er Jahre haben SPD, PDS und Grüne über ihre jeweiligen Zeitschriften vermittelt einen Diskussionsprozess in Gang gesetzt, der sich um ein alternatives linkes Projekt eines „ökologisch-solidarischen New Deal“ im Rahmen einer Vorbereitung einer zukünftigen Linksregierung gründete. Dieser Zusammenhang zerbrach an den Folgen der rot-grünen Koalition. Die zaghaften Versuche, diesen Ansatz politisch-parlamentarisch neu zu beleben, gestalten sich heute jedoch schwierig. Gerade auch weil SPD und die Grünen sehr dezidiert eine Zusammenarbeit mit der Partei Die Linke ablehnen und sie als nicht koalitionsfähig markieren, in der Hoffnung sie „weg schweigen“ zu können.

Die Gründung des ISM war aber auch eine Reaktion auf den gescheiterten Versuch einer progressiven Mehrheit in Hessen und die Erkenntnis der Notwendigkeit einer breiten gesellschaftlichen Verankerung eines „gegenhegemonialen Projekts“ zum Neoliberalismus. Daher versteht sich das ISM nicht mehr hauptsächlich als Vorbereitungsprojekt einer Linksregierung, auch wenn diese durchaus als eine Möglichkeit zur Transformation der Machtverhältnisse angesehen wird, sondern als Ort alternativer Wissensproduktion.

Beim Crossover in der Praxis des ISM sind die Beteiligten Mitglieder verschiedener Organisationen: aus Politik, Gewerkschaft, Wissenschaft und der Zivilgesellschaft, sozialen Bewegungen und NGOs. Sie bringen in den gemeinsamen Diskurs einerseits die Sichtweise ihrer jeweiligen Herkunftsorganisationen ein, aber gleichzeitig die Bereitschaft zur kritischen Reflexion des jeweiligen Ansatzes mit. Bei der Herausarbeitung der Differenzen der jeweiligen Akteur_innen und in der gemeinsamen Bearbeitung dieser Differenzen entstehen im Idealfall neue politische Konzepte. Diese stel-

⁹ Vgl. Ypsilanti, Andrea. Linke Litanei – ein Versuch der Einordnung, in Sozialismus, H. 9/12, S. 54-57.

len nicht lediglich einen Minimalkonsens zwischen diesen Akteur_innen dar, sondern sollen neues, innovatives und emanzipatorisches Potential heben.

Crossover kann also zusammenfassend als Versuch gedeutet werden, parlamentarische und außerparlamentarische Bewegungen und Parteien, radikale und weniger radikale Positionen zusammenzubringen, um an Synthesen unterschiedlicher Forderungen zu arbeiten. Dabei darf dieser Prozess nicht als harmonisches Projekt missverstanden werden, sondern im Gegenteil: die unauflösbare Präsenz institutioneller und antiinstitutioneller Politiken sowie unterschiedlicher Erfahrungen und Perspektiven ist dauerhaft konfliktreich – gerade deswegen sind die Methoden der Erarbeitung von Gemeinsamkeiten und Differenzen zentral. Das Crossover für ein neues linkes Gesellschaftskonzept ist somit ein sozialer Lernprozess kollektiver Konflikterfahrungen, der um das Scheitern der vielfältigen Bündnis-Konstellationen weiß, den stets erneuten Versuch der Sammlung und Verstärkung disparater Traditionen und Bewegungen jedoch für unverzichtbar hält.¹⁰

Es ist aus dieser Beschreibung aber auch schon herauszulesen und die realen Erfahrungen der Zusammenarbeit im ISM zeigen, dass diese Praxis eine zeitintensive und aufwendige ist. Ehrlich gemeinte demokratische Prozesse – und hier kommen wir wieder auf die Relevanz des Faktors Zeit zurück – benötigen eben ihre Zeit. Inwieweit die einzelnen Akteur_innen bereit sind, aus den Logiken ihrer Herkunftsorganisationen herauszutreten, ohne ihre Loyalität zu diesen aufzugeben, ist immer eine Gratwanderung. In unserer politischen Praxis hat sich gezeigt, dass dieses einmal besser und einmal weniger gut funktioniert. Im Idealfall besteht jedoch die Chance neuer Ideen und Konzepte, die auf einer brei-

teren Akzeptanz aufbauen können. Idealerweise werden die auf diesem Weg entwickelten neuen Ideen und Konzepte in die Herkunftsorganisationen zurück vermittelt. Ob dies gelingt, hängt zum einen vom Einfluss der jeweiligen Akteur_innen auf die eigene Institution ab und zum anderen mit der Offenheit der Herkunftsorganisation selbst. Unserer Erfahrung nach liegt neben der inhaltlichen Annäherung ein Teil des unbestreitbaren Benefits in der Vertrauensbildung unter den Beteiligten in dieser Zeit der Zusammenarbeit. Die o.g. Papiere sind auf diese Weise entstanden.¹¹

Die aktuelle Krise ist eine große Krise der gesamten Gesellschaftsformation, das heißt, sie umfasst nicht nur die Ökonomie, sondern durchdringt sämtliche Lebensbereiche – neben den etablierten Institutionen auch die Alltagspraktiken, die Denkformen und die Phantasie, die Wünsche und das Begehren. In diesem „Interregnum“, so Gramsci, in dem die „herrschende Klasse den Konsens verloren“¹² hat, befinden sich alle gesellschaftlichen Kräfte in einem Suchprozess. Dass das „Neue nicht zur Welt kommen kann“, liegt an der jahrzehntelangen Einübung des Alten – jener überkommenen ehemals hegemonialen Ordnung der Dinge. Es kommt daher darauf an, neue Formen des Zusammenlebens und -arbeitens wie auch des Politischen auszuprobieren, die aus der Kritik des Alten hervorgehen, und dadurch die alten Praxen zu überschreiben. Der Crossover-Prozess ist ein solcher Versuch neuer politischer Praxisformen. ■

☞ Andrea Ypsilanti ist Mdl. in Hessen sowie Mitbegründerin und Sprecherin des Instituts Solidarische Moderne e.V.

¹⁰ Ausführlich siehe: Buckel, Sonja/Ypsilanti, Andrea: Crossover, in: Ulrich Brand, Bettina Lösch, Benjamin Opratko, Stefan Thimmel (Hrsg.), ABC der Alternativen 2.0, Hamburg 2012.

¹¹ Wer Crossover als politische Praxis ausprobieren möchte, ist eingeladen an der diesjährigen summer factory des ISM teilzunehmen. Thema: „Sozialökologische Transformation – strategische Bedingungen eines Politikwechsels“, 16.-18.8.2013 in Frankfurt am Main.

¹² Gramsci, Antonio, a.a.O.

Die Zukunft der Eurozone

von Arne Heise



Die Probleme der Eurozone sind längst nicht gelöst, obwohl in hektischer Aktivität während der letzten 3 Jahre das europäische Governance-System beständig reformiert wurde. Immer mehr Länder müssen unter den Schutzschirm des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) schlüpfen bzw. versuchen dies irgendwie zu vermeiden. In Griechenland, Spanien, Portugal und Italien ist ein Ende der rezessiven Wirtschaftsentwicklung nicht in Sicht, wohl aber die Geduld der Menschen mit ihren Regierungen und der von der EU erzwungenen Austeritätspolitik.

In Deutschland war aus historischen Gründen eine offene Opposition gegen die Einführung einer gemeinsamen Währung als weiterem Integrationsschritt des friedlich zusammenwachsenden Europas nie möglich – die Vorbehalte, die sowohl Mainstream- wie auch kritische Ökonomen in der Diskussion um den Maastrichter Vertrag zur Einführung einer Europäischen Währungsunion (EWU) vorbrachten, wurden jeweils so formuliert, dass entweder Reformnotwendigkeiten angemahnt oder eine Verschiebung des Eintrittstermins, nicht aber der vollständige Verzicht auf die EWU empfohlen wurde.

Die Persistenz der Eurokrise lässt nun erstmals eine ernsthafte Diskussion darüber zu, ob das Projekt ‚Einheitswährung‘ tatsächlich unter allen Umständen weitergeführt oder vielleicht doch lieber als gescheitert erklärt werden sollte: Der Münchner Professor Sinn brachte frühzeitig die Idee einer Teilung der EWU in einen ‚Nord- und einen Süd-Euro‘ ins Spiel, der Hamburger Professor Lucke fordert nicht nur die Rückkehr zu nationalen Währungen, sondern hat gleich eine Partei gegründet, die diese Forderung quasi als einzigen Programmvorrat für den Einzug in den Bundestag nutzen will. Und auch der

in der SPD immer besonders gefragte Kölner Professor Streeck hält mittlerweile die EWU für ein ‚frivoles Experiment‘, das beendet werden müsse. Eine gemeinsame Währung, so Streeck, schaffe einen Zwang zu neoliberaler Reform – der Arbeitsmärkte, der Sozial- und Tarifvertragssysteme – und befördere so den Marktfanatismus und den Umbau der europäischen Gesellschaften zu ‚Marktgemeinschaften‘, weil das Instrument des Wechselkurses als Verteidigung nationaler Institutionen, Traditionen und Kulturen in der Währungsunion verloren gegangen sei.

Was ist an diesen Überlegungen dran? Zwar haben kritische Ökonomen immer davor gewarnt, dass die Europäische Währungsunion keinen ‚optimalen Lohnraum‘ darstelle. In der Konsequenz sind dann jene regionalen Ungleichgewichte zu erwarten, die gegenwärtig der Eurokrise die realwirtschaftliche Basis liefern. Wenn die kritischen Ökonomen dennoch eine EWU befürworteten, dann einerseits, weil diese Fehlentwicklungen bereits das Europäische Währungssystem (EWS) kennzeichneten und zu sprengen drohten: In einem Festkurssystem bildet sich eine Währungshierarchie heraus, an deren Spitze der Währungshegemon (die D-Mark im alten EWS) die Geldpolitik der am System teilnehmenden Länder bestimmt und dessen Währung real unterbewertet ist. Mit der Schaffung einer gemeinsamen Währung war deshalb die Hoffnung verbunden, die (deutsche) Geldpolitik zu ‚europäisieren‘ und jenen interventionistischen Handlungsspielraum zurückzugewinnen, den zunehmend regional integrierte Wirtschaftsräume auf nationaler Ebene immer weiter einbüßten. Selbstverständlich war klar, dass dies einen anderen, ‚marktkorrigierenden‘ Integrati-

onsmodus bedurfte als den auf ‚Marktschaffung‘ setzenden Ansatz der Standardökonomie. Dass die Hoffnung auf eine derartige Entwicklung keineswegs illusionär oder gar naiv war, zeigt nicht nur die Aufnahme eines Beschäftigungskapitels in die Europäischen Verträge, sondern auch die Schaffung des ‚Europäischen Makrodialogs‘ auf dem Kölner EU-Gipfel 1999. Ende der 1990er Jahre war mit einer Dominanz sozialdemokratisch geführter Regierungen in der EU eine Situation entstanden, die die Möglichkeit eines substantiellen Richtungswechsels bot in der Gestaltung der europäischen Integration und der Ausgestaltung der europäischen, wie auch nationalen Wirtschaftspolitik. Hätte sich damals die ‚Markt-Sozialdemokratie‘ von Schröder und Blair nicht gegen die ‚demokratische Linke‘ in der Sozialdemokratie durchgesetzt, wären heute möglicherweise andere Governance-Strukturen in der Eurozone vorhanden und die Krisendiagnose und -bekämpfung könnte nicht mehr so einseitig auf Spar- und Austeritätsprogramme setzen wie wir dies heute erleben müssen.

Die Hoffnung, die Wiedereinführung des Wechselkursmechanismus könne den Nationalstaaten jene Handlungsfähigkeit und Selbstbestimmung wiedergeben, die sie im Zuge der zunehmenden regionalen und globalen Integrationsprozesse längst verloren haben, ist naiv und gefährlich gleichermaßen. Naiv ist der Glaube, der Wechselkursmechanismus stelle so etwas wie ein ‚free lunch‘ oder eine Medizin ohne Nebenwirkungen dar. Tatsächlich kann eine Wechselkursanpassung kurzzeitig Druck, der sich z.B. durch lohnstückkostenseitige Wettbewerbsprobleme aufgebaut hat, abbauen helfen. Dies vor allem, weil eine Kürzung der heimischen Reallöhne – und dies impliziert eine Abwertung gleichermaßen wie eine ‚wirksame‘ Nominallohnsenkung – kurzfristig auf weniger psychologischen Widerstand stößt, wenn sie Folge der Wechselkurspolitik, nicht der Lohnpolitik ist. Solange aber die

institutionellen Strukturen, die den Druck aufbauten, nicht angegangen werden, ändert sich dauerhaft nichts an dem Druck. Die Nutzung der Stellschraube ‚Wechselkurs‘ erhöht nur die Unsicherheitskosten, die sich in einer Erhöhung der Risikoprämie für alle Wirtschaftsteilnehmer des abwertenden Währungsraums niederschlagen.

Gefährlich ist die übertriebene Hoffnung auf den Wechselkursmechanismus, weil sie den einfachen Ausweg suggeriert, es müsse nur zum Status Quo ante zurückgekehrt werden und schon sei die nationalstaatliche Souveränität wiederhergestellt und die ‚Marktgesellschaft‘ abgewendet. Den Briten werden die Ohren klingen, müssten sie doch nach dieser Analyse auf einer der wenigen Inseln der Prosperitäts-Glückseligen in einem Meer von Austeritäts-Schwermütigen leben. Tatsächlich ist es die weiterhin ungebrochene Dominanz der neoliberalen Wirtschaftsdoktrinen und die darauf begründete Gestaltung der nationalen Wirtschaftspolitik und des europäischen Governance-Systems und nicht etwa das Vorhandensein oder die Abwesenheit eines relativen Preises, die die Inthronisierung des Marktes und den Primat der Ökonomie begründen. Diese Dominanz gilt es zu brechen – in Wissenschaft, Politik und Medien. ■

☞ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Die aktuelle Zahl

von Claudia Bogedan

27,3

Elterngeldväter

27,3 Prozent der Väter nahmen 2011 ihr Recht auf Elterngeld in Anspruch. 2006 unmittelbar vor Einführung des Elterngeldes als Lohnersatzleistung waren lediglich etwa 3 Prozent der Anträge auf Elternzeit von Männern. Mehr als drei Viertel der Väter bezog das Elterngeld für maximal zwei Monate. Etwa 40.000 Väter jährlich nahmen seit Einführung des Elterngeldes 2007 mehr als die beiden Partnermonate in Anspruch. Neun von zehn Müttern bezogen dagegen das Elterngeld für ein Jahr. Im Vergleich zum Jahr 2007 hat sich der Anteil der Elterngeldväter von 15 Prozent fast verdoppelt. Als Lohnersatzleistung und mit den exklusiven Partnermonaten ist das Elterngeld attraktiv. Folglich haben auch Männer heute ein Vereinbarkeitsproblem: Wie lässt sich ihre (Vollzeit-)Erwerbstätigkeit mit ihren neuen Vorstellungen von Vaterschaft und Familie verbinden? Die Entscheidung für oder gegen Elternzeit von Vätern fällt im Spannungsfeld zwischen Familie und Beruf.

Die Übernahme der Kinderbetreuung durch Väter gehört bis hinein in die konservativen Milieus zu den veränderten Vorstellungen von Vaterschaft. Sie ist Teil eines neuen medialen und gesellschaftlichen Leitbildes. Nicht zwangsläufig ist damit eine Gleichstellung der Geschlechter verbunden. Denn bisherige Rollenbilder und Arbeitsteilungen erweisen sich als durchaus persistent. Ulrich Beck bezeichnete diese Beobachtung des männlichen Verhaltens vor mehr als zwei Jahrzehnten noch als „verbale Aufgeschlossenheit bei weitgehender Verhaltensstarre“. Forschungsergebnisse zeigen auch heute noch, dass die Geburt des ersten Kindes in vielen Partnerschaften zu einer Re-Traditionalisierung der

Arbeitsteilung führt. Das zeigt sich unter anderem in den im europäischen Vergleich sehr ungleich verteilten Arbeitszeiten zwischen Vätern und Müttern in Deutschland. Zur Teilzeit-Schule passt eben auch nur eine Teilzeitarbeit für die Mutti.

Gleichzeitig zeigt das Beispiel Elterngeld, dass es möglich ist, Verhaltensänderungen in Gang zu setzen. Staatliche Instrumente leisten hierbei einen wichtigen Beitrag. Auch deshalb ist das Betreuungsgeld eine furchterliche Fehlverteilung knapper staatlicher Mittel. Doch auch die Unternehmen können auf das Potenzial qualifizierter Frauen nicht mehr verzichten. Auch müssen sich Unternehmen auf die wachsende Gruppe von Vätern mit einer – wenn auch kurzfristigen – „Babypause“ einstellen.

Es muss daher sowohl um Fragen der künftigen Ausgestaltung von Elterngeld und anderen familienpolitischen Leistungen gehen als auch um die betrieblichen Möglichkeiten, Erwerbs- und Familienarbeit zu vereinbaren. Eine gleiche Verteilung der Aufgaben zwischen den Geschlechtern ist auch volkswirtschaftlich notwendig: zur Sicherung des Fachkräftebedarfs, zur eigenständigen Absicherung von Frauen und Schutz vor Altersarmut, zur Minderung von Belastungen im Erwerbsverlauf und der langfristigen Sicherung der Erwerbsfähigkeit sowie zur Stabilisierung der Sozial- und Steuersysteme, wenn Frauen vollwertige Beitragszahlerinnen werden. Zu einer familienfreundlichen und gleichstellungsorientierten Personalpolitik gehört ein Betriebsklima, das Beschäftigten die Thematisierung ihrer Fürsorgeaufgaben ermöglicht und diese in der Arbeitsorganisation berücksichtigt. ■

↳ Dr. Claudia Bogedan ist Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Bonn.

Nationale Schicksalsgemeinschaft oder europäische Zukunft?

Wolfgang Streecks paradigmatische Philippika verirrt sich

von Björn Hacker



Foto: www.fotolia.com, © Schlierner

Einer Gesellschaft, die sich von Krise zu Krise hangelt, geht im Eifer des ständigen Reagierens mitunter der Blick für das große Ganze abhanden. Wie erklärt sich, dass Bürger und Staaten ihr politisches Gestaltungspotenzial zugunsten marktlicher Erfordernisse seit bald 40 Jahren zunehmend einbüßen müssen? Warum kann eine deutsche Bundeskanzlerin heute ungestraft über eine marktkonforme Demokratie schwadronieren?

Dem Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln, Wolfgang Streeck, gebührt der Verdienst, eine lange überfällige Generalkritik an der Enteignung politischen Gestaltungsraums durch einen aggressiv auftretenden Kapitalismus formuliert zu haben. In seinem jüngst erschienenen Werk „Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus“ zeichnet er nach, wie es den Verfechtern

eines möglichst unregulierten Marktgeschehens seit den 1970er Jahren gelungen ist, den konsensualen, auf der sozialen Marktwirtschaft fußenden Gesellschaftsvertrag der Nachkriegszeit Stück für Stück zu demontieren, um ihn schließlich unter dem Gewand des Neoliberalismus verschwinden zu lassen. Auch wenn es sich stellenweise wie eine Verschwörungstheorie liest: Streecks Identifizierung dreier sich ablösender Phasen der Transformation mit den Merkmalen der Inflationierung der Geldmenge, der steigenden Staatsverschuldung und zuletzt der rapiden Privatverschuldung überzeugt. Nur so konnte es der Kapitaleseite gelingen, die erforderliche Zustimmung und Zeit zu kaufen, um – politisch angeführt von Reagan und Thatcher – den Korporatismus ebenso wie den Wohlfahrtsstaat zurechtzustutzen und Deregulierung und Individualisierung als Erfolgskonzepte zu preisen.

Fünf vor Zwölf auf dem Weg in den Konsolidierungsstaat

Mit der globalen Finanzkrise kommt die letzte Phase des Wandels vom Nachkriegskapitalismus zum Neoliberalismus zu einem jähen Ende. Doch der Beweis für die Nicht-Existenz perfekter, sich selbst regulierender Kapitalmärkte führte über die Rettung von Banken zurück zu einer explodierenden Staatsverschuldung. Dies allerdings, ohne auf das politische Mantra von Konsolidierung und Privatisierung zu verzichten. Streeck analysiert eine Entwicklung vom Steuerstaat zum Schuldenstaat, in dem das bereits im 19. Jahrhundert von Adolph Wagner formulierte Gesetz wachsender Staatsausgaben bei wachsenden Staatsaufgaben keinerlei Berücksichtigung mehr findet. Konsequenz und richtig ist entsprechend Streecks Kritik am Management der Krise in der Eurozone: Wenn das Vertrauen der Gläubiger wichtiger ist als die steuerliche Loyalität der Bürger, die Schuldenbedienungen relevanter als der Erhalt der Daseinsvorsorge, befinden wir uns kurz vor Vollendung der neoliberalen Revolution. Wir stehen am Übergang zum Konsolidierungsstaat, der seinen Bürgern verspricht, über fiskalische Disziplin Souveränität gegenüber den Märkten zurück zu gewinnen. Dieser nie erreichbare Zustand wird mittels intensiver Liberalisierungs- und Flexibilisierungspolitik angestrebt, deren Leitschnur überstaatliche, weitgehend automatisierte und parlamentarischer Kontrolle entzogene Regelwerke der *soft governance* sind, wie etwa die im Fiskalpakt verordneten Schuldenbremsen für alle Euro-Staaten.

Streecks Weitwinkelobjektiv verblüfft zunächst und lässt den Leser dann zustimmend nicken: Zumindest theoretisch könnte dies der Masterplan sein, durch den die freien Marktkräfte ihre Vorherrschaft über die gestaltende, demokratische Politik erringen wollen. Warum hat diese große Transformation bislang niemand so eindringlich beschrieben?

Warum werden wir erst fünf vor zwölf auf die soziologischen Gesamtzusammenhänge aufmerksam gemacht? Streeck wirft der Frankfurter Schule vor, das Spannungsverhältnis zwischen Gesellschaft und Kapitalismus in den Jahren 1968ff. allein auf eine bevorstehende Legitimationskrise hin untersucht zu haben. „Tatsächlich kam es genau umgekehrt: Nicht die Massen waren es, die dem Kapitalismus der Nachkriegszeit die Gefolgschaft versagten und ihm dadurch ein Ende setzten, sondern das Kapital in Gestalt seiner Organisationen, Organisatoren und Eigentümer“ (S. 41). Dieser Hinweis auf einen blinden Fleck im kritischen Theoriegebäude ist ehrenvoll, doch staunt man, wie Wolfgang Streeck plötzlich selbst zum Vertreter dieser Schule avanciert, der Herrschaftsverhältnisse aufdeckt und die ökonomistische Zweckbestimmung des Individuums als Irrweg und Gefahr erkennt. Denn das war nicht immer so.

Der Dritte Weg als Katalysator der Krise

Ende der 1990er Jahre formulierte Streeck bereits eine ähnliche Kritik transnationaler Landnahme demokratischer Prinzipien durch das immer freier und immer schneller um die Welt vagabundierende Kapital und seiner politischen Helfershelfer. Seine damals empfohlene Lösung zur Bändigung der ökonomischen Globalisierung war die Befähigung des Individuums, sich in der neuen Marktwelt selbständiger und ohne die tradiert umfangreichen Leitplanken des Korporatismus und der Wohlfahrtsstaatlichkeit zurecht zu finden. Kommt Ihnen bekannt vor? Ist es auch. Wolfgang Streeck gehörte seinerzeit zu den Beratern des Bundeskanzlers Schröder und kann mit seinem Plädoyer für eine stärkere Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und einen Niedriglohnssektor als ein Vordenker der Agenda 2010 bezeichnet werden. Sein heutiges kritisches Urteilsvermögen wäre damals vonnöten gewesen, als er den angeblich unausweichlichen institutionellen Umbau des deutschen Wohlfahrtsstaats gegen einen – so

wörtlich – „Vulgär-Keynesianismus“ in Form eines Aufbäumens gegen den internationalen Wettbewerb um immer niedrigere Löhne und Lohnnebenkosten meinte verteidigen zu müssen (vgl. der Beitrag von Streeck und Rolf Heinze „An Arbeit fehlt es nicht“ in: *Der Spiegel* vom 10.05.1999, S. 38ff.).

Dass der von Anthony Giddens und vielen anderen Wissenschaftlern propagierte und von Tony Blair und Gerhard Schröder gekaufte „Dritte Weg“ als Katalysator der heute von Streeck kritisierten Machtzunahme der Kapitaleseite gedient hat und so zur Vorbedingung für die aktuelle Krise wurde, indem Arbeitsmärkte flexibilisiert, Sozialsysteme entsolidarisiert und Gewerkschaftsmacht beschnitten wurden, müsste in einer ehrlichen Bilanz der Krise des demokratischen Kapitalismus, wie sie die „Gekaufte Zeit“ versucht, enthalten sein. Es wäre auch kein Gesichtsverlust, sich als Wissenschaftler – gleiches gilt für Politiker – weiterzuentwickeln, Sachverhalte neu zu bewerten, eigene Fehlannahmen einzugehen: Kritische Theorie im Selbstversuch. Streeck macht dies nicht und schweigt sich aus zu seiner eigenen Rolle bei der Befeurung der neoliberalen Transformation. Stattdessen verortet er in der zunehmenden Internationalisierung und speziell im Prozess der europäischen Integration die Triebfeder allen Übels der Liberalisierung.

Um die konstitutionelle Asymmetrie des europäischen Integrationsprozesses glaubhaft zu beschreiben, muss man nicht wie Streeck bei Friedrich von Hayek im Jahr 1939 nachblättern, um dann martialisch eine „rapide voranschreitende parallele Entdemokratisierung der Ökonomie und Entökonomisierung der Demokratie mit dem Ziel einer institutionalisierten Hegemonie der Marktgerechtigkeit“ (S. 147f.) konstatieren zu können. Schon an den beiden größten Integrationsprojekten des einheitlichen Binnenmarktes und der gemeinsamen Währung lässt sich die ökonomische Schlagseite der EU ablesen. Denn

dieser Form der Marktschaffung auf supranationaler Ebene steht wenig an transnationaler Solidarität im Sinne der Marktgestaltung und -korrektur gegenüber. Es war und ist für die Mitgliedstaaten immer einfacher, sich auf die Abschaffung von Handelshemmnissen zu einigen, als gemeinsame politische Institutionen und Verfahren neu aufzubauen. Jüngere Urteile des Europäischen Gerichtshofs haben eine Priorität der vier Binnenmarktfreiheiten über nationalen Arbeitnehmerschutz erkennen lassen und von den Maastricht-Kriterien über den Stabilitäts- und Wachstumspakt bis hin zur heutigen Austeritätspolitik hat der Euro die Ausrichtung nationaler Wirtschaftspolitik in hohem Maße beeinflusst und in eine liberale Richtung gelenkt. Und während Wettbewerbssteigerung und Konsolidierungspolitik zum höchsten Ziel der Integration erhoben werden, bleibt der Fortschritt an anderer Stelle marginal: Nach dem gescheiterten *Makroökonomischen Dialog* gibt es keinen neuen Anlauf für eine wirksame Koordinierung von Wirtschaftspolitiken abseits der haushälterischen Budgets, es fehlen Mindestniveaus für Steuern und Sozialpolitiken ebenso wie eine soziale Fortschrittsklausel. Streeck kritisiert das Ungleichgewicht von negativer und positiver Integration zu Recht und auch seine Bewertung der Krisenpolitik sticht in vielen Einzelpunkten. Aber anstatt die Desiderate europäischer Politikgestaltung aktiv einzufordern, also das Ungleichgewicht durch einen Ausbau der politischen Integration zu beheben, entscheidet sich Streeck für ein „roll back“.

Falscher Glaube an die Segnungen des souveränen Nationalstaats

Die Vorstellung einer Demokratisierung und gemeinsamen politischen Einhegung der Marktmächte gelingt Streeck nicht: zu einseitig sei die Integrationsrichtung auf ein autoritäres und neoliberales „Durchregieren“ getrimmt; zu different seien die gewachsenen nationalen Unterschiede zwi-

schen den Mitgliedstaaten; zu gefährlich die Sprengkraft regionaler Sonderbedingungen und Autonomiebestrebungen; zu groß die Überforderung einer zur Nivellierung führenden Transfergemeinschaft. Die Verdammung des „marktexpandierenden Rationalisierungsprojekts“ Währungsunion (S. 205) gerät Streeck so sehr zur Herzensangelegenheit, dass er das Kind mit dem Bade ausschüttet. Er möchte zurück in die angebliche Behaglichkeit gegen äußere Einflüsse geschützter nationaler Demokratien, Wohlfahrtsstaaten und Volkswirtschaften. Die Nationalstaaten sollen durch einen Rückbau der Währungsunion soweit instand gesetzt werden, dass sie als „Bremsklötze auf dem abschüssigen Weg in den demokratiefreien Einheitsmarktstaat“ dienen können (S. 256). Hauptinstrument der postulierten wiedererlangten Souveränität der Nationalstaaten soll die Abwertung der wieder eingeführten einzelstaatlichen Währungen sein. Denn in ihrer Abschaffung findet Streeck den Sündenfall des Euroregimes. Sein Loblied auf die Abwertung, die er durch ein „europäisches Bretton Woods“ als System flexibel anpassbarer fester Wechselkurse ermöglicht sehen möchte, bei Bedarf auch mit Erhalt des Euro als Korbwährung und vielleicht auch mit Kapitalverkehrskontrollen, zeugt von wenig Sachverstand und ist geschichtsvergessen.

Denn das Europäische Währungssystem EWS, zu dem Streeck faktisch zurück möchte, war in den 1990er Jahren alles andere als ein Erfolgsmodell. Es ist letztlich an den gleichen nationalen Egoismen zerschellt, an denen heute die Eurozone leidet, als der Währungshegemon Deutschland die Geldpolitik anderer Länder mitbestimmt hat. Warum sollte dies heute anders sein? Der Euro war auch eine Antwort zur Einhegung der Währungsspekulationen, die damals viele Staaten getroffen haben und Großbritannien ganz aus dem EWS herauskatapultierten. Wie aber könnte die Wiederermöglichung der Devisenmarktspekulation die von Streeck iden-

tifizierten Marktmächte in ihre Schranken verweisen; zumal sich das Volumen der Devisenmarkttransaktionen in den letzten zwei Jahrzehnten vervielfacht hat? Es ist naiv zu glauben, dass ein Abwertungswettkampf die ökonomischen Ungleichgewichte in Europa verringern und den Staaten aus der Krise helfen würde. Wenn Streeck darüber rätselt, warum „auch die Regierungen derjenigen Länder am Euro festhalten, die bisher von ihm nichts gehabt haben als Schulden“ (S. 206), täte er gut daran, sich vor Augen zu führen, dass die Verteuerung von Importen im Zuge einer Währungsabwertung nicht nur Konsumgüter und damit ein von ihm beschriebenes krudes Bündnis zwischen Staatsapparaten und städtischer Mittelschicht träfe, sondern über Industrie, Energie und Transport die Wirtschaft in ihrer Breite.

Auch haben weder Wolfgang Streeck noch andere Rufer nach einem „Ende mit Schrecken“ der Währungsunion statt einem angeblichen „Schrecken ohne Ende“ – von der neuen Partei *Alternative für Deutschland* bis zu Oskar Lafontaine – einen überzeugenden Plan vorlegen können, wie die verheerenden Konsequenzen einer Auflösung des Euroraums zu umgehen wären. Wenn der Euroausstieg für die Krisenstaaten zur ernsthaften Option würde, wären sie schön blöd, wenn sie sich in der zu erwartenden radikalen Abwertung ihrer neu eingeführten Währungen zum braven Abstottern ihrer zugleich explodierenden Staatsschulden aus Eurozeiten verpflichten würden. Man braucht nicht viel Phantasie um vorherzusehen, dass die Altschulden nicht mehr bedient würden, was zum Verlust des Auslandsvermögens der heute solvent geltenden Länder führen und zahlreiche Finanzinstitute kollabieren lassen würde. In der zu erwartenden langen Periode wirtschaftlicher Depression wären alle Staaten Verlierer und ein neuer Protektionismus würde auch den Binnenmarkt empfindlich treffen. Es mag keine hinreichende Bedingung für die Einführung einer Gemeinschaftswährung in der EU

geben, doch die Verteidigung des einmal geschaffenen Euros ist keine elitäre Konsensformel „politisch-moralischer Staatsraison“ (S. 206), sie folgt schlicht der Überzeugung, dass seine Abschaffung die Krisenphänomene nur verstärken und neue, gravierendere Probleme schaffen würde. Der Glaube an die Wunderwaffe der monetären Abwertung kollidiert auch mit dem von Streeck selbst angeführten Beispiel Schwedens, das sich ohne Mitglied der Eurozone zu sein, einer Art permanenten Austerität verschrieben habe. Es ließen sich Großbritannien und eine Reihe mittel- und osteuropäischer Staaten hinzufügen, die über das Abwertungsinstrument verfügen und dennoch der „Marktreigion“ (S. 239) erliegen.

Vorwärtsverteidigung für ein demokratisches Europa statt Defätismus

Der Fehler in Streecks Denkschablone ist der Defätismus gegenüber den Möglichkeiten einer transnationalen Einhegung der von ihm zu Recht kritisierten Marktmächte. Da er das „Marktvolk“ mit Internationalität und das zurückersehnte „Staatsvolk“ mit Nationalität konnotiert, bleibt ihm nur der Glaube an die Fiktion fiskalischer Souveränität des Nationalstaats. Dagegen sind Pläne zur Errichtung einer „politischen Union“ als Demokratisierungsprojekt der EU für Streeck nichts anderes als der direkte Weg in den „unitarisch-jakobinischen“ Einheitsstaat (S. 243). Doch seine Argumente sind nicht stichhaltig: Weder sind die Asymmetrie und das demokratische Defizit des Integrationsprozesses gottgegeben und unkorrigierbar, noch müssen oder sollen in einer enger werdenden Gemeinschaft sämtliche wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Unterschiede eingeebnet werden. Die Verweise auf das Nord-Süd-Gefälle in Italien und das Ost-West-Gefälle in Deutschland als Beweise für nicht funktionierende Wirtschaftsprogramme kann man argumentativ auch umdrehen: Die Integrität beider Staaten ist trotz allem nicht zu bezweifeln. Der von

Streeck formulierte Glaube an die angeblich „eigen-artigen wirtschaftlichen Lebens- und Schicksalsgemeinschaften“ (S. 247), die historisch gewachsen unvereinbar nebeneinander stünden, lässt alle Hoffnung fahren, jemals außerhalb der (doch nur künstlich errichteten) nationalen Grenzen zu einer paneuropäischen Politik zusammen zu finden. Sein Hohelied der nationalen Selbstbestimmung im Gewand der Marktkritik versammelt sich um ein Feuer, das längst nicht mehr wärmt: In einer Welt zunehmend transnationaler Probleme und Risiken lassen sich keine nachhaltigen Antworten in den engen Grenzen des Nationalstaats formulieren.

Wirtschaftliche, soziale, umwelt- und klimabezogene, außen- und sicherheitspolitische Themen werden in der längst interdependenten Welt von den Europäern – ob mit oder ohne Euro – auf supranationaler Ebene behandelt werden müssen. Dem kann man sich natürlich – wie Wolfgang Streeck – aus Angst vor der Überwindung des Nationalstaats „auf den Ruckschößern kapitalistischer Marktexpansion“ (S. 255) und im Zweifel an der Möglichkeit einer supranationalen Demokratie verweigern. Besser wäre es jedoch, die Fehlentwicklungen der Vermarktlichung unserer Gesellschaft und Demokratie zu korrigieren und für ein anderes, ein soziales und demokratisches Europa zu streiten. Die politische und demokratische Union zur Vollendung und Korrektur der Wirtschafts- und Währungsunion kann aber nur in der Vorwärtsverteidigung errungen werden. In der Einleitung der „Gekauften Zeit“ bezeichnet Streeck sein eigenes defätistisches Konzept zur Abwicklung der Währungsunion als „nicht sehr realistischen Vorschlag“ (S. 8). Wenn es ihm nur um die Rolle des *agent provocateur* ging, so ist ihm das gut gelungen. ■

☞ Dr. Björn Hacker ist Referent für europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin.

Das Jahr der Genossenschaften – „Das Wir statt Ich“ wächst!

von Ernst Dieter Rossmann, Carsten Sieling und Tim Rohardt

Foto: www.fotolia.com, © Mirko Raatz



Manch Totgesagte leben länger. Und sie entwickeln dabei neue Energien und neue Ideen. So geht es auch den Genossenschaften. Von vielen im Zeiten des Turbo - Kapitalismus schon als Dinosaurier abgetan, ist diese klassische Alternative alternativen Wirtschaftens theoretisch, politisch-programmatisch wie praktisch auf dem Weg, wieder populärer zu werden. Eine wachsende Zahl von Menschen verwirklicht sozial-ökologische Alternativen gemeinschaftlichen Wirtschaftens inzwischen mit einer Genossenschaftsgründung. Entsprechend titelte die Wirtschaftswoche am 27.8.2012: „Wir statt Gier – die wundersame Renaissance der Genossenschaften“.

Ausschlaggebend für diese Renaissance ist wohl die soziale bzw. alternative Zweckorientierung dieser Betriebsform, mit der jenseits der Profitorientierung ein gemeinsamer Nutzen gleichberechtigt und solidarisch für alle Beteiligten erzielt wird. In der Bevölkerung genießen genossenschaftliche Unternehmen jedenfalls ein ausgesprochen positives Image. Laut einer Um-

frage der Nürnberger GfK im Auftrag der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster kennen und schätzen die Deutschen Genossenschaften und halten sie mehr denn je für zeitgemäß.¹ Dazu mag beigetragen haben, dass die Genossenschaftsbanken beispielsweise ohne jede Staatshilfe durch die Krise in 2008/9 gekommen sind. Standard & Poors hat die Genossenschaftsbanken in der Krise sogar aufgewertet.

Das programmatische Potential

In der Grundsatzprogrammatische der SPD war die Genossenschaftsidee zum Glück nie ganz verschwunden. Wo im Godesberger Programm von 1959 von „Unternehmen der freien Gemeinwirtschaft“ gesprochen wird, finden sich im Berliner Programm von 1989 wie im Hamburger Programm von 2007 immerhin die „Genossenschaften“ auch als Begriff in kurzen Erwähnungen. Aber ein zentraler Diskurs über die

¹ Siehe: Theresia Theurl (2012) <http://www.wiwi.unimuenster.de/o6//toplinks/medienecho/2012/material/lr-01-2012beitraggenossenschaften-heutetheurl.pdf>, 10.3.2013)

Perspektiven des Genossenschaftsmodells ist in der SPD und auch in ihrer Linken lange nicht mehr geführt worden. Dies muss sich ändern. Wir haben gerade in der aktuellen Legitimationskrise des Shareholder-Kapitalismus die Chance, die genossenschaftlichen Ideen und Werte in der öffentlichen Diskussion zu verstärken und konkrete Politik für das Genossenschaftsmodell zu machen. Als Parlamentarische Linke in der SPD-Bundestagsfraktion haben wir über das Jahr der Genossenschaften 2012 hinaus mit einer Ad-hoc Arbeitsgruppe² hierzu Ideen und Initiativen entwickelt. Unsere Aktivitäten spiegeln sich auch im Regierungsprogramm 2013 unserer Partei wider. Und auch die ganz konkrete Facharbeit hebt im Detail intensiver auf die Förderung der Genossenschaften ab als es lange geschehen ist. Das letzte Beispiel hierfür: im Zuge der Anpassung des Kapitalanlagegesetzes an Vorgaben der EU-Kommission zur Regulierung von alternativen Finanzanlagen haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass Genossenschaften von den für bspw. „Bürgerwindparks“ unerfüllbaren Auflagen nicht erfasst werden. Damit gewinnen Genossenschaften Gewicht bei der Realisierung der Energiewende.

Was fehlt, ist gleichwohl eine breit angelegte systematische Debatte um das Genossenschaftsmodell in der Gegenwart und eine konkrete Schwerpunktsetzung, an welchen Schlüsselstellen politisch-operativ anzusetzen ist.

Schlüsselstellen für eine andere Politik

Schon der Anfang ist bei Genossenschaften kompliziert. Im Vergleich zur GmbH wirken die hohen Rechtsformkosten und der erhebliche bürokratische Aufwand zwischen Initiative und Eintragung beim Registergericht oft abschreckend. So kommt die Gründung von Kapitalgesellschaften ohne die bei Genossenschaften vorgesehene Pflichtprüfung aus. Hinzu kommt,

2 Die Gruppe bestand im Kern aus VertreterInnen der Gründungswirtschaft, des Zentralverbandes der deutschen Konsumgenossenschaften, der HWR Berlin, sowie dem Entwicklungsbüro für Arbeit und Umwelt (tamen).

dass Genossenschaftsgründer gegenwärtig noch dadurch benachteiligt sind, dass sie, wenn überhaupt, nur unter Schwierigkeiten eine Gründungsförderung erhalten. Die Förderprogramme (Gründercoaching, Gründungszuschuss, Gründerkredit, KfW-Programmlinien) zielen auf die Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit durch einen einzelnen Unternehmensgründer, z.B. als Mehrheitsgesellschafter einer Kapitalgesellschaft ab, der persönlich haftbar gemacht werden kann. Genossenschaftsgründungen passen bisher nicht in die existierenden Förderungsmuster. Insbesondere die Gründungsförderung und Beratung allgemein muss auf die Besonderheit des Genossenschaftswesens angepasst werden.

Aber auch für schon für bestehende Genossenschaften gibt es Hindernisse, die einer Absicherung und Verbreiterung ihres Wirtschaftsmodells entgegenstehen. So ist es für Genossenschaften nicht möglich, Kredite ihrer Mitglieder aufzunehmen. Diese historische Finanzierungsquelle hat die Genossenschaften in Deutschland vor 1933 seinerzeit groß gemacht – beispielsweise die Wohnungsgenossenschaften oder die Konsumgenossenschaften. Mitgliederdarlehen haben Investitionen der Genossenschaften ermöglicht, die einzelne niemals hätten verwirklichen können. Eine Genossenschaft, die heute Darlehen ihrer Mitglieder aufnehmen möchte, betreibt Bankgeschäfte nach dem Kreditwesengesetz und muss alle Voraussetzungen erfüllen, die danach erforderlich sind. Nur sind Genossenschaften eben keine Banken und sollten auch nicht auf diese Kriterien verpflichtet sein.

Neue Rechtsformen und die Idee zum „Public-Citizen-Partnership“

Auch wird es notwendig sein, die Grundidee der Genossenschaften weiter zu entwickeln und auf neue soziale und wirtschaftliche Bedürfnisse abzustellen. Im Antrag der SPD-Bundestagsfraktion (Drs. 17/0076) heißt es dazu: „Die Rechtsform der Genossenschaft hat großes Potential

für gemeinschaftliche Existenzgründungen und Sozialunternehmen, wie z.B. Kitagründungen. Gerade in der Kultur- und Kreativwirtschaft könnte die Gesellschaftsform Potentiale verstärken und eine einfache und gesicherte gemeinschaftliche Finanzierungsbasis schaffen.“

Deshalb ist es eine gute Idee, eine einfacher strukturierte so genannte „Kooperativgesellschaft“ neben der bisherigen Rechtsform der Genossenschaft einzuführen. Eine kleine Genossenschaft, die manchen historisch gewachsenen Einschränkungen der Genossenschaft nicht unterläge und keine externe Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse benötigte, könnte ein großer Erfolg für mehr soziale Gründungen in Deutschland sein. Außerdem sollte es auch der Kooperativgesellschaft künftig erlaubt sein, in begrenztem Umfang Kredite ihrer Mitglieder aufzunehmen.

Die typische Förderstruktur von sozialen Modellprojekten endet nach 3 Jahren, schreibt Projekt- und Budgetpläne vor und wird nicht mit Beratung zur Organisationsentwicklung flankiert. Gezielte Anschlussfinanzierung für erfolgreiche innovative Projekte gibt es kaum: Drei Jahre nach dem Start folgt das „Tal des Todes“. Für Modellförderung sind solche Initiativen bereits „verbrannt“, für Langfristfinanzierung noch zu instabil. Neue Initiativen und lokale Akteure sollte deshalb ein stabiler Handlungsrahmen ermöglicht werden, der auch in der Rechtsform der Genossenschaft bzw. der kleinen Kooperativgesellschaft liegen könnte.

Von der Sozialdemokratie forciert werden sollte vor dem Hintergrund der Genossenschaftsidee im Rahmen der Rekommunalisierungsdebatte auch ein interessanter Gegenentwurf zum Modell des „Public-Private-Partnership“, nämlich das Modell einer „Public Citizen Partnership“ (PCP). Hierbei erhalten Bürger/innen in kommunalen Betrieben Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte in Verbindung mit den breit legitimierten kommunalen gewählten Politikern/innen, die

bei reinen Privatisierungslösungen verloren gehen.³

Die Genossenschaftsidee in der Unternehmensnachfolge

In der gemischten Ökonomie der Zukunft sind Ideen und Methoden aus dem Genossenschaftssektor auch für die traditionellen Unternehmensformen und klassische arbeitsmarktpolitische Instrumente verstärkt fruchtbar zu machen. So sind die in Deutschland verfolgten Konzepte zur Sicherung der Beschäftigung wie Sozialpläne und Transfergesellschaften ergänzungsfähig.

Die Weiterführung von Betrieben durch Belegschaften kann einen solchen genossenschaftsinspirierten Pfad darstellen, um das zentrale Ziel der Sicherung von Beschäftigung in ökonomischen Krisensituationen zu erreichen (Klemisch, Sack, Ehrsam (2010)). Aktuell immer noch bekannter, weil systemkonformer im Kapitalismus als die Übernahme eines Unternehmens durch die gesamte Belegschaft als Employee-Buy-Out (EBO) ist der Management-Buy-Out (MBO). Der „Employee-Buy-Out“ stellt aber eine langfristige „krisenunabhängige“ Übernahme und Beteiligungsstrategie dar, die vom Insolvenzfall abgegrenzt gehört. In diesem Zusammenhang ist auch auf die Mitteilung der EU-Kommission von Juli 2002 über die „Rahmenbedingungen für die Förderung der finanziellen Beteiligung der Arbeitnehmer“ hinzuweisen (KOM(2002) 364 vom 5.7.2002.).

Ein Beispiel für ein entsprechendes System ist die kollektive Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmensergebnis und die Vermögensbildung zugunsten einer Arbeitnehmergenossenschaft bspw. durch geförderte Ansparmöglichkeiten, so dass gegebenenfalls die Übernahme des Unternehmens durch die Arbeitnehmer finanziert werden kann. Hierbei lohnt auch der

³ Siehe hierzu: Reiner, Rößl, Weismeier-Sammer, „Public Citizen Partnerships“, in: Cooperative 3/10: http://www.wu.ac.at/ricc/riccboard/presse/cooperativ_3_10.pdf

Blick in andere Länder und hier zumal nach Italien mit seiner syndikalistischen Tradition. Hier existiert z.B. seit 1985 mit dem Marcora-Gesetz ein überzeugendes und in der Praxis erfolgreiches Konzept für Belegschaftsübernahmen bei drohenden Betriebsschließungen, das auch in Deutschland zumindest für klein- und mittelständische Unternehmen (KMU) ein Erfolgsmodell werden könnte (Roelants 2008). Auf Basis des Marcora-Gesetzes operiert in Italien eine Risikokapital-Beteiligungsgesellschaft, die selbst eine Genossenschaft ist und von 300 bestehenden Produktionsgenossenschaften gegründet wurde. Die Finanzgesellschaft CFI wird jeweils - zeitlich begrenzt - finanzierendes Mitglied der aus der Insolvenz hervorgehenden Produktivgenossenschaft⁴.

Auch in Deutschland gibt es wegweisende Initiativen in diese Richtung. Die Landesregierung NRW unterstützt mit Beratungsleistungen im Rahmen der regionalen Strukturpolitik gezielt Förderprogramme, die sich explizit auch auf die Beratung von Belegschaftsinitiativen beziehen. Etwa 10 Prozent der jährlichen Unternehmensübertragungen, das sind ca. 1.600, erfolgen in NRW an einen oder mehrere Mitarbeiter (Kaiser/Wallau 2006). In der Verfassung des Landes NRW, Art. 28, heißt es: „Die genossenschaftliche Selbsthilfe ist zu unterstützen“.

Eine solche Bestimmung fehlt leider im Grundgesetz. Aber das darf nicht davon abhalten, auch bundeseitig gesetzgeberisch tätig zu werden. Denn Voraussetzung für mehr Erfolg von Belegschaftsinitiativen ist die Änderung wichtiger einschlägiger Rahmenbedingungen. An erster Stelle ist hier zu nennen ein Insolvenzrecht, das die Fortführung von Unternehmen oder Teilen derselben durch die Belegschaft - bei belastbarem Sanierungskonzept mit positiver Fortführungsprognose - fördert und den dauerhaften Erhalt der Arbeitsplätze gleichberechtigt neben den Gläubigerschutz stellt.

⁴ Siehe: <http://www.betriebe-in-belegschaftshand.de/international/italien/marcora-1.html>, 8.3.2013)

Die Idee in Wissenschaft und Lehre verankern

Was sich in den Ursprüngen der Genossenschaftsbewegung sehr elementar und vielfältig - praktisch und auch widerständig gegen ökonomische Umbrüche entwickelt hat, bedarf in den modernen Zeiten nicht zuletzt eines organisierten Unterbaus in Ausbildung und Wissenschaft. Die insbesondere von den genossenschaftlichen Prüfverbänden bzw. genossenschaftlichen Bildungseinrichtungen angebotenen Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen im Genossenschaftsrecht reichen hier nicht aus. Eine breit angelegte allgemeine Vermittlung der Rechtsform Genossenschaft in der Lehre der Unternehmensformen auch an Hochschulen und Universitäten, insbesondere in wirtschafts- und rechtswissenschaftlichen Studiengängen, muss das Ziel sein. Auch die ökonomische Forschung bedarf endlich einer erweiterten Ausrichtung. Neue Formen der ökonomischen Kooperation und das Arbeiten mit einer anderen Hierarchielogik und Zwecksetzung als der von Kapitalgesellschaften sind Inhalte, die eine längst überfällige gesellschaftliche Auseinandersetzung und damit auch wissenschaftliche Debatte erfordern. Dieser Diskurs ist von der linken Sozialdemokratie mit Vehemenz einzufordern. Denn wenn die Linke in der SPD es nicht tut, wird es kein anderer tun. ■

Literatur:

- Kaiser, G./ Wallau, F. (2006) Der Mittelstand: Rückgrat der NRW Wirtschaft, in: Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen: (Hg.) Wirtschaft in NRW 2006, Düsseldorf
- Roelants, B (2008) Italiens Marcora Gesetz – Durchbruch für Genossenschaften aus Krisenbetrieben, in: Giegold, S./ Embshoff, D.(Hg.): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus, Hamburg
- Klemisch, Sack, Ehrsam (2010) Betriebsübernahme durch Belegschaften - Eine aktuelle Bestandsaufnahme - Studie im Auftrag der Hans Böckler Stiftung KNI PAPERS 02 / 10

☞ Tim Rohardt (35) ist Politikwissenschaftler, Co-Geschäftsführer der PL in der SPD-Bundestagsfraktion, Lehrbeauftragter an der HWR Berlin für politische Ökonomie und strategisches Management.

☞ Dr. Ernst Dieter Rossmann ist Bundestagsabgeordneter, Mitherausgeber der spw und Sprecher der Parlamentarischen Linken.

☞ Carsten Sieling ist Bundestagsabgeordneter, Mitglied im Parteivorstand der SPD, Mitherausgeber der spw und stellvertretender Sprecher der Parlamentarischen Linken.

Energiewende für kommunale Energieversorger. Chance oder Risiko?

von Sabine Poschmann und Philipp Hoicke

Foto: www.photocase.de, © utzdohl



Die Energiewende ist eine der wichtigsten Aufgaben, welche die Politik in den kommenden Monaten angehen muss. Sie wird neben der Finanzkrise das Thema der kommenden Bundestagswahl sein. Die Umgestaltung der Energielandschaft in einer der führenden Industrienationen ist bislang ein einmaliges Konzept und wirkt sich dabei auf jeden Bereich der deutschen Energiewirtschaft aus.

Inmitten dieser Umbrüche stehen kommunale Stadtwerke. Sie besitzen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger der Städte und sind vor Ort vernetzt. Viele Kommunen versuchen nun, die Energieversorgung wieder in kommunale Hand zu bekommen. Zum einen geschieht dies durch den Erwerb von Konzessionen und zum anderen durch die Gründung eigener kommunaler Energieversorger. Doch welche Chancen haben sie, in den Wirren der Energiewende nicht unterzugehen und sich gegen die großen Energieversorger zu behaupten?

Deutschland ist weltweit bislang das einzige Land, das einen Umbau des eigenen Energiesystems in diesem Maße vorangetrieben hat. Daher können wir nicht auf gute Beispiele aus anderen Staaten zurückgreifen, sondern sind selber Vorbild für andere. Durch die Energiewende gestaltet sich unser Energiesystem von einem zentralen hin zu einem dezentralen System mit einem immer stärker wachsenden Anteil Erneuerbarer Energien. Diese können im Gegensatz zu Großkraftwerken den Strom nachhaltiger und dezentraler, also näher am Verbraucher, erzeugen. Trotz der begonnenen Energiewende und des Atomausstiegs wird die deutsche Energielandschaft noch immer von vier großen Versorgern dominiert. Doch die Marktbeherrschung gerät langsam ins Kippen. Daran haben die tief greifenden Veränderungen der Energiewende und des Atomausstiegs ihren wesentlichen Anteil.

Der Energiemarkt hat in der Vergangenheit eine starke Neuausrichtung erfahren. Mit der Liberalisierung des Strommarktes Ende der

1990er Jahre und der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes kann jeder Kunde frei auswählen, von welchem Energieversorger er seinen Strom beziehen will. Außerdem ist es Stromanbietern nun erlaubt, ihre Produkte überregional anzubieten. In den Medien und bei Energie-Experten konnte man zu diesem Zeitpunkt bereits von einem „großen Sterben der Kommunalen Energieversorger“ lesen, da sie als nicht bzw. zu wenig konkurrenzfähig galten. Doch sie haben überlebt und sich erfolgreich in der Region und in den Kommunen behauptet. Die Energiewende und der Atomausstieg bilden nun eine weitere, tief greifende Zäsur des Energiemarktes. Wen wundert es da, dass in dieser Zeit wieder der Niedergang der kommunalen Energieversorger vorhergesagt wird. Doch die Energiewende ist die Chance der kommunalen Versorger, weiterhin ein Erfolgskonzept zu bleiben.

Erst kürzlich hat eine Umfrage im Auftrag der Zeitung für Kommunalwirtschaft (ZfK) in Verbindung mit der Personalberatung LAB & Company, Düsseldorf, rund 900 Branchenexperten aus dem Bereich der Energiewirtschaft über die aktuellen Unternehmensmodelle der großen Energieversorger (Eon, RWE, EnBW und Vattenfall) befragt. Das Ergebnis war so deutlich wie vernichtend: rund 70 Prozent der Befragten attestierten den „Großen Vier“ ein nicht überlebensfähiges Geschäftsmodell. Einen wesentlichen Grund hierfür sehen die Befragten vor allem in der Tatsache, dass die Energieriesen viel zu lange die Energiewende als Bedrohung angesehen haben. Zwar verfügen sie noch immer über eine dominierende Marktstellung und bedeutende finanzielle Mittel, nur haben die Energiekonzerne ihre Mittel bislang in die falschen Projekte investiert.

Im Gegensatz dazu haben sich die kommunalen Energieversorger als Vorreiter der Energiewende präsentiert. In enger Kooperation mit den Kommunen haben sie vielerorts Klimakonzepte für eine nachhaltige Umge-

staltung der Städte und Ballungszentren erarbeitet und sich als verlässlicher Partner der Energiewende bewiesen. Denn die Energiewende ist im Wesentlichen eine kommunale Aufgabe, die direkt vor Ort und mit den Bürgerinnen und Bürgern umgesetzt werden muss. Wenn man einen Blick auf die Ausbuzahlen der Projekte im Bereich der Erneuerbaren Energien wirft, stellt man schnell fest, dass gerade die kommunalen Unternehmen ihre Erzeugung im regenerativen Bereich erheblich gesteigert haben. Dagegen setzen die Großen Vier noch immer auf die Verstromung von konventionellen Energieträgern. Das eigentliche Geschäftsmodell von RWE, Eon und Co wird durch eigene Projekte der Erneuerbaren Energien nicht verändert - bestenfalls grün angestrichen.

Kommunal verpflichtet

Bei der Bezeichnung kommunaler Energieversorger stellt sich die Frage nach der Definition des Begriffs: handelt es sich hierbei um ein Unternehmen, dessen Anteile sich mehrheitlich in kommunalem Eigentum befinden und deshalb dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Oder haben sich die Unternehmen durch einen in der Vergangenheit immer höheren Privatisierungsgrad doch eher die Gewinnmaximierung zum Ziel gesetzt. Beides ist zutreffend. Der Unterschied zu rein privaten Versorgern ist gerade in den letzten Jahren stark sichtbar geworden. Auch wenn ein Teil der Gewinne an private Anteilseigner ausgeschüttet wurde, ist doch der größere Teil dem kommunalen Haushalt zu Gute gekommen. Zudem besteht die Möglichkeit der Quersubventionierung des öffentlichen Personennahverkehrs, Schwimmbädern oder er diene zur Erschließung von neuen Baugebieten. Aus diesem Grund war und ist es sinnvoll mit dem zur Verfügung stehenden Kapital gewinnbringend zu wirtschaften. Dabei haben sich die Unternehmen nicht auf ihren alten Pfründen ausruhen können, sondern haben sich den veränderten Marktgegebenheiten angepasst und konnten durch in-

terne Restrukturierungsprozesse kleiner werdende Gewinnmargen auffangen. Zudem sind die kommunalen Energieversorgungsunternehmen zum einen ein zuverlässiger Partner und Auftraggeber für das örtliche Handwerk und den Mittelstand und zum anderen ein sicherer Arbeitgeber in der Region. Die Nähe zur Kommune, zu Bürgerinnen und Bürgern und zum Standort verpflichtet, deren Belange bei unternehmerischen Entscheidungen zu berücksichtigen.

Regionale Netzwerke schaffen

Ein wesentlicher Faktor für die erfolgreiche Entwicklung kommunaler Versorger ist deren Verankerung in der Region. Sie genießen in der Regel ein hohes Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber den großen Energiekonzernen. Dieses resultiert in erster Linie aus der regionalen Verankerung des jeweiligen Unternehmens. Besonders in Zeiten, die durch einen breiten Vertrauensverlust in die allgemeinen Wirtschafts- und Finanzsysteme gekennzeichnet sind, genießen kommunale Unternehmen bei den meisten Bürgerinnen und Bürgern einen höheren Vertrauensvorsprung, da sie in besonderer Weise für das Gemeinwohl und eine soziale Marktwirtschaft eintreten. Dennoch kann sich kaum ein Stadtwerk erfolgreich im Energiemarkt behaupten, wenn der eigene „Aktionsradius“ an der jeweiligen Stadtgrenze endet. Daher sind sie gezwungen, regionale Kooperationen einzugehen um neue Märkte zu erschließen. Dabei bietet die Verbindung zur jeweiligen Region das eigentliche Erfolgskonzept. Denn Netzwerke sollten klar auf eine Region beschränkt sein – andernfalls setzen kommunale Versorger den Vorteil der Lokalität bzw. der Kommunalität aufs Spiel. Es besteht die Gefahr einer Loslösung von der Heimatregion. Mit dem Verlust der regionalen Verwurzelung würde automatisch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger schwinden. Ein Beispiel dafür ist der süddeutsche Versorger EnBW, der schon längst nicht mehr als regionaler Versorger angesehen wird.

Die Energiewende erfordert in den kommenden Jahren enorme Investitionen in den Ausbau der Erneuerbaren Energien und des Energiesystems. Diese Summen können die kleineren Regionalversorger alleine kaum stemmen. Zum einen besteht die Gefahr für viele kommunale Versorger, dass sie aufgrund von unsicheren Fördermechanismen der Bundespolitik beim Ausbau der Erneuerbaren Energien vor nicht kalkulierbaren wirtschaftlichen Risiken stehen. Daher muss vor allem die Bundespolitik zukünftig verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, die weitere Investitionen ermöglichen. Zum anderen würden sich wirtschaftliche Fehlinvestitionen bei den kommunalen Versorgern stärker auswirken, als bei den großen Energieversorgern. Aber auch bei überschaubaren und kalkulierbaren Investitionsbedingungen lassen sich die Kosten der Energiewende für kommunale Energieversorger nur schwer stemmen. Hierbei helfen regionale Kooperationen. Durch interkommunale Netzwerke können Synergien genutzt sowie Kompetenzen und Know-how im eigenen Unternehmen gebündelt werden. Zudem werden finanzielle Risiken bei neuen Projekten gesenkt bzw. gestreut.

Schlüsselfaktor Dezentralität

Durch die Energiewende transformiert sich das deutsche Energiesystem von vermehrt zentralen Strukturen und Großkraftwerken hin zu einer dezentralen Energielandschaft. Hier besitzen kommunale Versorger einen erheblichen Vorteil gegenüber den zentralen Erzeugern und Großkraftwerksbesitzern, da sie bereits dezentral aufgestellt sind. Zudem stammt die erzeugte Energie bei den kommunalen Versorgern in der Regel aus modernsten Anlagen, die in Verbindung mit Anlagen der Kraft-Wärme-Koppelung zu den effizientesten Kraftwerken gehören. Auch der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist bei den kommunalen Energieversorgern in den vergangenen Jahren enorm angestiegen. Somit sind sie ein wesentlicher Motor der Energiewende.

Der Faktor der Dezentralität hat für die Kommunen weit reichende Folgen. Durch ihre Investitionen in der Region bleiben Gelder vor Ort. Das schafft Arbeitsplätze und kann wie ein kleines kommunal gesteuertes Konjunkturprogramm wirken. Nicht umsonst haben sich Teile der städtischen Verwaltung, die sich bisher originär um Wirtschaftsförderung gekümmert haben, umorientiert und das Thema Energie für sich entdeckt. Dabei geht es um die Ansiedlung von Unternehmen und die damit verbundenen Arbeitsplätzen. Zudem ist der wachsende Imagefaktor nicht zu unterschätzen. Denn die Energiewende in einer Stadt voranzubringen, heißt Zukunft aktiv gestalten und potentielle Investoren zu gewinnen.

Die dezentrale Energiewende birgt zudem einen großen Gestaltungsspielraum für die politischen Entscheidungsträger. Dabei müssen sie sich die Frage stellen, welche Strategie sie für die zukünftige Energieversorgung ihrer Bürger verfolgen wollen. Worauf zwangsläufig die Prüfung der Umsetzbarkeit dieser Vorstellungen folgen muss. Im urbanen Raum wird zum Beispiel die Realisierbarkeit von Biomassekraftwerken und Windkraftanlagen sicherlich eher an Grenzen stoßen, als im ländlichen Raum. Von daher ist der Mangel an Potentialflächen im städtischen Raum ein Grund den Suchraum auf die Region zu erweitern und wenn möglich die umliegenden Städte, Gemeinden und Stadtwerke an neuen Energieerzeugungsanlagen zu beteiligen. Das erhöht die Akzeptanz, erleichtert den Gang durch die Gremien und ist so mancher Anfang einer intensiveren Kooperation.

Fazit

Trotz der riesigen Investitionen in die Energiewende sind und bleiben die kommunalen Versorger ein Erfolgskonzept. Ihr größter Vorteil liegt in ihrer dezentralen Struktur und in der Vernetzung in der jeweiligen Region. Sie sind gegenüber den großen Energieversor-

gern im Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger und sind lokal bestens integriert.

Durch die Unsicherheiten der Energiewende und den jeweiligen Förderinstrumenten können sie sich langfristig nur durch regionale Netzwerke und Kooperationen eine Marktstellung sichern. Doch diese brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, um weitere Investitionen in Energieerzeugungsanlagen zu tätigen.

Angesichts angespannter Haushaltssituationen vieler Kommunen sehen sich kommunale Energieversorger oft vor der zusätzlichen Herausforderung, ihren städtischen Anteilseignern trotz ihres Grundsatzes der Gemeinwohlorientierung Gewinne einzufahren. Diese können meist nur realisiert werden, wenn kommunale Energieversorgungsunternehmen die gesamte Wertschöpfungskette abdecken. Für kleinere Kommunalversorger ist dies kaum umsetzbar, da das Investitionsrisiko zu hoch ist und zudem Know-how und Erfahrungen in den Bereichen Energieeinkauf und -erzeugung fehlt. Eine Kooperation kann dies kompensieren. Dabei sind Modelle möglich, die die Eigenständigkeit des einzelnen Unternehmens weiterhin gewährleisten. Wichtig ist, dass die handelnden Personen sich auf Augenhöhe begegnen, wenn kleine oder mittelständige Unternehmen eine positive Kooperation eingehen. ■

☞ Sabine Poschmann arbeitet bei dem kommunalen Unternehmen Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH (DEW21). Hier war sie lange Jahre als Pressesprecherin tätig und ist heute im Bereich Energiewirtschaft und Unternehmensentwicklung Ansprechpartnerin für Partner in der Region. Sie kandidiert für die SPD im Wahlkreis Dortmund II (WK 143) bei der Bundestagswahl 2013.

☞ Philipp Hoicke ist wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Bundestags- und eines Landtagsabgeordneten in Nordrhein-Westfalen und Politikberater. Er leitet für die Dortmunder SPD einen Arbeitskreis zum Themengebiet „Klima und Energie“, bei dem Vertreter aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft zusammenkommen. Ein Schwerpunkt ist dabei die Auswirkung der Energiewende auf Kommunen und lokalen Energieversorger.

150 Jahre Diskursgeschichte der SPD-Linken

Die offizielle Geschichtsbild der SPD erscheint in ihrem 150jährigen Jubiläum häufig zu linear und eindimensional. Besonders das linkssozialistische Erbe der Partei ist darin unterrepräsentiert oder findet keine Erwähnung.

Ausgehend von dem spw-Schwerpunkt „Brüche und Kontinuitäten – 150 Jahre Diskursgeschichte der SPD-Linken“ haben wir uns vorgenommen, über das gesamte Jahr hinweg an bekannte wie vergessene Akteure der SPD-Linken zu erinnern und die Bedeutung ihres politischen Denkens und Wirkens für die Gegenwart zu diskutieren. Darüber

hinaus nehmen wir die Fachpublikationen über die Parteigeschichte in den Blick unserer Rezensionen.

Es geht uns mit dieser Reihe nicht um eine andere, sondern um eine facettenreichere Geschichte der Sozialdemokratie.

In dieser Ausgabe haben wir Karl Kautsky und die „Neue Zeit“ zu Gast.

Darüber hinaus erinnert Werner Treß an die Bücher der Arbeiterbewegung, die der nationalsozialistischen Verfolgung zum Opfer fielen. ■

Ein „unverbesserlicher Marxist“. Karl Kautsky und die „Neue Zeit“

von Michael R. Krätke

Heute ist er ein „toter Hund“, für die einen das Urbild des stockdogmatischen Marxisten, ein Museumswärter der „reinen Lehre“, für die anderen der Erzvater des Revisionismus und Opportunismus, Häuptling des „Vulgärmarxismus“, ein „Verräter“ und „Renegat“ obendrein. Niemand beruft sich heute in der Linken noch auf ihn. Aber niemand hat die deutsche und die europäische Sozialdemokratie bis zum zweiten Weltkrieg intellektuell so geprägt wie Karl Kautsky. Kautsky hatte Marx noch persönlich gekannt, mit Engels viele Jahre zusammen gearbeitet und war schließlich, zusammen mit Eduard Bernstein, zum Nachlassverwalter des Marx-Engelsschen Erbes bestellt worden – von Engels höchstpersönlich. Kautsky, weit mehr noch als Engels, war der Mann, der den „Marxismus“ erfand, begründete und verbreitete. Alle Marxisten der klassischen Periode bis 1914, von Luxemburg bis Lenin, waren Kautskyaner; sie lernten von ihm, stießen sich an ihm, kehrten sich gegen ihn. In der SPD und in der II. Internationale

spielte Karl Kautsky lange die erste Geige als Cheftheoretiker und Chefideologe, ohne Amt und Mandat.

Kein beeindruckender Redner, kein brillanter Debattierer war er. Politischen Einfluss hatte er – dank seiner Freunde August Bebel, Viktor Adler oder Hugo Haase. Macht hatte er nicht. Er war ein (Viel)Schreiber, wirkte durch Artikel, Bücher und Broschüren, die er zuhauf verfasste.¹ Dank seiner enormen Produktivität stieg er zur unbestrittenen Autorität in Sachen „Marxismus“ auf, als roter Theoriepapst, der legitime Stellvertreter von Marx und Engels auf Erden, war er in allen theoretischen und politischen Debatten der SPD und der II. Internationale präsent. Das lag vor allem an seiner Zeitschrift,

¹ Vgl. die (unvollständige) Bibliographie der Schriften Kautskys von Werner Blumenberg, Karl Kautskys Literarisches Werk, S. Gravenhage 1960. Sie verzeichnet fast 1800 Titel von Originalarbeiten, dazu über 200 deutsche Nachdrucke und über 900 Übersetzungen. In Kautskys Nachlass im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam finden sich noch etliche unveröffentlichte Manuskripte; nur einige Teile seines weitgespannten Briefwechsels sind bis heute veröffentlicht.

der „Neuen Zeit“. Als Chefredakteur dieser Zeitschrift, deren erste Nummer im Todesjahr von Marx, im Januar 1883 erschien, gab er der deutschen und der internationalen Sozialdemokratie ein Theorieorgan, wie es davor noch keines gegeben hatte. Um die marxistische Schule zu sammeln, die neue Lehre des Marx-Engelschen wissenschaftlichen Sozialismus zu verfechten, zu erproben und weiter zu entwickeln, hatte er die Zeitschrift mit gegründet. Auch in ihren besten Zeiten hatte sie keine höhere Auflage als rund 10000 Exemplare, aber sie wurde zum Forum des internationalen Sozialismus, zur Pflichtlektüre der sozialistischen Intellektuellen in Europa und in der ganzen Welt, so gut gemacht, dass nicht nur Intellektuelle, sondern auch gebildete Arbeiter sie regelmäßig lasen. Alles, was Rang und Namen hatte in der europäischen sozialistischen Intelligenz, Georgi Plechanov, Leo Trotzki, David Rjazanov, Rosa Luxemburg, Paul Lafargue, Jean Jaurès, Anton Pannekoek, Emile Vandervelde, Antonio Labriola, Pablo Iglesias, Hjalmar Branting - nicht zu vergessen Friedrich Engels, Franz Mehring und Eduard Bernstein – schrieb in Kautskys Blatt.² Viele junge Marxisten wie Otto Bauer und Rudolf Hilferding debütierten dort, in der „Neuen Zeit“ zu publizieren, das war so etwas wie der Ritterschlag im internationalen Sozialismus, den man vom Theoriepapst Kautsky persönlich bekam. Nur einer fehlt im stolzen Autorenverzeichnis der „Neuen Zeit“, der einer ihrer eifrigsten Leser war – Wladimir Iljitsch Lenin.³

„Marxistisch“ war Kautskys Zeitschrift, weil sie zahlreiche Originaltexte von Marx und Engels zum ersten Mal veröffentlichte, zu einer Zeit, wo der weitaus größte Teil des Marxschen Werks völlig unbekannt war.⁴ „Marxistisch“ war

sie, weil Kautsky und viele seiner Autoren auf dem Forum dieser Zeitschrift heftige Debatten um die Probleme der Zeit führten und ihren Lesern zeigten, was die „Marxsche Schule“ dazu zu sagen hatte. Die „Neue Zeit“ setzte die Themen und bestimmte die Standards: wissenschaftlich sollte der Sozialismus sein, auf der Höhe der Zeit und auf der Höhe ihres Wissens. Einen fest etablierten Kanon des „Marxismus“ gab es nicht; Kautsky stellte sich der Debatte, stieß Debatten an (z.B. über den Imperialismus, über die Krisen, über Parlamentarismus, über Nationalstaat und Nationalismus), gab ihnen Raum (z.B. der Revisionismus-Debatte). In der „Neuen Zeit“, die anfangs als Monatsschrift, ab Oktober 1890 als Wochenschrift erschien, konnte man ebenso gut Beiträge zur politischen Ökonomie, zur Geschichte des Sozialismus wie zur Sozialphilosophie lesen, und selbstverständlich wurden die neuesten Entwicklungen in den Naturwissenschaften dort vorgestellt. Ab 1908 erhielt sie ein eigenes Feuilleton, das Franz Mehring führte. Als die SPD sich 1917 spaltete, verlor Kautsky die „Neue Zeit“; wenige Jahre später wurde sie eingestellt.

Bis zum Godesberger Programm von 1959 war es Karl Kautsky, der die Programmatik der deutschen Sozialdemokratie entscheidend geprägt hat. Das Erfurter Programm von 1891 und das Heidelberger Programm von 1925 hat er in wesentlichen Teilen (mit)verfasst, eben die Programme, die die sozialistische Bewegung weltweit sich zum Vorbild nahm. Kautskys Kommentar zum Erfurter Programm von 1892 war so etwas wie der Katechismus der Sozialdemokraten im Kaiserreich. Aus diesem Buch, immer wieder neu aufgelegt und ergänzt, lernten Generationen von Genossen, was Kapitalismus und Klassenkampf hieß, was Sozialismus als Ziel wie als Bewegung bedeutete.⁵ In London, zusammen mit Engels, hatte Kautsky eine populäre Darstellung des Marxschen „Kapital“ geschrie-

2 Zahlreiche Schriften von Engels erschienen zuerst in der „Neuen Zeit“, z.B. Bernsteins Artikelserie „Probleme des Sozialismus“, mit der die Revisionismusdebatte begann, erschien ebenfalls in der „Neuen Zeit“.

3 Der Friedrich Ebert Stiftung gebührt das große, unschätzbare Verdienst, die Jahrgänge 1883-1913 der „Neuen Zeit“ in ihrer digitalen Bibliothek zugänglich gemacht zu haben. Siehe: <http://library.fes.de/cgi-bin/populo/nz.pl>.

4 Insgesamt 53 größere und kleinere, bis dato unveröffentlichte Originalarbeiten von Marx und Engels erschienen in der „Neuen Zeit“. Am berühmtesten ist die Erstveröffentlichung von Marx' „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei“ (besser bekannt als „Kritik des Gothaer Programms“) im Januar 1891, die einen heftigen Skandal auslöste. Selbst

Freund Bebel war stocksauer und sprach zwei Monate lang kein Wort mehr mit Kautsky.

5 Vgl. Karl Kautsky, Das Erfurter Programm, in seinem grundsätzlichen Teil erläutert, Berlin-Bonn 1965.

ben: „Karl Marx' ökonomische Lehren“ (zuerst 1887, 25 Auflagen bis 1930) vermittelte Generationen von Sozialdemokraten Grundkenntnisse der politischen Ökonomie. Sie lernten von ihm, das Marxsche „Kapital“ historisch zu lesen, als eine Theorie über den Aufstieg, die Blüte und den schließlichen Verfall des Kapitalismus.

Kautsky war weit mehr als ein Popularisator. Immer wieder betrat er Neuland, als Historiker (Geschichte des Sozialismus, Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, Geschichte des Christentums, Geschichte der Französischen Revolution), als politischer Ökonom – z.B. mit seiner großen Studie über die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft.⁶ Vor allem war er der politische Vordenker der Sozialdemokratie. Wer Kautskys zahlreiche politische Schriften kennt, kann zwei der bis heute bestgegläubten Legenden über den „Marxismus“ ad acta legen: Die Legende vom „Bilderverbot“ und die Legende vom „blinden Fleck“, der angeblich fehlenden politischen Theorie. Kautsky scheute sich nicht, vom Sozialismus und der kommenden „sozialen Revolution“ zu reden, 1902 publizierte er einen wahren „Baedeker für den Zukunftsstaat“, in dem er recht detailliert darlegte, was „am Tage nach der sozialen Revolution“ geschehen sollte.⁷ Sehr zum Missfallen des Parteivorstands prognostizierte Kautsky 1909 ein „neues Zeitalter der Revolutionen“ und versuchte erneut, die Frage „was tun?“ zu beantworten.⁸ In der Novemberrevolution 1918 war er nicht verlegen um Ratschläge, was nun zu tun sei, um die „Sozialisierung“ und den „Sozialismus“ zu erreichen.⁹ Über die Details des „Übergangs zum Sozialismus“, über die politische und die ökonomische Revolution, die erst zusammen dahin führen konnten, verfasste er 1922 für die wiedervereinigte SPD seine längste Programmschrift.¹⁰

Für Kautsky, den Sozialisten, war nicht der Sozialismus das Ziel, sondern die Befreiung der Arbeiterklasse, aller Ausgebeuteten und Unterdrückten; der Sozialismus war dafür nur das Mittel. Deshalb konnte die Form des Sozialismus nicht gleichgültig sein. Nur die demokratische Republik, mit parlamentarischer Regierung könne die Staatsform sein für die Verwirklichung des Sozialismus und die vollständige Emanzipation des vormaligen Proletariats. Das ist konsequent und systematisch gedacht, denn Kautsky sah die moderne Demokratie (im Gegensatz zu älteren Formen) als das Resultat der Kämpfe des Volks um seine politischen Rechte, um die Freiheitsrechte (Vereinigungs-, Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit), die zugleich Beteiligungsrechte sind. Das parlamentarische Repräsentativsystem, der Verfassungsstaat mit Gewaltenteilung und mit gleichen Rechten für alle, konkurrierende politische Parteien, der Rechtsstaat galten ihm nicht als per se „bürgerliche Einrichtungen“, sondern als politische Formen, die entwicklungsfähig und für sehr verschiedene politische Inhalte, also auch für die politische Vorherrschaft des Proletariats und eine konsequent sozialistische Politik offen sind.“

Kautsky war begeistert von der russischen Revolution, er billigte den Aufstand der Bolschewiki im Oktober 1917. Aber mehr als ein Signal erwartete er davon nicht. Da er oft in den Streitigkeiten der russischen Sozialdemokratie vermittelt hatte, kannte er die Akteure, namentlich Lenin, und traute ihnen nicht. Kautskys deutliche Kritik an der Politik der Bolschewiki nach ihrer Machtergreifung wurde sehr übel genommen, sie war gefährlich, man erklärte ihn rundweg zum „Renegaten Kautsky“.¹¹ Lenin, Trotzki, Bucharin, Radek, alle fühlten sich verpflichtet, einen „Anti-Kautsky“ zu schreiben. Kautsky blieb ihnen nichts schuldig, zwanzig Jahre lang, von 1918 bis zu seinem

6 Vgl. Karl Kautsky, Die Agrarfrage. Eine Übersicht über die Tendenzen der modernen Landwirtschaft und die Agrarpolitik der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899.

7 Vgl. Karl Kautsky, Die soziale Revolution. I. Sozialreform und soziale Revolution, II. Am Tage nach der sozialen Revolution, Berlin 1902.

8 Siehe Karl Kautsky, Der Weg zur Macht. Politische Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution, Frankfurt a.M. 1972.

9 Vgl. Karl Kautsky, Sozialdemokratische Bemerkungen zur Übergangswirtschaft, Leipzig 1918.

10 Vgl. Karl Kautsky, Die proletarische Revolution und ihr Programm, Stuttgart-

art – Berlin 1922.

11 Das hat Kautsky immer wieder dargelegt, zuerst ausführlich in seiner Schrift „Parlamentarismus und Demokratie“, die zuerst 1893 erschien.

12 Vgl. z.B. Lenins Schrift „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“, in: Lenin Werke, Bd.

Tode 1938 im Amsterdamer Exil führte er einen erbitterten Kampf gegen den Bolschewismus, den er für einen schrecklichen Irrweg hielt, der nur zu organisiertem Terror, zu einem fürchterlichen Unterdrückungsregime und allgemeiner „Staatsklaverei“ geführt habe und der gesamten sozialistischen Bewegung unermesslichen Schaden zufügte. In seiner Ablehnung der Sowjetunion, des Leninismus und Stalinismus war er kompromisslos, auch gegen seine Freunde und Schüler wie Otto Bauer.¹³ Wo andere noch Keime, mögliche Ansätze für einen Sozialismus (der Zukunft) sahen, sah Kautsky nur ein Militärzuchthaus, einen schrankenlosen Polizeistaat, eine primitive Form des Staatskapitalismus, und vor allem den „Staatskapitalismus einer Diktatur“, die für die Arbeiter unerträglichste Form des Kapitalismus.

Hinter dieser Dauerpolemik gegen den Bolschewismus verschwand sein Alterswerk fast völlig. Dabei ist sein Hauptwerk, der zweibändige Wälzer über „Die materialistische Geschichtsauffassung“, der 1927 erschien, wichtig als Versuch einer systematischen Gesamtdarstellung.¹⁴ Karl Korsch und andere haben es verrissen, ohne ihm gerecht zu werden. Denn Kautsky, der nicht mehr von dem einen Marxismus, sondern von verschiedenen „Marxismen“ sprach, entwickelte darin seine ganz eigene Vorstellung einer historisch-materialistischen Sozialwissenschaft, die Natur- und Gesellschaftsgeschichte theoretisch verbindet und interpretiert. Vor allem ist dies Spätwerk ein bemerkenswerter Dialog, kritisch, abwägend, differenzierend, mit dem von ihm hoch geschätzten Max Weber, dem „bürgerlichen Marx“.¹⁵ Mit ein wenig Kühnheit kann man dies

Buch als Version eines „weberianischen Marxismus“ bezeichnen, ein Graus für „orthodoxe“ Marxisten.

Kautsky war kein glänzender Schriftsteller, sein Stil oft schwerfällig, seine Argumentation umständlich, pedantisch, redundant. Das hat seiner Wirkung unter linken Intellektuellen geschadet, man nahm ihn nicht ernst. Aber er war alles andere als ein Dummkopf und schon gar kein unbelehrbarer Dogmatiker. Er war der erste, der die spezifische Methode der Untersuchung zum Kriterium des „Marxismus“ erhob, der erste in Deutschland der ihn als „Philosophie der Tat“ bezeichnete.¹⁶ Er war auch der erste, der gegen die Legende vom „jungen“ und „alten“ Marx sprach: Marx wie Engels waren forschende, lernende Wissenschaftler, da sie Fortschritte machten, mussten ihre Alterswerke besser sein als ihre Jugendschriften, zumal die, die sie selbst der „nagenden Kritik der Mäuse“ überließen. Das leninistische Bild vom Verräter, Opportunisten und Renegaten ist ebenso grundfalsch wie das im „westlichen Marxismus“ gepflegte Bild eines ziemlich einfältigen Dogmatikers, der sozusagen alle Erbsünden des „traditionellen“ Marxismus, Determinismus, Ökonomismus, Klassenreduktionismus, Historizismus usw. usf., in sich vereint. Der historische Kautsky war oft weit besser als sein schlechter Ruf. Als Theoretiker des demokratischen Sozialismus lebt er heute mehr im Gedächtnis seiner Feinde als seiner Freunde.¹⁷ ■

☞ Dr. Michael R. Krätke ist Professor für Politische Ökonomie an der Lancaster University und Mitherausgeber der spw.

¹³ Eine Auswahl aus Kautskys vielen Schriften zur Kritik der Politik der Bolschewiki in Russland nach der Oktoberrevolution bietet der von Peter Lübke herausgegebene Sammelband „Kautsky gegen Lenin“, Berlin-Bonn 1981.

¹⁴ Im Dietz Verlag erschien 1988 eine gekürzte Ausgabe dieses Werks, herausgegeben von Kautskys Enkel, John H. Kautsky.

¹⁵ In aller Kürze hat Kautsky seine Position als Opposition gegen die bis heute üblichen Vulgärformen des Marxismus (bzw. dessen beliebteste Lesarten) charakterisiert: Gegen den kruden Ökonomismus, gegen jeden (technologischen) Determinismus, gegen jeden naiven Historizismus, gegen jede simple (darwinistische) Gleichsetzung von Evolution und sozialer Entwicklung (vgl. Karl Kautsky, Eine Selbstanzeige, in: Rote Revue, VII, Nr. 6, Februar 1928, S. 161–167).

¹⁶ Vermutlich angeregt durch den italienischen Philosophen Antonio Labriola, der als erster von einer „Philosophie der Praxis“ sprach.

¹⁷ Dem nobelsten und gelehrtesten seiner Kritiker, dem russischen Marxisten David Rjazanov, verdankt Karl Kautsky den bisher einzigen Versuch einer Werkausgabe. Geplant waren 14 Bände, in russischer Sprache, die die wichtigsten seiner Schriften vereinigen sollten. Davon waren bis Ende 1930 4 Bände erschienen als David Rjazanov, der große Gelehrte und Vater der ersten Marx-Engels Gesamtausgabe, dem Stalinschen Terrorregime zum Opfer fiel.

Über die von den Nationalsozialisten verfolgten Literaturen der Arbeiterbewegung

von Werner Treß

Als in den späten Abendstunden des 10. Mai 1933 der Deutschlandsender mit der Direktübertragung der Bücherverbrennung auf dem Berliner Opernplatz begann, wurden nach einer kurzen Rede des Berliner Studentenführers Herbert Guthjahr neun Feuersprüche skandiert. Unter Ausrufung ihrer Namen wurden die Werke der am meisten angefeindeten Autoren in die Flammen geworfen. Im ersten Feuerspruch hieß es: „Gegen Klassenkampf und Materialismus, für Volksgemeinschaft und idealistische Lebenshaltung. Ich übergebe dem Feuer die Schriften von Marx und Kautsky!“ Bewusst hoben die Akteure des in zahlreichen deutschen Städten zeitgleich durchgeführten Vernichtungsrituals zwei der prominentesten Vordenker der internationalen Arbeiterbewegung hervor, um die Hauptstoßrichtung ihres ideologischen und politischen Kampfes, nämlich die Zerschlagung des Marxismus zu unterstreichen. Tatsächlich war von den Bücherverbrennungen 1933 die Literatur der gesamten Arbeiterbewegung aller Richtungen in ihrer ganzen Bandbreite betroffen, - Sozialdemokraten ebenso wie Kommunisten und Anarchisten, Gewerkschafter ebenso wie Freidenker, Sexualreformer und Vertreter der zionistischen Bewegung.

Bereits im April 1933 erhielt die Reichsführung der „Deutschen Studentenschaft“, die die deutschlandweiten Autodafés organisierte, von einem zentralen Indizierungsausschuss, der für die ‚Säuberung‘ des Berliner Bibliothekswesens eingerichtet worden war, so genannte Schwarze Listen, auf denen die Namen aller Autorinnen und Autoren aufgeführt waren, deren Werke aus den öffentlichen Bibliotheken entfernt werden sollten. Indem diese Schwarzen Listen nun über ihren eigentlichen Zweck hinaus auch an die

Deutsche Studentenschaft weitergegeben wurden, dienten sie im Vorfeld des 10. Mai 1933 als Leitfaden bei der Suche nach den zur Verbrennung bestimmten Büchern. In kurzen Abständen erhielten die studentischen Stoßtrupps, die im Zuge einer Büchersammelaktion vor allem gewerbliche Leihbüchereien und Buchhandlungen heimsuchten, immer neue und erweiterte Schwarze Listen. Nachdem am 1. Mai 1933 die ergänzte Fassung der Schwarzen Liste „Schöne Literatur“ an die Deutsche Studentenschaft gesandt worden war, folgten am 8. Mai die letzten Fassungen aus der „Belehrenden Abteilung“. Neben den Listen für die Bereiche „Kunst“, „Literaturgeschichte“ und „Religion, Philosophie, Pädagogik“ enthielt dieses Konvolut auch die Schwarze Listen mit der Ordnungszahlen VII und VIII und den Bezeichnungen „Geschichte“ sowie „Politik und Staatswissenschaft“, auf die im Folgenden genauer eingegangen werden soll.

Die Liste „Geschichte“ enthielt 51 Autorennamen und vier Titel ohne Verfasserangabe, die Liste „Politik und Staatswissenschaft“ 121 Autorennamen und fünf Titel ohne Verfasserangabe, darunter das „Heidelberger Programm“ der SPD von 1925 und die „Protokolle über die Verhandlungen des Parteitagess der S.P.D.“. Interessant im Hinblick auf die politischen Verbotsmotive ist die „Vorbemerkung“, die der Schwarzen Liste „Politik und Staatswissenschaft“ vorangestellt wurde. Darin heißt es: „Die restlose Sperrung der Abteilung Sozialismus geht zu weit, in jedem Fall ist das nicht- und vormarxistische deutsche Schrifttum zum Sozialismus von der Sperrung auszunehmen. Zum Ersatz für die ausrangierten marxistischen Bücher empfiehlt es sich, das parteifreie Arbeiterschrift-

tum vor allem aus den Abteilungen Arbeiterfrage, Sozialpolitik, Genossenschaftswesen, Bevölkerungspolitik, Arbeitsdienst mehr in den Verkehr zu bringen. Außerdem ist darauf zu achten, dass gerade von der Literatur des wissenschaftlichen Marxismus je ein Exemplar im Giftschränk der Studien-, Haupt- und Stadtbüchereien aufgehoben wird.“

Verantwortlich für die Schwarze Listen „Geschichte“ und „Politik und Staatswissenschaft“ zeichnete der Leiter des Berliner Indizierungsausschusses Wolfgang Herrmann, ein promovierter Historiker, der noch bis März 1933 als Arbeitsloser sein Dasein gefristet hatte. Anfang 1932 war Herrmann in die NSDAP eingetreten und in der Pressestelle des „Gau Pommern“ aktiv geworden, dort jedoch bald in Ungnade gefallen, weil er ein bekennender Anhänger von Gregor Strasser war. Seine Sympathien für den so genannten Strasser-Flügel in der NSDAP verdeutlichte Herrmann 1932 z.B. durch die Erstellung einer „weißen“ Bücherliste, die er unter dem Titel „Der neue Nationalismus und seine Literatur“ veröffentlichte und die er als Richtlinie für die zukünftige Anschaffungspolitik in öffentlichen Bibliotheken verstanden wissen wollte. Auffällig an dieser als Sammelbesprechung konzipierten Liste, die ihm später ein Parteiausschlussverfahren einbringen sollte, war, dass Herrmann einerseits über Hitlers Buch „Mein Kampf“ bemerkte, es enthalte „keine geistig originellen und theoretisch durchdachten Gedanken“, andererseits aber die Hitler-kritischen Veröffentlichungen von Otto Strasser und Herbert Blank, zwei zentralen Akteuren aus der „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“, die 1930 aus der NSDAP ausgetreten war, lobend hervorhob. Die weiteren Empfehlungen in seiner Sammelbesprechung von 1932 lassen erahnen, welche Literatur er gemäß der Vorbemerkung zur Schwarzen Liste „Politik und Staatswissenschaft“ im Mai 1933 zum „Ersatz für die ausrangierten marxistischen Bücher“ in die gesäuberten Biblio-

theksregale zu stellen gedachte. Neben den bekannten völkisch-nationalistischen und nationalsozialistischen Autoren wie Hans Grimm, Arthur Moeller van den Bruck, Gottfried Feder oder Alfred Rosenberg finden sich einige Pseudonyme von Autoren des jungkonservativen „Tat-Kreises“ um Hans Zehrer, darunter Friedrich Zimmermann, Giseler Wirsing und Ernst Wilhelm Eschmann. Hinzu kommen weitere Vertreter des Strasser-Flügels wie Gerhard Schultze-Pfaelzer und Richard Schapke, der zwischenzeitlich der „Alten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ – einer 1926 in Sachsen gegründeten Rechtsabspaltung von der SPD – angehört hatte, später aber nicht, wie die meisten ASPD-Mitglieder in die SPD zurückkehrte, sondern zu den Nationalsozialisten übertrat und 1932 die Programmschrift „Die Schwarze Front“ veröffentlichte. Besonders empfohlen werden von Herrmann die Bücher „Vom Proletariat zum Arbeitertum“ (1930) von August Winning und „Gedanken zur deutschen Politik“ (1929) von Ernst Niekisch. Winning und Niekisch, die beide in den noch mal zu unterscheidenden Strömungen der Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe ab 1915 und dem Hofgeismarer Kreis ab 1923 versucht hatten, eine nationalistische Plattform innerhalb der SPD zu etablieren, werden von Herrmann wie folgt gewürdigt: „Niekisch und Winning, ehemalige Arbeiter, kommen von der Sozialdemokratie her. Winning von den rechten Gewerkschaften, Niekisch vom Hofgeismarer Kreis der Jungsozialisten. Beide versuchten vor 12 Jahren, nicht ohne die Sympathien des Reichspräsidenten Ebert zu haben, die alte Sozialdemokratische Partei zum Sammelbecken einer bewußt nationalen Arbeiterbewegung zu machen. Der Versuch mißlang.“

Misslingen musste auch Herrmanns Versuch, die von ihm favorisierte Literatur aus der „Abteilung Sozialismus“ für die NS-Ideologie anknüpfungsfähig zu machen. Konsensfähig waren für die Nationalsozialisten dahingegen die nicht nur die Arbeiterbewe-

gung betreffenden Verbotsvorschläge auf den Schwarzen Listen „Geschichte“ und „Politik und Staatswissenschaft“. In welchem nicht selten von Feindschaft geprägten politischen Verhältnissen die von den Indizierungen und Bücherverbrennungen betroffenen Autoren untereinander standen, war dabei auch solchen an der Peripherie der NS-Bewegung stehenden Akteuren wie Wolfgang Herrmann vollkommen einerlei. Auf der Schwarzen Liste „Geschichte“ folgt direkt auf Stalin der Name von Trotzki und fünf Stellen hinter Rosa Luxemburg folgt Gustav Noske. Da Noske anders als Otto Strasser, August Winning und Ernst Niekisch nicht mit der Sozialdemokratie gebrochen hatte, wurde er mit seinem 1920 veröffentlichten Buch „Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution“ ebenso indiziert, wie der Rechtswissenschaftler und ehemalige Reichsminister der Justiz Gustav Radbruch, der sich in seiner Rechtsphilosophie und seinem 1933 indizierten Buch „Kulturlehre des Sozialismus“ von 1922 mehr dem Neukantianismus verbunden fühlte als den marxistischen Denkrichtungen. Marx und Engels waren auf den erwähnten Schwarzen Listen ebenso enthalten wie – mit Ausnahme von Wilhelm Liebknecht – die bedeutendsten Vordenker der deutschen Sozialdemokratie aus Gründungsphase und der wilhelminischen Ära: Bebel und Lassalle, Karl Kautsky ebenso wie Eduard Bernstein, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Wilhelm Bloß. Auf der Liste „Politik und Staatswissenschaft“ finden sich zudem wichtige programmatische Köpfe des Austromarxismus, so Max Adler, Otto Bauer, Julius Deutsch, Robert Danneberg und Rudolf Hilferding, von denen die beiden Letzteren nicht nur von den Bücherverbrennungen betroffen waren, sondern zudem später von den Nationalsozialisten ermordet wurden. Hilferding wurde ja nicht nur durch sein bedeutendes Werk „Das Finanzkapital“ von 1910 bekannt, sondern darüber hinaus als zweimaliger Reichsfinanzminister in Deutschland (1923 und 1928/29). Neben wei-

teren SPD-Politikern der Weimarer Republik, wie Hermann Müller und Carl Severing, sind die Werke der beiden Ökonomen Ernst und Erik Noelting „Einführung in die Theorie der Volkswirtschaft“ von 1929 und des Politikwissenschaftlers Ernst Fraenkel „Soziologie der Klassenjustiz“ von 1927 zu nennen, die ebenfalls alle der SPD angehörten. Hinzu kommen die Publikationen sozialdemokratischer Akteure, die sich während der Weimarer Republik vor allem im gewerkschaftlichen Kontext betätigten, darunter Otto Suhr, Siegfried Aufhäuser und Fritz Naphtali, der 1928 durch sein Buch „Wirtschaftsdemokratie“ zu einem der wichtigsten Vordenker der betrieblichen Mitbestimmung wurde und später einer der Begründer des Staates Israel wurde, wo er unter dem Namen Peretz Naphali für die Mapai-Partei mehrfach Ministerämter inne hatte. Auf dem Scheiterhaufen landeten auch die Bücher „Arbeiterwohlfahrt“ von Marie Juchacz und von den Vordenkern der sozialistischen Jugendbewegung Franz Lepinski und Kurt Löwenstein, die ebenfalls alle in der Sozialdemokratie organisiert waren.

Die Schwarzen Listen enthielten jedoch auch eine Reihe bedeutender Autoren aus dem Kontext der Arbeiterbewegung, die sich politisch außerhalb der Sozialdemokratie verorteten oder sich nach links von ihr abgewandt hatten. Neben sowjetischen Politikern wie Lenin, Alexandra Kollontai, Anatoli Lunatscharski, Grigori Sinowjew oder Nikolai Bucharin, von denen die beiden Letzteren wie auch Trotzki Opfer der Stalin'schen Verfolgungen wurden, finden sich jenseits von Karl Liebknecht, Max Hoelz und Alfred Kurella eine Reihe von Kommunisten, die schon zu ihrer Zeit programmatisch über die offizielle KPD-Linie hinausdachten und durch ihre theoretischen Arbeiten später u.a. für die linke Protestbewegung der späten 60er und 70er Jahre von großen Interesse waren. Hierzu zählen Georg Lukács, der auf den Schwarzen Listen gleich zwei Mal mit seinem Grundlagenwerk „Geschichte und Klassenbewuß-

sein“ von 1923 erscheint, Karl Korsch mit seiner ebenfalls 1923 erschienenen Schrift „Marxismus und Philosophie“ und Karl August Wittfogel, zu dem auf der Schwarzen Liste „Politik und Staatswissenschaft“ angemerkt wurde: „alles, außer: Das erwachende China“. Als Vertreter der rätekommunistisch orientierten „Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD)“, die sich 1920 als linker Flügel von der KPD abgespalten hatte bzw. deren Vertreter durch den Kurs des damaligen Vorsitzenden der KPD, Paul Levi, aus ihr ausgeschlossen worden waren, und der sich auch Karl Korsch angeschlossen hatte, finden sich auf derselben Liste zudem die Namen von Anton Pannekoek und Otto Rühle. Als einziger Reichstagsabgeordneter der SPD neben Karl Liebknecht hatte Rühle 1914 gegen die Kriegskredite gestimmt. Nach dem Spartakusbund waren seine weiteren Stationen die KPD, KAPD und die „Allgemeine Arbeiter-Union-Einheitsorganisation (AAUE)“, bis er sich schließlich anarchistischen Positionen zuwandte.

Auffällig ist, dass sich auf den Schwarzen Listen kaum anarchistische Autoren finden. Dass zum Beispiel die Schriften von Michail Bakunin und Peter Kropotkin von den Nationalsozialisten erst später indiziert wurden, mag damit zu tun haben, dass die in Berlin unter der Leitung von Wolfgang Herrmann erstellten Schwarzen Listen für das öffentliche Bibliothekswesen erstellt wurden und die anarchistische Literatur dort kaum erhältlich war. Als bedeutender Vertreter anarchistischer Positionen ist auf der Schwarzen Liste „Politik und Staatswissenschaft“ natürlich Gustav Landauer zu nennen. Dass er dort jedoch mit seiner Schrift „Aufruf zum Sozialismus“ von 1911 fälschlicherweise als „Landauer, S.“ indiziert wurde, lässt vermuten, dass sich Herrmann und die anderen Mitglieder des Berliner Indizierungsausschusses kaum mit dem Anarchismus als politischer Erscheinungsform und speziell mit Landauer auseinandergesetzt haben dürften.

Nicht zu vergessen ist Fritz Sternberg, der aus der zionistischen Jugendbewegung kam, bis zum Ersten Weltkrieg der SPD nahe gestanden hatte und sich ab 1931 zu einem leidenschaftlichen Aktivist für die „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD)“ entwickelte, bevor er sich nach 1945 schließlich wieder der Sozialdemokratie annäherte. Auf der Schwarzen Listen „Politik und Staatswissenschaft“ erscheint Sternberg mit seinen Werken „Der Imperialismus“ von 1926 und „Der Niedergang des deutschen Kapitalismus“ von 1932.

Heute, 150 Jahre nach Gründung der Sozialdemokratie als Kernströmung im Traditionsgefüge der Arbeiterbewegung in Deutschland und 80 Jahre nach den nationalsozialistischen Bücherverbrennungen, wäre zu erwägen, ob sich nicht eine verstärkte Neurezeption des politischen Ideenreichtums, der 1933 in Flammen aufging und danach leicht vergessen wurde, wieder lohnen würde. ■

☞ Dr. Werner Treß ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien in Potsdam.

Rezension: „Wolfgang Abendroth und der »reale Sozialismus« – Ein Balanceakt“

von Thilo Scholle

Das Werk Wolfgang Abendroths gehört nach wie vor zu den spannendsten verfassungstheoretischen Ansätzen in der Bundesrepublik.¹ Dabei hinterließ der im Jahr 1985 verstorbene Wissenschaftler und politische Aktivist kein in sich geschlossenes Werk. Sein Lebensweg reicht vom kommunistischen Jugendaktivisten in der Weimarer Republik über den aktiven Widerständler und Gefangenen des NS-Regimes bis hin zum Professor und Wissenschaftler zunächst in der sowjetischen Besatzungszone und dann in der Bundesrepublik.

Abendroth war neben seiner Tätigkeit als Hochschullehrer zudem ständig unterwegs, hielt Vorträge, verfasste tagespolitische Artikel und führte eine umfangreiche politische Korrespondenz. Zeit für tiefergehende Ausarbeitungen der eigenen Positionen, Einordnungen und Abgrenzungen im Kontext zeitgenössischer Theorieangebote sowie die präzise Herleitung der eigenen Positionen blieb dagegen kaum. Zudem blieb Abendroth Zeit seines Lebens mit Leidenschaft politischer Intellektueller und Aktivist, sodass bei manchen Stellungnahmen und Analysen auch der jeweilige politische Debattenkontext zu beachten ist.

Zu den umstrittensten Kapiteln des politischen Denkens Abendroths gehört seit jeher sein Verhältnis zum „realen Sozialismus“ in der Sowjetunion und der DDR. Uli Schöler, einer der besten Abendroth-Kenner und Mitherausgeber der Gesammelten Schriften, hat nun anhand der Texte Abendroths eine sorgfältige Rekonstruktion dieses Verhältnisses vorgelegt.

¹ Vergleiche zuletzt: Andreas Fischer-Lescano/ Joachim Perels/ Thilo Scholle (Hrsg.), Der Staat der Klassengesellschaft. Rechts- und Sozialstaatlichkeit bei Wolfgang Abendroth, Baden-Baden 2012.



Uli Schöler:
Wolfgang Abendroth und der „reale Sozialismus“.
Ein Balanceakt

216 Seiten, 19,95 €,
Verlag für Berlin-Brandenburg, Berlin 2012

Einleitend problematisiert Schöler, dass es selbst in der heutigen Rezeption eine Neigung dazu gebe, das Abendrothsche Denken mehrerer Jahrzehnte zu homogenisieren, statt die Wandlungsprozesse und Brüche darin herauszuarbeiten. Diese Neigung möge Schöler zufolge dem Wunsch entsprechen, den – nicht zu Unrecht betonten – Vorbildcharakter des Abendrothschen Geistes zu unterstreichen, behandle sein Werk aber damit de facto unterkomplex.

Dreh- und Angelpunkt von Schölers Betrachtungen ist die Entwicklung eines „Unvermeidlichkeitsparadigmas“ im Werk Abendroths in Bezug auf Sowjetunion und zur DDR. Demnach habe Abendroth bis ins Jahr 1968 die Entwicklungen in der Sowjetunion und der DDR massiv kritisiert – wie etwa die gewaltsame Niederschlagung des Prager Frühlings durch die Truppen des Warschauer Paktes 1968. In Laufe des Jahres sei die Interpretation aber deutlich gekippt: Zunehmend habe er Ereignisse und Entwicklungen im Osten als „unvermeidlich“ eingeordnet. Den Bau der Berliner Mauer im Jahr 1961 habe Abendroth zunächst noch als stalinistischen Gewaltakt gebrandmarkt; später ordnete er ihn als notwendigen Schritt zur Abschirmung der DDR

und zum Schutz ihrer weiteren ökonomischen Entwicklung ein. Die in der Folge des Zweiten Weltkriegs entstandenen Einflussphären der beiden Großmächte scheinen bei Abendroth nun unhinterfragte Grundlage für die Analyse ihres Verhaltens zu sein. Abendroths früher vorhandene grundsätzliche Ablehnung des Revolutionsexports mit militärischen Mitteln sowie die grundsätzliche Parteinahme für ein Selbstbestimmungsrecht der Völker seien zunehmend in den Hintergrund getreten. Seine Beschreibung politischer Handlungen im Ostblock habe sich damit von einer subjektiven, durchaus auf Handlungsalternativen der Akteure bezogenen Wahrnehmung hin zu „objektivierten Geschichtsabläufen“ verschoben.

Noch deutlicher sei Abendroth bei einer Diskussion mit Ossip K. Flechtheim im Jahr 1975 geworden, als er auf einen nachdenklichen Beitrag Flechtheims unter Verweis auf die großen bürgerlichen Revolutionen, vor allem in Frankreich, auf die Unvermeidlichkeit auch „barbarischer Varianten“ in der weiteren Entwicklung verwies und die Feststellung angeschlossen, dass bei allen Entartungen, die dabei vorübergehend als Nebenprodukt erscheinen mögen, sozialistische Länder sozialistische Länder blieben. Die These der Unvermeidlichkeit auch repressiver Entwicklungen habe Abendroth seit 1968 auch sehr deutlich auf die Entwicklungen in der DDR bezogen – und sich damit von früheren Positionen entfernt.

Schöler betont, dass Abendroth sich mit der Verfassung der DDR bei Weitem nicht so konsequent und erschöpfend auseinandersetze wie mit dem Grundgesetz. Am Maßstab seiner Interpretation des Grundgesetzes gemessen hätte Abendroth die Verfassung der DDR nur kritisieren können.

Schöler sieht einen Grund für Abendroths stärkere Annäherung an die Legitimationsargumente der DDR in seinem Bemühen, Einfluss auf die Entwicklung der DKP nehmen zu können, um sie von sektiererischen Tendenzen

abzuhalten. Hintergrund ist hier eine auf die Arbeiterklasse als Ganzes bezogene Bewegungstheorie, die alle Orte, an denen sich Kader der Arbeiterklasse organisieren, in die gesamte Bewegung einzubinden sucht. Dies führte im Ergebnis für Abendroth dazu, weder die SPD noch die DKP als Teil der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik abzuschreiben.

In der Einschätzung des Abendrothschen Werks wird Schöler deutlich: Seit dem Wandel 1968 seien seine Texte zum „realen Sozialismus“ für heutige Diskussionen kaum anschlussfähig; im Ergebnis sei der kritische Kommunist der 1920er Jahre, der Kritiker der Moskauer Prozesse und des Hitler-Stalin-Paktes, den an Hermann Heller und Max Adler anknüpfenden Verfassungsrechtlicher der sozialen Demokratie der frühen Bundesrepublik authentischer als der apologetische Abendroth der 1970er Jahre.

Es ist offensichtlich, dass es in der Rückschau schwer fällt, die Positionierungen Abendroths zur Entwicklung im „realen Sozialismus“ zu teilen. Er selbst hat ja auch das Instrumentarium angeboten, diese Entwicklungen vor dem Hintergrund marxistischer Gesellschaftsanalyse kritisch zu beleuchten. Verstehen kann man diese Positionierungen wohl tatsächlich nur vor dem Hintergrund von Abendroths Biographie und seinen politischen Überlegungen seit Ende der 1960er Jahre.

Deshalb ist wichtig, dass Schöler durch die Art der Beschreibung und die Sorgfalt der Argumentation auch aufzeigt, dass es möglich ist, Abendroth im Kontext seiner jeweiligen Schriften zu kritisieren, ohne alle Positionierungen im Bausch und Bogen zu verdammen. Im Gegenteil: Schöler steht Abendroths politisch-wissenschaftlichem Gesamtwerk – mit Recht – ausgesprochen positiv gegenüber. Denn gerade Abendroths verfassungstheoretische Überlegungen sind auch heute noch von erstaunlicher Aktualität und politischer Anschlussfähigkeit. ■

☞ Thilo Scholle ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

Rezension:

Das Kommunistische Manifest in Text und Kommentar

von Thilo Scholle

An Einführungen in das Kommunistische Manifest besteht auch heute kein Mangel. Große Einigkeit herrscht in der Regel über die große Wirkmächtigkeit des Textes für die Arbeiterbewegung sowie die politische Ideengeschichte insgesamt, wie auch über das Lob der prägnanten und einprägsamen Sprache. Weniger Einigkeit besteht naturgemäß in der Beurteilung dessen, wie treffsicher die Gesellschafts- und Wirtschaftsanalyse des Manifests war sowie wie aktuell der nunmehr 165-jährige Text ist.

Eine Schwierigkeit, die nahezu alle Einführungen teilen, ist, dass das Manifest zwar am Anfang der gemeinsamen Schaffenszeit von Marx und Engels entstand, der Text aber in der Regel durch die Brille mindestens des weiteren Werks der beiden Autoren, wenn nicht gar auch durch die Wendungen, Irrungen und Wirrungen sowohl der Rezeptionsgeschichte des Textes wie auch der politischen Geschichte der Arbeiterbewegung erfolgt. Einschätzungen des Textes selbst und Darstellung des (späteren) marxischen Denkens insgesamt gehen so oft ineinander über.

Auch Gareth Stedman Jones, Historiker und Professor für Politikwissenschaften in Cambridge und London, nimmt das Kommunistische Manifest als Ausgangspunkt für einen wesentlich tieferen Einstieg in die Entwicklung des marxischen Denkens selbst. Stedman Jones, zu Beginn seiner wissenschaftlichen Laufbahn als Redakteur des *New Left Review* tätig, kommt dabei zu einem differenzierten Urteil.

Die mehr als 200 Seiten starke „Einführung“ geht in ihrer Reichweite weit über die Entstehungsgeschichte und einen Kommen-



Gareth Stedman Jones

Das Kommunistische Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels

Einführung, Text, Kommentar

Verlag C.H. Beck, München 2012
319 Seiten, 14,95 €

tar der einzelnen Passagen des Manifests hinaus. Mehr noch: Ausführliche Erläuterungen der einzelnen Textstellen erfolgen nur recht cursorisch in einigen Endnoten zum Text des Manifests. Sehr knapp fällt auch die Bibliografie am Ende des Textes aus. Schwerpunkt der Einführung ist vielmehr der Blick auf die intellektuelle Entwicklung von Marx und Engels sowie ihre ideengeschichtliche Einordnung. Entsprechend konzentriert sich der Autor darauf, den intellektuellen Weg von Marx und Engels bis zur Abfassung des Manifests zu skizzieren.

Entschieden kritisch geht Stedman Jones mit der ökonomischen Theorie von Marx und Engels ins Gericht. Zwar stellt er fest, dass das Manifest ein Klassiker bleiben werde, „und wenn auch nur aufgrund seiner kurzen, aber unübertroffenen Darstellung des modernen Kapitalismus“. Die beschriebene Entstehungsgeschichte der modernen Welt sei aber in Teilen eher dem Reich der Mythologie als dem der Fakten zuzuordnen. Die Wurzeln des

marxistischen Sozialismus lägen gar nicht in der Industrialisierung oder den sozialen Hoffnungen der Industriearbeiter, sondern in den Diskussionen, die die radikalen Schüler Hegels darüber führten, was Hegels „absoluten Geist“ als Movens der Weltgeschichte ersetzen sollte. Nicht ökonomische Beobachtungen und ernsthafte Gesellschaftsanalysen, sondern letztendlich philosophische Konzepte bilden daher für Stedman Jones den Kern der marxischen Arbeit. Letzten Endes sei Marx an der Entwicklung einer Theorie des modernen Kapitalismus gescheitert.

Der Band bietet interessante und gut lesbare Beobachtungen zur Ideengeschich-

te marxischen Denkens. Hervorzuheben ist, dass der Autor „den“ Marxismus anders als in manchen anderen Darstellungen nicht durch eine Kritik seiner Interpreten zu widerlegen versucht, sondern durch eine Auseinandersetzung mit den Schriften von Marx selbst. Die Reduzierung der marxischen Analysen kapitalistischer Wirtschaftsordnungen auf philosophische Gedankenübungen kann aber nicht überzeugen, auch weil eine Auseinandersetzung mit den Denkansätzen, die Marx in kritischer Interpretation weiterentwickelt haben, im Text kaum stattfindet. ■

↳ Thilo Scholle, Lünen.

LeserInnenumfrage 2013: Gute Noten für spw

Liebe Leserinnen und Leser,

die Resonanz unserer jüngsten LeserInnenumfrage war sehr groß; insgesamt haben 82 LeserInnen auf unsere Befragung geantwortet. Für diese hohe Beteiligung möchten wir uns ganz herzlich bei Euch bedanken. Der Inhalt erhielt 83,3% gute und sehr gute Bewertungen. In der Einzelbetrachtung schnitten diejenigen Heftschwerpunkte am besten ab, die sich mit Reformprojekten und Strategien der Sozialdemokratie und dem Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und ökonomischer Krise auseinandersetzen.

Darüber hinaus wurden unter anderem mehr Crossover-Debatten und eine verstärkte Berichterstattung über Anträge, Diskussionen und Projekte der SPD-Linken vorgeschlagen. Einige von Euch äußerten den Wunsch nach mehr kontroversen Diskussionen aktueller gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Fragestellungen oder regten an, die internationalen Zusammenhänge der Krise im Blick zu behalten.

Obwohl Ihr uns gute Noten gegeben habt, verstehen wir Euer Feedback als Arbeitsauftrag: Eure Kritik und Anregungen werden wir intensiv beraten und für einen kontinuierlichen Prozess der Qualitätsentwicklung nutzen.

*Mit besten roten Grüßen
Geschäftsführung der spw-Verlags-GmbH
spw-Redaktion*

„Sozialökologische Transformation – Strategische Bedingungen eines Politikwechsels“

**Summer Factory Institut
Solidarische Moderne
16.-18. August
Frankfurt am Main
Studierendenhaus**

Auch in diesem Jahr veranstaltet das Institut Solidarische Moderne e.V. vom 16.-18. August in Frankfurt am Main wieder eine Summer Factory. Linke Akteure aus Politik, Wissenschaft, Gewerkschaften, NGOs und sozialen Bewegungen diskutieren hier ein Wochenende lang zum mittlerweile vierten Mal zu einem Oberthema und erarbeiten in methodisch

angeleiteten Arbeitsgruppen und Workshops erste Ergebnisse, die später ausgearbeitet und in einem Sammelband veröffentlicht werden. Ziel ist es, über Parteigrenzen und Politikfelder hinaus einen produktiven Dialog von unterschiedlichen Akteuren der Mosaiklinken in Gang zu setzen und zu verstetigen.

Unter dem Titel „Sozialökologische Transformation – Strategische Bedingungen eines Politikwechsels“ soll in diesem Jahr die Frage aufgeworfen werden, welche Erfahrungen vergangene linke Regierungsprojekte gemacht haben und unter welchen gesellschaftlichen Einflüssen und Handlungszwängen linke Reform- und Transformationsprojekte heute stehen (würden). Der Anspruch ist dabei nicht, programmatische Überlegungen anzu-

stellen, sondern einen Schritt zurück zu treten und nach den strategischen Bedingungen und strukturellen Problemen zu fragen, unter denen sich eine *Sozialökologische Transformation* heute als politische Alternative anbietet.

► **Weitere Informationen:**
www.solidarische-moderne.de

Thomas Westphal neuer Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Dortmund

Thomas Westphal, Mitherausgeber der spw und ehemaliger Bundesvorsitzender der Jusos, ist zum neuen Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Dortmund gewählt worden. Thomas Westphal wird den Posten am 1. Juli 2013 übernehmen.

DL 21 Aktuell Europa geht anders!



Im Schulterchluss machen linke Kräfte aus Österreich, Frankreich, Italien, Deutschland und vielen anderen Staaten deutlich: „Europa geht anders“!

Die wichtigste Botschaft des Aufrufes, den die DL 21 mitinitiiert hat, lautet: Die bisherige Austeritätspolitik muss beendet werden! Sie hat nachweislich keine Entschuldung der Staaten gebracht, sondern zu massiven sozialen Verwerfungen geführt. Wir wollen ein demokratisches, soziales und ökologisches Europa der Vielen!

Der Europäische Rat plant Ende Juni 2013 einen Beschluss über einen Pakt für „Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz“. Mit diesem „Wettbewerbspakt“, dem Konzept für eine

vertiefte Wirtschafts- und Währungsunion, will Angela Merkel als treibende Kraft die europäische Idee endgültig dem Markt ausliefern.

Uns SozialdemokratInnen muss klar sein: Dies ist unsere letzte Chance, uns klar und deutlich von diesem Europakurs abzuwenden, der sich gegen die Menschen richtet. Unsere bisherige Haltung zu den europapolitischen Maßnahmen der Bundesregierung Merkel hat uns und den Menschen in Europa nicht geholfen. Das bisherige Vorgehen - Entschließungsanträge mit Protest und Forderung und die anschließende Zustimmung zu allen Maßnahmen der Bundesregierung - besitzt keine Überzeugungskraft. Wir müssen glaubwürdig gegen diese Politik angehen!

Zu Recht haben wir im Regierungsprogramm formuliert: „Wir wollen kein Europa, das Spielball der Märkte ist. ... Dafür müssen wir dauerhafte und exzessive wirtschaftliche Ungleichgewichte bekämpfen.“ Aber: wir SozialdemokratInnen dürfen es bei diesen Bekenntnissen nicht belassen.

Jetzt müssen wir endlich Nein sagen. Jetzt, wo geplant ist, dass alle Eurostaaten sich nach dem Vorbild der Agendapolitik zu solchen Strukturreformen verpflichten sollen, wie sie den Krisenstaaten aufgedrückt worden sind.

Damit werden wir im 150. Jahr unserer Partei unserer Verantwortung gerecht und erneuern unser Versprechen nach Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität auf der Grundlage des demokratischen Sozialismus.

Antworten auf die Fragen, wie „Europa geht anders“ umgesetzt werden kann, finden sich nicht nur im Regierungsprogramm der SPD. Auch im Aufruf werden Ansatzpunkte zur für ein soziales Europa konkret aufgelistet:

- eine europäische Umverteilung des Reichtums durch faire Einkommen und höhere Gewinn- und Vermögensbesteuerung,
- Beendigung der Lohnsenkungsspirale,
- und damit Abbau der riesigen Ungleichgewichte zwischen den Ländern innerhalb der Währungsunion,
- Stärkung der ArbeitnehmerInnenrechte, ArbeitnehmerInnenschutzbestimmungen und Gewerkschaftsrechte,
- Wiederregulierung und Schrumpfung der Finanzmärkte,

- Umfassende Demokratisierung der europäischen (Wirtschafts-)Politik
- Vereinbarungen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit
- ein europäisches Investitionsprogramm zum Ausbau der Infrastruktur und zum ökologischen Umbau sowie
- eine – schrittweise zu entwickelnde – europäische Sozialunion.

Hierfür braucht es Mehrheiten. Mit „Europa geht anders“ ist ein Ländergrenzen überschreitender Aufruf gelungen. Das ist noch kein Durchbruch, aber ein starkes Signal. In diesem Sinne lasst uns arbeiten und kämpfen. ■

Fünf Fragen an... Bernhard Pollmeyer



↳ Bernhard Pollmeyer

Foto: privat

Zur Person: Bernhard Pollmeyer, geb. 1955 in Gütersloh, war von 1976 bis 1979 stellv. Juso-Bezirksvorsitzender in Ostwestfalen- Lippe und wurde 1979 in den Rat der Stadt Harsewinkel gewählt. Von 1981 bis 1987 arbeitete er als Referatsleiter Arbeitsmarktpolitik beim DGB- Bundesvorstand. 1987 übernahm er das vom Bremer Senat neu geschaffene Referat für regionale Strukturpolitik beim Arbeitssektor. 1991 bis 1996 leitete er die Abteilung Arbeitsmarktpolitik und Berufsförderung des Arbeitsressorts. Die arbeitsmarktpolitische Flankierung des Konkurses der Bremer Vulkan mit der ersten großen Beschäftigungsgesellschaft in Westdeutschland gehörte hier zu den größten Herausforderungen. 1996 wurde er Chef der Planungsgruppe beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Seit 1999 ist er Landesschlichter von NRW (www.landesschlichter.nrw.de).

spw: Welche politischen Debatten haben Dich inhaltlich am meisten geprägt?

» **B.P.:** Ich wuchs in einer stark katholisch geprägten Gegend auf. Die CDU hatte damals in Harsewinkel eine starke Vormachtstellung mit Wahlergebnissen um die 70 Prozent. Da war man als Jugendlicher (kulturell) Opposition. Man war gegen das „Establishment“. Wir setzten uns zu Beginn der 70er Jahre für mehr Mitbestimmungsrechte für Schü-

ler, Lehrlinge und Kriegsdienstverweigerer ein und engagierten uns in der Schülervertretung, in Jugendzentren, in der Gewerkschaftsjugend und den Falken etc. Die Reformpolitik Willy Brandts mit dem Kernelement ‚Mehr Demokratie wagen‘ war der Grund für meinen SPD-Eintritt 1971. Über die Zeit betrachtet sind es – sicherlich auch beruflich bedingt – die Fragen und Debatten gewesen, wie kann die Arbeitslosigkeit bekämpft, wie kann die Würde der Arbeit gesichert und wie kann gute Arbeit gefördert werden?

spw: Gibt es Inhalte aus Deiner Juso-Zeit, die Dir auch heute noch wichtig sind?

» **B.P.:** Ich könnte jetzt ein paar Themen wie z.B. die Friedens- oder die Bildungspolitik nennen. Ich glaube, das wichtigste war, dass wir den Dingen analytisch auf den Grund gingen, um die Inhalte rangen und im Parteilieben nicht opportunistisch vorgehen. Wir wollten gestalten. Die Karriere war nicht das Leitmotiv unseres Handelns.

spw: Gibt es aktuelle politische Diskussionen, die Du besonders spannend findest?

» **B.P.:** Wie lösen wir die Banken- und die Staatsschuldenfinanzkrise in Europa und wie verhindern wir eine (weitere) Destabilisierung der Europäischen Union, ohne dass die Steuer zahlenden Arbeitnehmer und der Mittelstand in Deutschland über Gebühr die Zeche zahlen müssen? Da vor allem die abhängig Beschäftigten in den südlichen Krisenländern schon jetzt genug geblutet haben, sollten insbesondere die Vermögenden in Italien, Spanien, Griechenland und Portugal zur Finanzierung der notwendigen Programme zur Förderung von Wachstum und Produktivität in diesen Ländern herangezogen werden. Damit uns das Krisenszenario der letzten Jahre nicht wieder und wieder auf die Füße fällt, muss das Primat der Realökonomie vor dem Finanzkapital durchgesetzt, müssen Steuer-oasen ausgetrocknet und der Finanzsektor

stärker reguliert werden. Und es muss die Finanztransaktionssteuer weltweit eingeführt werden.

spw: Wie schätzt Du die aktuelle inhaltliche Aufstellung der SPD ein?

» **B.P.:** Besser als 2009. Grundsätzlich schwierig ist es, einen Wahlkampf zu führen, wenn die inhaltlichen Unterschiede insbesondere bei den gesellschaftspolitischen Themen zwischen den Volksparteien SPD und CDU nicht mehr so groß sind, wie zu Beginn meiner politischen Sozialisation Anfang/Mitte der 70er Jahre.

spw: Welche Themen werden die Sozialdemokratie in den nächsten Jahren am meisten beschäftigen?

» **B.P.:** Die SPD wird sich mit ihrer Profilbildung und der Mitgliederrekrutierung beschäftigen müssen. Sie muss ein attraktives und glaubwürdiges programmatisches Angebot für eine nachwachsende Generation mit sehr unterschiedlichen Start- und Karrierechancen und auch sehr differenzierten Lebensentwürfen vorhalten.

Das große gesellschaftspolitische Thema ist: wie kann in Deutschland und in Europa die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich geschlossen werden? Wie kann soziale Gerechtigkeit hergestellt werden? Was sind hierfür die strategischen Ansatzpunkte? Wie gelangen wir zu einem neuen Gesellschaftsvertrag, der Innovation mit Gerechtigkeit und Solidarität verbindet? Die Probleme sind im Großen und Ganzen bekannt. Wie aber gehen wir die Themen im nationalen und darüber hinaus im europäischen Kontext an, und mit welchen konkreten Umsetzungsschritten tun wir dies?

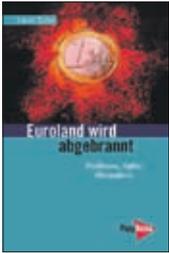
Veränderungsprozesse brauchen zum Teil einen langen Atem, wie das Beispiel der Debatte um Mindestlöhne zeigt. Bereits 2003

haben wir im Zuge des Wegbrechens der all-gemeinverbindlichen Tarifverträge des nordrhein- westfälischen Einzelhandels für den damaligen NRW- Arbeitsminister einen Kongress mit Wissenschaftlern und den Sozialpartnern zum Thema Mindeststandards für die Einkommens- und Arbeitsbedingungen organisiert. Weite Teile der SPD wie auch der Gewerkschaften sahen damals keinen Handlungsbedarf. Die vorhandenen Instrumente würden ausreichen, Lohndumping und Schmutzkonzurrenz zu verhindern. Das starke Anwachsen des Niedriglohnsektors seit 2000/2001 und das seit kurzem stärker diskutierte Thema zunehmender Altersarmut haben hier zu einer Umkehr geführt.

Heute – 10 Jahre später – ist die Festlegung von Lohnuntergrenzen gesellschaftsfähig, nach der CDU/CSU bekennt sich sogar die FDP zwischenzeitlich dazu. Nicht mehr über das ob, sondern über das wie wird man ab dem 22. September im Bundestag parlamentarisch streiten. Dies ist aber nur ein erster Schritt. Wie stabilisieren wir in Europa die zum Teil immer noch gut funktionierenden Tarifvertragssysteme (z.B. in Schweden) und stärken sie dort, wo sie - wie in Deutschland in den letzten 20 Jahren zumindest massiv an den Rändern – erodiert sind? Diese Frage gewinnt an Bedeutung, gerade auch vor dem Hintergrund von Überlegungen seitens der EU-Kommission, im Zuge „beschäftigungsfreundlicher Reformen“ die Tarifbindung zu reduzieren. Zentrale Bedeutung erhält bei uns in Deutschland die Revitalisierung des Instrumentes der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen. So gibt es zurzeit z.B. nur in NRW verbindliche Lohnuntergrenzen für das Hotel- und Gaststättengewerbe (8,50 Euro ab September 2013), einer Branche mit mittlerweile mehr geringfügig als sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. ■

☞ Das Interview führte Thilo Scholle.

Leser/in werden – Prämie wählen!



Prämienpaket 1

Lucas Zeise
Euroland wird abgebrannt. Profiteure, Opfer, Alternativen
Neue Kleine Bibliothek 174
142 Seiten, € 11,90, ISBN 978-3-89438-483-8,
Papyrossa Verlag

Ceren Türkmen
Migration und Regulierung
Einstiege Band 18
171 S., € 14,90, ISBN: 978-3-89691-684-6,
Westfälisches Dampfboot



Prämienpaket 2

Frank Deppe
Gewerkschaften in der Großen Transformation. Von den 1970er Jahren bis heute – Eine Einführung
Neue Kleine Bibliothek 184
148 Seiten, € 11,90, ISBN 978-3-89438-497-5,
Papyrossa Verlag

Susanne Feustel / Jennifer Stange / Tom Strohschneider (Hrsg.)
Verfassungsfeinde? Wie die Hüter von Denk- und Gewaltmonopolen mit dem »Linksextremismus« umgehen
160 Seiten, € 12,80, ISBN 978-3-89965-539-1,
VSA Verlag



Prämienpaket 3

Beat Ringer
Maßt euch an! Auf dem Weg zu einem offenen Sozialismus
mit einem Vorwort von Alex Demirović
218 Seiten, € 24,90, ISBN: 978-3-89691-875-8,
Westfälisches Dampfboot

Ulrich Brand / Bettina Lösch / Benjamin Opratko / Stefan Thimmel (Hrsg.)
ABC der Alternativen 2.0.
Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft
In Kooperation mit Wissenschaftlicher Beirat von Attac, Rosa-Luxemburg-Stiftung und taz.
dietaleszeitung
352 Seiten, € 15,00, ISBN 978-3-89965-500-1,
VSA Verlag



Neue Abonnenten/innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

- Ich möchte ein **spw**-Probeheft!
- Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: _____
- Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)
- Auslands-Abo (42,00 € inkl. Versand)
- Mein Prämienpaket: 1 2 3

Die **spw** geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Datum, Unterschrift

- Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut

Bankleitzahl

Konto-Nr.

Datum, Unterschrift

- Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

- Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 432 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.